



II- 3735 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 353.100/7-III/4/78

Wien, am 16. Mai 1978

An den

Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1017 W i e n

1757/AB

1978 -05- 16

zu 1770/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. SCHRANZ, ALBRECHT, SEKANINA und Genossen haben am 16. März 1978 unter der Nr. 1770/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen für Wien während der laufenden Gesetzgebungsperiode gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Ist die Bundesregierung im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage bereit, eine Zusammenstellung der Leistungen vorzulegen, die vom Bund für die Bundeshauptstadt Wien bisher während dieser Legislaturperiode erbracht wurden und die bis zum Ende dieser Legislaturperiode geplant sind?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Der Übersichtlichkeit halber sowie auch aus verwaltungsökonomischen Überlegungen erlaube ich mir, die Maßnahmen der Bundesregierung, die für das Land Wien von Bedeutung sind, nach den einzelnen Ressorts getrennt darzustellen.

- 2 -

Bundeskanzleramt:

Von den in den Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes für die Bundeshauptstadt Wien fallenden Maßnahmen sind folgende hervorzuheben:

Förderungsmaßnahmen des ERP-Fonds

Wiener Betriebe erhielten zur Mitfinanzierung von Investitionsvorhaben, die in der Zeit vom 1. Jänner 1976 bis dato durchgeführt wurden, nachstehende ERP-Kredite bewilligt:

im Rahmen des Normalverfahrens

41 Kredite mit einer Gesamtsumme von 253,850.000,--S

im Rahmen der Sonderkreditaktion 1976

6 Kredite mit einem Gesamtbetrag von 61,000.000,--S

und im Rahmen der ERP-Mittelkreditaktion

31 Kredite mit einem Gesamtbetrag von 14,030.000,--S

Somit wurden in der bisher abgelaufenen Legislaturperiode im Rahmen des ERP-Kreditverfahrens für Wiener Betriebe S 328,880.000,-- an ERP-Krediten gewährt, womit 78 Investitionsvorhaben gefördert werden konnten. Nachdem im Rahmen des ERP-Kreditverfahrens nur die Angaben über jene Anträge gemacht werden können, welche von den jeweiligen Betrieben eingebracht werden, kann das Kreditvolumen für die restliche Legislaturperiode nicht geschätzt werden.

Es darf jedoch angenommen werden, daß für die restliche Legislaturperiode mindestens das gleiche Volumen in Anspruch genommen werden wird.

Aktivitäten der Raumplanung

Der Bund unternimmt im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz mit den Bundesländern, und damit insbesondere mit dem Land Wien, gemeinsame Bemühungen zur Erstellung

- 3 -

eines österreichischen Raumordnungskonzeptes sowie zur Lösung aktueller Raumordnungsprobleme (z. B. Probleme der Ballungsräume und des Donauausbaues). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von raumbedeutsamen Großprojekten, über welche der Bund und die Bundeshauptstadt Wien in multilateralen (z. B. Verkehrsverbund Wien, Niederösterreich und Burgenland) bzw. bilateralen (z. B. Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum sowie Allgemeines Krankenhaus) Verhandlungen Vereinbarungen erzielt haben.

Verstaatlichte Industrie

Neben zahlreichen Verwaltungen (wie Voest-Alpine, VEW, ÖMV) haben in der Bundeshauptstadt die Simmering-Graz-Pauker AG, Elin-Union AG, Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG, Vereinigte Edelstahlwerke AG Betriebsstätten, auf die ein nicht unwesentlicher Teil der gesamten Investitionen der verstaatlichten Industrie (1975 - 1977: 21,5 Mrd S) entfiel, wodurch ein beachtlicher Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung geleistet wurde.

Wesentliche Investitionen betrafen

a) Simmering-Graz-Pauker AG

Paukerwerk: Rohrwandfertigungshalle

Rohrlagerhalle

Schmiede

Schwerbauhalle

Materialvorbereitungshalle

Simmering: Büro und andere Gebäude

Anarbeitungshalle

b) Elin: Ausbau in der Diesterweggasse, Lager Penzing, maschinelle Ausrüstung im Werk Brünnerstraße, Ersatzinvestitionen, Datenverarbeitung und andere Anschaffung. Die Investitionen 1977 betrugen etwa 100 Mio S.

- 4 -

Die verstaatlichte Industrie beschäftigte im Raum Wien Ende 1977 rund 17.000 Dienstnehmer, welche einen geschätzten Umsatz von rund 27,7 Mrd. S erzielten, hievon rund 3,1 Mrd. S im Export.

Familienberatung

Auf Grund des Familienberatungsförderungsgesetzes (BGBI. Nr.80/74) wird die von den Ländern, Gemeinden und sonstigen Rechtsträgern des öffentlichen Rechts und juristischen Personen des privaten Rechts durchgeführte Familienberatung gefördert. Die Frequenz und den Kostenaufwand der in Wien befindlichen Familien- und Partnerberatungsstellen in den Jahren 1975, 1976 und 1977 bitte ich, der beiliegenden Anlage zu entnehmen.

Mit den Aufgaben und Leistungen im Rahmen der Koordinierung der Umfassenden Landesverteidigung und der Einrichtung der EDV-Koordination im Bundeskanzleramt habe ich mich in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr.368/J (Zl. 143.100/43-I/4/77) befaßt. Diesen Ausführungen, die einen allgemeinen Überblick dieser Stellen ergeben und das Bundesland Wien nicht allein betreffen, ist zur Zeit nichts hinzuzufügen.

Familienberatungsstellen in Wien

	1975		1976			1977		
FBS der Gemeinde Wien:	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:
1010, Gonzagagasse	2.143	52.630'--	1.837	1.838	276.143'--	1.251	960	289.670'--
1120, Meidl.Hauptstr.	1.195	125.648'56	1.243	1.216	172.694'89	738	577	210.022'10
1160, Wilhelminensp.	1.953	68.384'15	1.466	1.976	75.934'97	924	811	92.513'74
1180, Semmelweis-FrKl.	7.589	252.630'--	6.796	9.340	276.143'--	5.940	6.378	289.670'--
1220, Schrödingerplatz	187	47.768'16	71	71	22.081'54	48	44	31.441'59
Summen	13.067	547.060'87	11.413	14.441	822.997'40	8.901	8.770	913.317'34
FBS d.Kath.Familienwerks:								
1010, Stephansplatz	434	194.800'55	780	1.076	176.866'20	459	510	239.956'05
1030, Ungargasse	243	77.600'--	292	655	103.255'--	458	814	135.265'20
1100, Jura Soyfer-G.	-	-	-	-	-	45	93	55.495'60
1160, Fr.Kaiser-Gasse	174	177.200'--	223	301	118.800'--	267	362	132.500'--
1230, Lehmannngasse	-	-	26	37	16.800'--	148	171	60.000'--
Summen	851	389.600'55	1.321	2.069	415.721'20	1.377	1.950	623.216'85
FBS d.Österr.Gesellschaft für Familienplanung:								
1030, KrH Rudolfstiftung	1.624	129.800'--	2.473	2.473	216.562'50	3.313	2.474	262.510'--
1090, I. Univ.-FrKl.	850	195.700'--	1.046	775	196.900'--	1.188	1.188	212.537'50
1090, II.Univ.-FrKl.	2.329	229.350'--	2.362	2.362	238.650'--	2.183	2.183	265.835'--
1100, K.Fr.Joseph-Spital	399	135.800'--	365	365	245.928'23	320	320	205.681'30
1130, Krankenhaus Lainz	144	105.400'--	104	104	126.200'--	39	39	51.480'--
Summen	5.346	796.050'--	6.350	6.079	1.024.240'73	7.043	6.204	998.043'80
FBS der Caritas:								
1090, Währinger Gürtel	632	105.588'95	710	571	224.164'96	687	533	234.825'66
Übertrag	19.896	1.838.300'37	19.794	23.160	2.487.124'29	18.008	17.457	2.769.403'65

- 4b -

Übertrag: 19.896 1,838.300,37 19.794 23.160 2,487.124,29 18.008 17.457 2,769.403,65								
1975			1976			1977		
FBS der Wiener Kinderfreunde:	Klienten:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:	Klienten:	Beratungen:	Aufwand:
1080, Albertgasse	686	172.550,--	681	694	162.425,--	826	833	176.320,--
1100, Puchsbaumgasse	114	105.950,--	542	632	150.925,--	712	772	123.830,--
1200, Marchfelder Straße	---	-----	71	73	23.280,--	288	289	95.120,--
Summen	800	278.500,--	1.294	1.399	336.630,--	1.826	1.894	395.270,--
FBS des Arbeiter-Samariter-Bundes Floridsdorf:								
1210, Kürschnergasse	186	73.225,--	274	247	77.500,--	298	298	65.330,--
1210, Pitkagasse	250	143.000,--	207	273	110.987,50	219	219	87.055,--
Summen	436	216.225,--	481	520	188.487,50	517	517	152.385,--
FBS d.Verein für Lebenshilfe:								
1190, Schegargasse	---	-----	---	---	-----	29	47	23.750,--
Gesamtsumme	221.132	2,333.025,37	21.569	25.079	3,012.241,79	20.380	19.915	3,340.808,65

- 5 -

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wenn auch bei der Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im allgemeinen gesamtösterreichische Interessen im Vordergrund stehen, so werden doch auch sehr konkrete Leistungen im Rahmen dieses Ministeriums für die einzelnen Bundesländer und seine Bewohner erbracht.

Für den weiteren Ausbau Wiens als Sitzstadt Internationaler Organisationen und für die angestrebte Etablierung der Bundeshauptstadt als Dritter Amtssitz der Vereinten Nationen neben New York und Genf ist die Errichtung des IAKW von besonderer Bedeutung. Die sich über die ganze Legislaturperiode erstreckenden Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sind darauf gerichtet, durch engste Kooperation der Bundesregierung mit dem Sekretariat der Vereinten Nationen die künftige optimale Nutzung des IAKW zu gewährleisten sowie durch die Koordinierung der Maßnahmen aller zuständigen Stellen auf den Ebenen des Bundes und der Gemeinde Wien die Anpassung der infrastrukturellen Einrichtungen der Bundeshauptstadt an die mit der Besiedlung des IAKW entstehenden Erfordernisse im bestmöglichen Ausmaß sicherzustellen.

Ein Markstein auf diesem Weg ist die während der 31. Generalversammlung im Jahre 1976 von Österreich zusammen mit 26 weiteren Staaten eingebrachte Resolution, die von der Generalversammlung mit Konsens angenommen wurde und die in Entsprechung der diesbezüglichen Vorschläge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen einen Stufenplan über 5 Jahre für die optimale Nutzung des IAKW vorsieht. Danach sollen jährlich insgesamt rund 100 Beamte aus Genf und New York nach Wien transferiert werden, wodurch eine optimale Auslastung des IAKW erreicht werden soll.

- 6 -

In der genannten Resolution ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen ermächtigt worden, als ersten Teil dieses Stufenplans folgende Sekretariatseinheiten nach Wien zu übersiedeln bzw. in Wien einzurichten:

- a) Zentrum der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (aus New York), die Abteilung für soziale Angelegenheiten (aus Genf);
- b) Abteilung für Suchtgifte (einschließlich des Laboratoriums), Sekretariat des Internationalen Suchtgiftrates und das Sekretariat des Fonds der Vereinten Nationen für die Kontrolle des Suchtgiftmißbrauches (aus Genf);
- c) Sekretariat der Kommission für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) (aus New York);
- d) Gemeinsame Verwaltungseinheit für die UN-Dienststellen in Wien;
- e) Informationszentrum der Vereinten Nationen in Wien.

Um Wien als Sitzstadt Internationaler Organisationen möglichst attraktiv zu gestalten, wurden bereits und werden noch laufend im Zusammenwirken zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und allen zuständigen Stellen des Bundes und der Gemeinde Wien jene infrastrukturellen Maßnahmen gesetzt, die beitragen sollen, die internationalen Beamten möglichst rasch in Wien zu integrieren.

So wird Vorsorge getroffen, daß für die in Wien erwarteten zusätzlichen internationalen Beamten geeignete Wohnungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Ferner befindet sich derzeit eine Internationale Schule nach dem Muster der UN-Schule in New York in Gründung, deren Ausbildungsziel speziell auf die Bedürfnisse der internationalen Beamtenschaft - darüber hinaus im übrigen auch auf die

- 7 -

besonderen Bedingungen des Diplomatischen Corps und auch der ausländischen Geschäftsleute in Wien - abgestellt sein soll. Die Schule wird aber auch österreichischen Staatsbürgern offenstehen.

Diesen Maßnahmen, die für die Entwicklung Wiens als Sitzstadt Internationaler Organisationen zukunftsweisend sind, kommt nicht nur außenpolitische Bedeutung zu, sondern sie werden zweifellos auch zur positiven Beeinflussung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Lage in Wien beitragen, wobei die durch die Anwesenheit der internationalen Beamten in Wien zur Verfügung stehende zusätzliche Kaufkraft einen wesentlichen Faktor darstellt.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist auch ständig bestrebt, den Ruf Wiens als eine der bedeutendsten Konferenzstädte der Welt weiter zu festigen und die Bestrebungen um die Einbeziehung Wiens in den Konferenzkalender der Vereinten Nationen aktiv zu betreiben.

Eine Entscheidung über die endgültige Gleichstellung Wiens als UN-Konferenzstadt mit Genf und New York wird aber erst mit der Fertigstellung des Donauparkprojektes erfolgen. Sie wird dann positiv ausfallen, wenn bis dahin eine möglichst große Zahl von Konferenzen in Wien erfolgreich abgewickelt werden.

In diesem Sinne war das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bestrebt, Wien als Tagungsort für die Abhaltung wichtiger internationaler Konferenzen anzubieten, bzw. den reibungslosen Ablauf der hier stattfindenden internationalen Konferenzen durch eine möglichst sorgfältige und intensive Betreuung zu gewährleisten. Von 1972 - 1977 hat sich die Zahl wichtiger Konferenzen und Tagungen, die in Wien stattgefunden haben, annähernd verdoppelt.

- 8 -

Neben Staatenkonferenzen und zahlreichen Tagungen auf spezifischen Gebieten im Rahmen der Vereinten Nationen sowie der in Wien ansässigen Organisationen, haben in den letzten drei Jahren u. a. mehrere Runden der Zypern-verhandlungen unter dem Vorsitz des UN-Generalsekretärs und die EFTA-Gipfelkonferenz in Wien stattgefunden.

Die zum Teil jährlichen größeren Tagungen der in Wien ansässigen internationalen Organisationen werden seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten organisatorisch unterstützt und betreut.

Österreich hat auch die Abhaltung einer Reihe von Spezialseminaren der UNIDO in Wien initiiert, um die Rolle Wiens als Forum des im Gange befindlichen weltweiten Dialogs zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern zu festigen. Als weiterer äußerst positiver Aspekt wird erwähnt, daß am Rande derartiger Tagungen eine Reihe nützlicher Kontakte mit der Wirtschaft Wiens - und darüber hinaus ganz Österreichs - angeknüpft und gepflegt werden.

Neben den wöchentlichen Plenarsitzungen der MFPM sind für 1978 und 1979 folgende wichtige Konferenzen und Tagungen vorgesehen, die vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten organisatorisch betreut werden:

- 27. Sitzung der UNSCEAR
- Tagung der Asiatischen Entwicklungsbank
- Europäische Tagung über Familienrecht
- 10. Sitzung des Ständigen Komitees des IDB der UNIDO
- Tagung des industriellen Entwicklungsrates der UNIDO
- Tagung des UN-Komitees für multinationale Unternehmungen
- Tagung des UN-Komitees über Verbrechensverhütung und -kontrolle
- Tagung des Vorbereitungskomitees für die Weltkonferenz 1980 der UN Frauendekade

- 9 -

- Tagung der UNIDO über Förderung der Industrialisierung
- Tagung des UN-Universitätsrates
- UN-Konferenz über Staatenachfolge in Vorträge (2. Session)
- Europäische Raumordnungsministerkonferenz
- UNESCO-Kongreß über die Lehre der Menschenrechte
- ILO-Symposium über Frauen in den Arbeitsbeziehungen.

Als das wichtigste Ereignis auf dem Konferenzsektor ist die für August 1979 geplante UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung anzusehen.

Trotz namhafter Konkurrenz gelang es Österreich, bei der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1977 eine Entscheidung zur Abhaltung dieser Weltkonferenz in Wien herbeizuführen. Wien wird damit im August 1979 Schauplatz einer Großkonferenz sein, an der voraussichtlich 3000 - 4000 Personen teilnehmen werden.

Im Rahmen der Sitzungen des "Kontaktkomitees zur Koordinierung der Auslandskulturpolitik zwischen Bund und Ländern", die etwa alle 3 Monate im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten stattfinden, wird die Bundeshauptstadt - wie alle Bundesländer - laufend über die Zielvorstellungen und Aktionen der österreichischen Auslandskulturarbeit informiert. Der Informationsaustausch wird zunehmend substantieller und findet in einer Intensivierung der Zusammenarbeit seinen Niederschlag.

Vertrags- und Verhandlungsprojekte auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik - wie Kulturabkommen, Gemischte Kommissionen usw. - werden den Ländern laufend zur Stellungnahme unterbreitet. Gegenbenenfalls werden Ländervertreter zu bilateralen Kulturverhandlungen zugezogen.

- 10 -

In Zusammenhang mit dem Magistrat der Stadt Wien, insbesondere der Magistratsabteilung 10 (Museen der Stadt Wien), konnten verschiedene Leistungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für die Stadt Wien auf dem Museums- und Ausstellungssektor erbracht werden, wie z. B. Hilfestellung beim Transport von Gemälden für das Museum der Stadt Wien aus dem Ausland, Beschaffung von ausländischen Leihgaben, Mitwirkung bei der Vorbereitung sowie Programmgestaltung der Wiener Festwochen.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Wiener Stadtbibliothek eine 70 bis 80 Exponate umfassende Photowanderausstellung anlässlich des Schubert-Jahres, die im Ausland gezeigt und auch der Propagierung der von der Wiener Stadtbibliothek veranstalteten Schubert-Gedenkausstellung im Rahmen der Wiener Festwochen dienen soll.

Filmbestände der Magistratsabteilung 7 werden laufend dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten für die Verwendung an den österreichischen Vertretungsbehörden zur Verfügung gestellt.

Die Stadt Wien veranstaltet regelmäßig "Wien-Präsentationen" in verschiedenen Ländern. Im Jahre 1977 wurde die Realisierung dieser Präsentation in Rom und Florenz durch das Kulturinstitut Rom unterstützt. Seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurde die Ausstellung "Facsimilia von KLIMT und SCHIELE" leihweise bereitgestellt. Die "Wien-Präsentationen" in Madrid und Barcelona wurden durch Koordinierung zweier Veranstaltungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten abgerundet: einer Konzerttournee des Ensembles "Die Reihe" und eines Vortragszyklus österreichischer Wissenschaftler.

- 11 -

Für 1979 beabsichtigt die Stadt Wien die Durchführung einer "Wien-Präsentation" in Moskau. Es ist geplant, die ebenfalls im Jahre 1979 im Rahmen der Österreichisch-Sowjetischen Kulturvereinbarungen stattfindenden "Tage der österreichischen Musik" möglichst gleichzeitig mit der "Wien-Präsentation" durchzuführen, wodurch eine wechselseitige Werbewirkung für beide Veranstaltungen erzielt werden könnte.

Am 6. Februar 1978 fand in Laibach ein Konzert der Wiener Symphoniker statt, das durch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten finanziert wurde (Kostenaufwand öS 296.387,64).

Weiters werden Wiener Wissenschaftler und Künstler regelmäßig zu Vorträgen und Konzerten im Ausland eingeladen, deren Kosten das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten trägt.

Ebenso bereitet das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zusammen mit den Vertretungsbehörden, wie auch in den vergangenen Jahren gehandhabt, laufend Auslandsreisen politischer Mandatäre und offizieller Delegationen aus Wien vor und gewährt die jeweils benötigte Unterstützung.

Der direkte Verkehr zwischen den Ämtern der Landesregierungen und den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland trägt dazu bei, daß in zahllosen Fällen der Amtshilfe unbürokratisch und rasch Hilfe für den einzelnen Staatsbürger gefunden werden kann. Davon unbenommen sind die täglichen Fälle der konsularischen Hilfeleistung. Ausdrücklich sei auch auf die intensiven Bemühungen der österreichischen Botschaften, vor allem in den Entwicklungsländern, hingewiesen, die darauf hinzielen, Aufträge

- 12 -

u. a. für Wiener Unternehmungen zu erreichen. Diese in Zusammenarbeit mit den österreichischen Außenhandelsstellen getätigte Arbeit zur Förderung österreichischer Exporte in das Ausland ist in vielen Fällen ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze.

Der Bundeshauptstadt Wien kommt als Sitz der auflagenstärksten Zeitungen Österreichs und als Standort der größten Produktionsstätten des ORF naturgemäß eine hervorragende Stellung im Bereich der Medienbetreuung zu. Ebenso ist Wien Sitz des Verbandes der Auslandspresse, der APA-Zentrale und zahlreicher internationaler Presseagenturen und daher das Verbindungszentrum Österreichs zum internationalen Nachrichtennetz. Neben zahlreichen anderen Maßnahmen in dieser Richtung fand im September 1976 in Wien ein internationales Pressegespräch zur Erreichung verstärkter Publizität für das Donauparkprojekt statt und ist auch ein soches in naher Zukunft wieder geplant.

Bei der Einladung und Betreuung ausländischer Journalisten kommt Wien als einem politischen und kulturellen Zentrum besondere Bedeutung zu. So besuchen praktisch alle in Zusammenarbeit mit dem Bundespressedienst eingeladenen und betreuten Auslandsjournalisten die Bundeshauptstadt. Die Unterstützung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland werden auch besonders bei kulturellen Ereignissen, z. B. den Wiener Festwochen, von den ausländischen Medienvertretern in Anspruch genommen.

Andererseits nehmen viele österreichische Zeitungsredaktionen und der ORF in großem Maße Anteil am Schicksal der Wiener im Ausland.

- 13 -

Im Wege der österreichischen Vertretungsbehörden gelangt auch laufend Informationsmaterial über Wien in Form von Fremdenverkehrsprospekten, Plakaten, illustrierten Broschüren und Büchern, das von der Landesstelle Wien der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung und anderen Wiener Institutionen zur Verfügung gestellt wird, zur Verteilung.

Ein Film über das IAKW-Projekt, in dem die Schauspielerinnen Senta Berger als Präsentatorin fungiert, wurde vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten initiiert und von der Austria Wochenschau gedreht. Es ist dies ein Farbfilm in der Dauer von 20 Minuten, der in deutscher, englischer und französischer Sprache produziert wurde. Dieser Streifen enthält eine Präsentation des Donauparkprojektes und ist gleichzeitig eine großzügige Werbung für die Bundeshauptstadt. Er wird derzeit von den österreichischen Vertretungsbehörden gezeigt und, soweit möglich, den jeweiligen lokalen Fernsehstationen zur Ausstrahlung angeboten.

Bundesministerium für Bauten und TechnikBUNDESHOCHBAU

Für die Hochbauten des Bundes in Wien wurden in der Zeit vom 4.11.1975 bis 31.12.1977 rd. 3.286,0 Mill. S ausgegeben. Im Jahre 1978 sind zur Fortsetzung der derzeit in Ausführung befindlichen Bundesneubauten sowie zur Erhaltung des Liegenschaftsbestandes 1.374,7 Mill. S bereitgestellt.

Ein besonderes Augenmerk wurde dem Anschluß zahlreicher Bundesgebäude, darunter die Hofburg, an die Wiener Fernheizwerke gewidmet. Auf diese Weise konnten zahlreiche Kamine von Ölheizungen in der Inneren Stadt sowie in den Randgebieten zur Ringstraße stillgelegt werden, wodurch ein bedeutender Beitrag im Kampf gegen die Umweltverschmutzung geleistet worden ist.

Im Zuge der Arbeiten an den bestehenden Gebäuden wird auf Maßnahmen zur Energieeinsparung besonders Wert gelegt. Die Bundesgebäudeverwaltung ist angewiesen, auf die Instandsetzung von Fassaden zur Verbesserung des Stadtbildes Sorge zu tragen. Ein besonderes Beispiel ist hiefür die Behebung der Kriegsschäden und Instandsetzung der Fassade des unter besonderem Denkmalschutz stehenden Gebäudes in 3., Vordere Zollamtsstraße 3.

Zur Schaffung von Schulraum und Zentralisierung von Dienststellen sind zahlreiche Gebäude in Planung, welche als Folgewirkung zur Arbeitsbeschaffung in den nächsten Jahren beitragen werden.

In dieser Legislaturperiode wurden bisher folgende Hochbauten fertiggestellt und zur Benützung freigegeben:

Gesamtkosten
in Mio. S

Wien I Schottenring 21.,
 Kathol.theolog.Fakultät
 Generalsanierung,
 (Juni 1976)

9,5

- 15 -

Gesamtkosten
in Mio. S

<u>Wien I</u>	Judenplatz 11, Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Sanierungsarbeiten (1976)	40,6
	Hohenstaufengasse 1-5, Fremdenverkehr, Adaptierungsarbeiten (1975)	8,2
	Babenbergerstraße 5, Landesinvalidenamt, Einbau einer Zentralheizung (1977)	22,0
	Kunst- und naturhistorisches Museum, Fassadeninstandsetzungsarbeiten (1976)	20,0
	Hofburg, Kunst- und naturhistor. Museum, Fernheizanschluß (1976)	37,8
	Riemergasse 2, Finanzamt, Generalsanierung (1977)	5,2
	Hofburg, Nationalbibliothek, Einbau eines Bücherspeichers (1975)	10,5
	Hofburg, Redoutensaal, Umbau zu Konferenzzentrum (1975)	19,4
<u>Wien II</u>	Prater, Staaatl. Bildhaueratelier, Generalsanierung (1976)	6,0
	Obere Donaustraße 26, Kaiserbadschleuse, Generalsanierung (1977)	12,0
<u>Wien III</u>	Schnirchgasse, Zollhof Wien (1976) und Bundesamt f. Zivilluftfahrt (1975)	581,0
	Arsenal, Bundesversuchsanstalt, Fahrzeugversuchsanlage (1975)	43,1

- 16 -

		Gesamtkosten in Mio. S
<u>Wien III</u>	Arsenal, Objekt 219 (Zentralverwaltung) Versorgungs- leitungen (1977)	4,9
<u>Wien IX</u>	Berggasse 9, Atombehörde (1977)	63,0
<u>Wien X</u>	Per Albin - Hansson Siedlung, BG, Neubau (Sept. 1976)	100,0
<u>Wien XI</u>	Dreherstraße 66, Pol.Wachzimmer, Neubau (Sept. 1977)	5,2
<u>Wien XII</u>	Erlgasse, BG u.BRG, Neubau Turnsaal (1977)	15,6
<u>Wien XIII</u>	Schönbrunn, Bundesbad Kabinen- und Restaurantobjekt, Neubau (1977)	15,1
	Schönbrunn, Tiergarten, Robbenanlage, Neubau (1976)	23,0
<u>Wien XIV</u>	Astgasse, Turnhalle, Neubau (1977)	9,2
<u>Wien XV</u>	Henriettenplatz, BRG, Sanierung (1976)	5,4
<u>Wien XIX</u>	Peter Jordanstraße, BOKU, Zubau (1975)	160,0
<u>Wien XXI</u>	Van Swieten-Kaserne, Heeresspital, Auswechslung der Klimaanlage (1977)	6,2

- 17 -

Gesamtkosten
in Mio. S

<u>Wien XXII</u>	Wagramerstraße 83, Polizei- kommissariat Donaustadt, Provisorium (Juli 1976)	19,5
------------------	--	------

Folgende größere Hochbauten befinden sich derzeit in
Durchführung:

Gesamtkosten
in Mio. S

<u>Wien I</u>	Helferstorferstraße, Juridische Fakultät	480,0
	Universität Wien	
	Instandsetzungsarbeiten und Einbau einer Telefonzentrale	36,3
	Postgasse 7-9, Univ.Institut, Univ.Archiv,	7,1
	Himmelpfortgasse 9, BM für Finanzen, Umbau nach Ankauf	58,0
	Fichtegasse 11, Arbeitsinspektorat, Aufstockung	40,3
	Hansenstraße 4-6, Oberlandesgericht, Erstinstandsetzung nach Ankauf	10,3
	Sonnenfelsgasse 19, Akademie der Wissenschaften, Generalsanierung	21,0

- 18 -

Gesamtkosten
in Mio. S

<u>Wien I</u>	Kohlmarkt 8, Patentamt, Generalsanierung	17,0
	Am Hof 3, BM für Inneres, Adaptierungsarbeiten	19,6
	Herrengasse 7, BM für Inneres, Adaptierungsarbeiten, Telefonzentrale	21,3
	Schmerlingplatz, BM für Justiz, Einbau einer Fernsprechzentrale und Sanierungsmaßnahmen	13,1
	Staatsoper, Sanierung des Zuschauer- raumes und Umbauten	17,0
	Parlament, Ausbau des Dachbodens	16,8
	Alte Hofburg, Adaptierungs- und Instandsetzungsarbeiten	16,7
	Schillerplatz, Akademie der bild. Künste, Fernwärmeanschluß	14,7
<u>Wien II</u>	Wittelsbachgasse, Blindeninstitut	140,0
	Trunnerstraße 1-5, Bundesanstalt für Pflanzenbau, Lückenverbau	40,0
	Leopoldsgasse, Polizeikommissariat, Einbau einer Zentralheizung	4,3
	Vereinsgasse, BG, Aufstockung, Generalsanierung und Zentral- heizungseinbau	30,0

- 19 -

		Gesamtkosten in Mio. S
<u>Wien III</u>		
	Hintere Zollamtsstraße 7, BRG, Aufstockung und Turnsaal	28,0
	Vordere Zollamtsstraße 3, FLD, Generalsanierung	60,0
	Arsenal, Objekt 7, Wohnhaus, Neubau	150,0
	Hintere Zollamtsstraße Bundesamt für Besoldung und Verrechnung (1975) und Statistisches Zentralamt (Neubau)	1.395,0
	Schnirchgasse, Flugsicherung (Neubau)	360,0
	Schnirchgasse, Bundesfinanz- schule, Neubau	128,0
	Arsenal, Objekt 221 (ETVA) Herstellung von Versuchsfeldern Adaptierungen	8,0
<u>Wien IV</u>		
	Freihausgründe, TU, Institutsgebäude, Neubau	1.125,0
	Gußhausstraße 25-25a, Umbau von Hörsaal III	12,7
	Karlsplatz, TU, Umbau für Geolog. Institut	6,4

- 20 -

		Gesamtkosten in Mio. S
<u>Wien V</u>	Spengergasse, HTBLA für Textilindustrie, Lückenverbau	16,0
	Spengergasse, HTBLA f. Textilindustrie, General- sanierung	14,0
<u>Wien VI</u>	Getreidemarkt, TU, Kesselhausumbau	10,2
<u>Wien VII</u>	Stiftskaserne, Adaptierungs- und Instandsetzungsarbeiten	42,5
	Neustiftgasse 95 BRG für Mädchen, Sanierung	12,3
<u>Wien VIII</u>	Strozzigasse 2, BM für Wissenschaft und Forschung, Instandsetzung nach Ankauf	20,0
	Krotenthallergasse 3, Bundesamt für Eich- und Vermessungs- wesen, Umstellung des Heizbetriebes auf Gas	6,3
	Landesgerichtsstraße 9a-11, Landesgericht, Fassade	20,3
<u>Wien IX</u>	Borschkegasse, Krebs- forschungsinstitut	135,0

		Gesamtkosten in Mio. S
<u>Wien IX</u>	Währingerstraße, Physiolog. Institut, Lichthofverbau und Aufstockung	12,5
	Nußdorferstraße 90, Finanzamt, Neubau	135,0
	Währingerstraße 13, Anatom. Institut, Umbauarbeiten	28,8
	Berggasse, UNIDO, Generalsanierung	30,5
	Kinderspitalgasse 15, Bundesanstalt für Lebensmittel- untersuchung	10,0
	Rossauerlände 5-9, Polizeigebäude, Anschluß an die Fernheizleitung	22,4
	Währingerstraße 38-42, Institut der Univ. Wien, Sanierung von Arbeitssälen im Bereich der Chemie	6,0
<u>Wien X</u>	Angeliggasse, Strafvollzugsanstalt, Zubau	5,3
<u>Wien XII</u>	Meidlinger Kaserne, Gendarmeriekommando, Kesselhaus, Neubau	14,0

- 22 -

		Gesamtkosten in Mio. S
<u>Wien XII</u>	Meidlinger Kaserne, Anschluß an Fernheizleitung	3,8
<u>Wien XIII</u>	Speisingerstraße 105, Taubstummeninstitut, Neubau	120,0
	Schweizerthalstraße 36, Agrarwissenschaftliches Institut, Zubau	7,0
	Schloß Schönbrunn, Instandsetzungsarbeiten (kleine Einzelvorhaben)	18,0
	Maria Theresien -Kaserne, Zentralheizungseinbau, BA I - III 1973 - 1977 BA IV - 1978	36,7
<u>Wien XVI</u>	Schuhmeierplatz 7, BRG, Zentralheizung, sanitäre An- lagen und Pausenraum	17,3
<u>Wien XVII</u>	Kalvarienberggasse, BBA für Arbeitslehrerinnen, Um- und Ausbau	37,0
<u>Wien XVIII</u>	Gregor Mendelstraße, BOKU, Verbindungstrakte	16,0

- 23 -

Gesamtkosten
in Mio. SWien XX

Wexstraße - Jägerstraße

TGM

1.100,0

Brigittenauerlände 340,

Bundesstrombauamt, Motoren-
werkstätte

20,5

Wien XXIJochbergenstraße - Oedenburger-
straße, BG, Neubau

180,0

Wien XXII

Süßenbrunn, Beschußamt

40,0

Wagramerstraße 23-29,

IAKW - Polizeiwachzimmer

7,5

Folgende Hochbauten befinden sich derzeit im Planungs-
stadium, wobei über eine Kostensumme noch keine Aus-
sage getroffen werden kann.

Wien I

Singerstraße 21

Finanzamt und Sozialgerichtshof
NeubauWien II

Schiffamtsgasse 1-3

Amtsgebäude

Neubau

Engerthstraße 226, Albrechts-
kaserne, Ständige Stellungs-
kommission

- 24 -

Wien III

Rennweg 14, Univ.
Botanisches Institut

Aspanggründe, TU,
Institutsgebäude

Wien VI

Getreidemarkt 9, TU,
2. Chemiehochhaus

Wien IX

Währingerstraße 29-31,
Univ. Institutsgebäude

Sensengasse 1-3,
Universität, Vorklin.Institute

Wien X

Ettenreichgasse, HTBLA

Wien XIII

Angermayergasse, Bundes-
seminar, Um- und Ausbau

Wien XVI

Herbststraße 104,
Berufspädagogische Bundes-
lehranstalt für Bekleidungsgewerbe,
Erweiterung

Wien XXII

Polgarstraße, Bundes-
Schulzentrum

- 25 -

STRASSENBAU

Aufgrund des Bundesstraßengesetzes 1971 erhielt Wien 155 km neue Bundesstraßen. Dieses neue Bundesstraßennetz in Wien umfaßt:

Autobahnen	104'1 km
Schnellstraßen	25'6 km
Bundesstraßen B	144'1 km

Zu Beginn des Jahres 1978 standen im Bundesland Wien folgende Bundesstraßen unter Verkehr:

Autobahnen	17'8 km		
Schnellstraßen	5'7 km)	
Bundesstraßen	131'7 km)	
Ersatzstraßen für)	(Stand 1.1.1977)
Bundesschnellstraßen	9'7 km)	

Autobahnen per 1.1.1978

	in Bau	in Betrieb
A 1 West Autobahn		2'6 km
A 2 Süd Autobahn		2'4 km
A 3 Südost Autobahn	1'0 km	
A 4 Ost Autobahn	4'1 km	
A 20 Wiener Gürtel Autobahn		5'3 km
A 23 Autobahnverbindung Wien Süd	1'6 km	7'5 km

6'7 km	17'8 km
=====	

- 26 -

Für den Straßenbau standen folgende Mittel zur Verfügung:

1975	606	Millionen Schilling
1976	826'2	Millionen Schilling
1977	928'2	Millionen Schilling

Das Bauprogramm 1978 sieht 930'0 Millionen Schilling vor.
(Einschließlich der Vorfinanzierung)

Der Ausbau des Bundesstraßennetzes konzentrierte sich in
der laufenden Legislaturperiode auf folgende Schwerpunkte:

Autobahnen
=====

Baukosten
in Mio. S

A 3 Südost Autobahn

Knoten Landstraße (1,0 km)

Knoten Arsenal

Baubeginn Jänner 1974

189

A 4 Ost Autobahn

Wien/Prater - Wien/Simmeringer Heide
(4'1 km)

Baubeginn Dezember 1971

84

Baulos Freudenau (2'5 km)

18'7

seit 1976 in Bau

Teilstück der Richtungsfahrbahn der

Erdberger- und Simmeringer Lände;

Bauvorbereitende Arbeiten

(Ersatzherstellung Erdbergstraße)

14'8

- 27 -

Baukosten
in Mio. SA 20 Wiener Gürtel Autobahn

Wien/Prater - Wien/Landstraße-prov.
 Anschluß Landstraßer Gürtel (2'7 km) 790
 (mit "Hochstraße St. Marx")
 Eine Richtungsfahrbahn seit 19.9.1977
 in Betrieb
 Zweite Richtungsfahrbahn seit 22. 12.1977
 in Betrieb

A 23 Autobahnverbindung Wien Süd

Autobahnunterführung im Bereich des
 Verteilerkreises der Anschlußstelle
 Favoriten und Verteilerkreis
 Baubeginn Juni 1972
 Verkehrsfreigabe 12.5.1978
 Wien Favoriten- Wien Arsenal 269
 Inzersdorf - Arsenal 61'1
 (Betondeckenherstellung)
 seit Frühjahr 1977 in Bau
 Verkehrsfreigabe 12.5.1978

Bundesstraßen B
 =====

B 1 Wiener Straße

Karlsplatz
 von Schwarzenbergplatz bis
 Getreidemarkt (0'8 km)
 Fertigstellung 1977 28'8

- 28 -

Baukosten
in Mio.SB 3 Donau Bundesstraße

Pragerstraße u. Hermann Bahrstraße

Galvanigasse (0'7 km)

Fertigstellung 1977

12'5

Donaufelderstraße von Jos.Baumanngasse

bis Freytaggasse (2'1 km)

seit 1970 in Bau

40'8

B 8 Angerer Bundesstraße

Wagramer Straße, von Schütttaustraße

bis Erzherzog Karlstraße (1'4 km)

Baubeginn 1974

42

Kagraner Brücke über die

Alte Donau

Fertigstellung 1977

19'8

Wagramer Straße von Erzherzog-

Karl-Straße bis Steigenteschgasse

(1 km)

seit 1976 in Bau

47

Räumungsarbeiten für Reichbrücke

179

Ersatzstraßenbrücke für Reichsbrücke

179

B 10 Budapester Bundesstraße

Handelskai, Anschluß B 10 an S 2,

ausschließlich Brücken

seit 1975 in Bau

87

B 12 Brunner Bundesstraße

Philadelphiabrücke

Baubeginn 1977

21'8

- 29 -

Baukosten
in Mio. SB 14 Klosterneuburger Bundesstraße

ÖBB-Brücke (Nordschleife)

Brücke und Unterführung der Grinzinger

Straße von Boschstraße bis Muthgasse

im Zuge der Anschlußstelle Nordbrücke 25'7

Hochbauliche Anlagen der Bundesstraßenverwaltung

Autobahnmeisterei Inzersdorf

1977 fertiggestellt 69'0

Autobahnstützpunkt

Landesgrenze Wien/NÖ in Bau 7'0

- 30 -

WASSERWIRTSCHAFTSFONDS

Der Wasserwirtschaftsfonds brachte von 1975 bis 1977 in Wien für die Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie von betrieblichen Abwasserreinigungsanlagen Förderungsmittel in der Höhe von insgesamt 279'3 Millionen Schilling zum Einsatz.

Hievon entfielen auf

öffentliche Wasserversorgungsanlagen	14'9 Mio S
öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen	262'0 Mio S
betriebliche Abwasserreinigungsanlagen	2'4 Mio S

Folgende Großvorhaben wurden gefördert:

Wasserversorgungsanlagen:

	Herstellungskosten in Mic.S	Förderungssumme in Mio.S
Stadt Wien, Bauabschnitt 3		
Laaerberg-Behälter	37'2	14'9

Abwasserbeseitigungsanlagen:

Altmannsdorfer Sammler	4'9	2'4
Donaudücker	100'0	60'0
Hochwasserpumpwerk-Simmering	125'0	75'0
Stadt Wien		
Perfektastraße, Wien 23.,	9'0	3'6
Linker Donausammler		
Bauabschnitt 02	242'0	121'0

- 31 -

	Herstellungskosten in Mio.S	Förderungssumme in Mio.S
<u>Betriebliche Abwasser-</u> <u>reinigungsanlagen:</u>		
Friedrich & Sohn, Wien		
Entgiftungsanlage	1'3	0'7
Öst.Philipps Ind.Ges.m.b.H.		
Abwasseraufbereitung	3'4	1'7

Verbesserung der Richtlinien des Wasserwirtschaftsfonds:

Am 1.8.1977 wurden neue Richtlinien über die Förderungsbedingungen des Wasserwirtschaftsfonds erlassen. Damit sollen die Bestrebungen der Bundesregierung nach mehr und besserer Lebensqualität in bezug auf die Wasserver- und -entsorgung intensiviert werden. Die Verbesserungen bestehen vor allem in einer Verlängerung des Tilgungszeitraumes für Projekte der Seenreinhaltung, in verbesserten Förderungsbedingungen für kleinere Gemeinden bei der Errichtung von Anlagen sowie in verbesserten Förderungsbedingungen für große Gemeinden bei Erweiterungen von bestehenden Anlagen.

WOHNBAUFÖRDERUNG

Dem Bundesland Wien standen in den Jahren 1975 bis 1977 aus dem Wohnbauförderungsgesetz folgende Mittel zur Verfügung:

1975	1.035 Millionen Schilling
1976	2.032 Millionen Schilling
1977	2.334 Millionen Schilling

Im Bundesvoranschlag für 1978 sind 2.628 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Wohnungsverbesserung standen dem Land aufgrund des Wohnungsverbesserungsgesetzes folgende Bundesmittel zur Verfügung:

1975	41'6 Millionen Schilling
1976	48'5 Millionen Schilling
1977	55'4 Millionen Schilling

Im Jahre 1978 werden die Bundesmittel 62'3 Millionen Schilling betragen.

Mit diesen Mitteln wurde die Verbesserung folgender Anzahl von Wohnungen gefördert:

1975	7.790 Wohneinheiten
1976	19.826 Wohneinheiten
1977	9.659 Wohneinheiten

Hinsichtlich Eigenmittellersatzdarlehen und Wohnbeihilfen wurden in Wien nachstehende Summen aufgewendet:

- 33 -

Eigenmittellersatzdarlehen:

1975	249'8 Millionen Schilling
1976	370'6 Millionen Schilling
1977	270'5 Millionen Schilling

Wohnbeihilfen:

1975	77'5 Millionen Schilling
1976	178'8 Millionen Schilling
1977	184'0 Millionen Schilling

WASSERBAUTENFÖRDERUNG

Im Rahmen der Wasserbautenförderung wurden Bundesmittel in der Höhe von 210,0 Millionen Schilling für die Verbesserung des Hochwasserschutzes der Stadt Wien (Entlastungsgerinne und Donauinsel) zur Verfügung gestellt. Für den selben Zweck sind in den Jahren 1978 und 1979 160,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Bundesministerium für Finanzen

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurden folgende Maßnahmen gesetzt.

Haftungsübernahmen (Kapitalbeträge)

Übernahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz für 1 Projekt mit einer verbürgten Kreditsumme von 3,4 Mill.S.

Inanspruchnahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz mit S 3,531.523,64.

Übernahme der Bundeshaftung für Kreditoperationen der IAKW in Höhe von 835,8 Mill. S.

Übernahme der Bundeshaftung für eine Kreditoperation der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft m.b.H. in Höhe von 34,8 Mill. S.

Übernahme der Ausfallsbürgschaft in Höhe von 12,2 Mill.S für vom Bäuerlichen Besitzstrukturfonds geförderte Kredite.

Übernahme der Bundeshaftung für Agrarinvestitionskredite in Höhe von 7,6 Mill. S.

Zahlungen für Verpflichtungen der Ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft aus bundesverbürgten Krediten gem. BGBl.Nr.278/1973, in Höhe von S 68,317.979,84.

Zahlungen für Verpflichtungen der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs AG aus bundesverbürgten Krediten gem. BGBl. Nr. 335/1970, in Höhe von S 142,840.481,60.

Übernahme der Zahlung des Restbetrages aus dem bundesverbürgten Umschuldungskredit nach dem Garantiesetz 1955 an die Wiener Brückenbau- und Eisenkonstruktions AG in Höhe von S 3,927.000,-- unter Verzicht auf die Geltendmachung der Regreßforderung.

- 35 -

Übernahme der Haftung für den Verlust und die Beschädigung von Leihgaben, die zur Durchführung von Ausstellungen in Wien zur Verfügung gestellt wurden, in Höhe von 147,4 Mill.S. Durch die Inbetriebnahme des neuen Zollamtsgebäudes in Wien III., Schnirchgasse 7, ist die zollamtliche Betreuung der im Raum Wien etablierten Industrie- und Handelsbetriebe wesentlich verbessert worden.

In diesem Zusammenhang darf ich auch auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1368/J, die unter Zl. 143.100/43-I/4/77 ergangen ist, verweisen.

Darüber hinaus möchte ich noch zwei Beilagen bezüglich der Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleiches bzw. finanziellen Leistungen an privatwirtschaftliche Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, beilegen.

- 35a -

Bundesland Wien

Leistungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleiches

Aktivitäten des Bundes in der laufenden Legislaturperiode	im Interesse d. Gemeinde				
	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
	i n M i o S				
<u>nach FAG 1973</u>					
Ertragsanteile an gemeinschaftl. Bundesabgaben einschließl. Spiel- bankabgabe	855'5	5.312'6	5.685'2	6.916'2	6.250'0
<u>Finanzzuweisungen</u>					
ÖBB-Betriebsstättengemeinden	-	8'3	8'3	8'3	8'3
Theater-u.Orchestergemeinden	3'5	3'1	2'7	2'7	-
<u>Zweckzuschüsse</u>					
Theaterführung	2'0	-	-	-	-
Umweltschutzförderung	-	12'7	12'7	12'7	12'7
Fremdenverkehrsförderung	-	6'5	6'5	6'5	6'5
Personennahverkehrsförderung	58'2	58'1	58'0	58'0	-
Pflichtschulbauaufwand	-	14'1	14'8	15'3	16'0
U-Bahn Wien (gem.BGBI.Nr.355/70)	-	250'0	250'0	250'0	250'0
<u>Bundeskraftfahrzeugsteuer bzw. Ertragsanteile d.Kraftfahrzeug- steuer</u>					
Personennahverkehr	-	18'7	54'4	125'0	127'6
U-Bahn Wien	-	48'7	211'5	312'5	325'0
<u>nach Katastrophenfondsgesetz, BGBI.Nr. 207/1966 i.d.g.F. für Schäden im Vermögen d. Gemeinden</u>					
	-	3'2	2'4	1'9	2'5

1) auf Basis der Ziffern des Entwurfes des BFG 1978

2) unter Bedachtnahme auf die derzeitige Gesetzeslage

- 35 b -

Bundesland Wien

im Interesse d. Landes

Aktivitäten des Bundes in der laufenden Legislaturperiode	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
	i n M i o S				
<u>nach FAG 1973</u>					
Ertragsanteile an gemeinschaftl. Bundesabgaben einschließl. Spiel- bankabgabe	951'8	5.738'1	6.025'8	6.460'3	6.169'3
<u>Zweckzuschüsse</u>					
Entwicklungsgebiete	-	4'0	4'0	4'0	4'0
Wirtschaftsförderung	-	3'3	3'3	3'3	3'3
Naturschutzförderung	-	0'6	0'6	0'6	0'6
Umweltschutzförderung	-	6'9	6'9	6'9	6'9
Fremdenverkehrsförderung	-	0'1	0'1	0'1	-
Sportförderung	-	0'4	0'4	0'4	0'4
<u>nach Wohnbauförderungsgesetz 1968</u>					
<u>BGBI.Nr. 280/1967 i.d.g.F.</u>					
gemäß §§ 4 u. 5	-	1.931'0	2.226'0	2.627'6	3.126'8
gemäß § 36	-	65'0	47'4	54'8	55'0
<u>nach Rückzahlungsbegünstigungs-</u> <u>gesetz, BGBI.Nr. 336/1972 i.d.g.F.</u>					
gemäß § 10	-	42'7	60'4	58'1	52'3
<u>nach Wohnungsverbesserungsgesetz</u> <u>BGBI.Nr. 426/1969 i.d.g.F.</u>					
gemäß § 4	-	48'5	55'4	62'3	71'0
<u>nach Katastrophenfondsgesetz,</u> <u>BGBI.Nr. 207/1966 i.d.g.F.</u>					
für Einsatzgeräte d. Feuerwehren	1'3	5'3	6'1	7'0	6'3

1) auf Basis der Ziffern des Entwurfes des BFG 1978

2) unter Bedachtnahme auf die derzeitige Gesetzeslage

Finanzielle Leistungen an privatwirtschaftliche Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist.

35 0

	1975	1976	1977	1978	1979
I. IAKW (Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG)					Voranschlag
Kostenersatzzahlung	385,000.000	500,000.000	600,000.000	600,000.000	650,000.000
Refundierung durch die Stadt Wien	<u>154,000.000</u>	<u>169,750.000</u>	<u>204,750.000</u>	<u>204,750.000</u>	<u>222,250.000</u>
	231,000.000	330,250.000	395,250.000	395,250.000	427,750.000
II. AKPE (Allgemeines Krankenhaus Wien Planungs- und Errichtungs AG)					
Kapitaleinzahlung	2,500.000	7,500.000	-	-	-
Kostenersatzzahlung	-	-	400,000.000	800,000.000	970,000.000
Rückzahlung des Vorsteueranteils durch die Stadt Wien	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>116,885.832</u>	<u>42,500.000</u>	<u>120,000.000</u>
	2,500.000	7,500.000	283,114.168	757,500.000	850,000.000
(Fernheizwerk)					
III. FH Wien Betriebsges.m.b.H.					
Kapitaleinzahlung	36,000.000	50,441.600	30,279.400	50,000.000	50,000.000
Investitionsförderungsbeitrag	<u>75,000.000</u>	<u>-</u>	<u>75,000.000</u>	<u>-</u>	<u>-</u>
	111,000.000	50,441.600	105,279.400	50,000.000	50,000.000
IV. Verkehrsverbundorganisationsges.m.b.H.					
Nachschüsse	1,750.000	2,000.000	1,250.000	2,500.000	2,500.000
<u>Summe</u>					
I	231,000.000	330,250.000	395,250.000	395,250.000	427,750.000
II	2,500.000	7,500.000	283,114.168	757,500.000	850,000.000
III	111,000.000	50,441.600	105,279.400	50,000.000	50,000.000
IV	<u>1,750.000</u>	<u>2,000.000</u>	<u>1,250.000</u>	<u>2,500.000</u>	<u>2,500.000</u>
Summe I - IV	346,250.000	390,191.600	784,893.568	1.205,250.000	1.330,250.000

- 36 -

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Einleitend ist festzuhalten, daß die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz getroffenen Maßnahmen legislativer und administrativer Art - die auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode entsprechend fortgesetzt werden - grundsätzlich gleichermaßen für alle Bundesländer von Bedeutung sind. Eine lückenlose Aufzählung würde daher in diesem Rahmen zu weit führen; eine ausführliche Darstellung ist aber im Bericht über das Gesundheitswesen in Österreich enthalten, der jährlich vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegeben wird. Es wird daher nur auf einige Schwerpunkte hinzuweisen sein.

Bezüglich der Angabe von Zahlenmaterial wird grundsätzlich auf die Jahre 1975 und 1976 abgestellt, da für 1977 noch nicht auf allen Gebieten endgültige Zahlen vorliegen.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurde durch die Novelle zum Ärztegesetz, BGBl. Nr. 425/1975, bestimmt, daß an Krankenanstalten so viele Ärzte zu beschäftigen sind, daß höchstens auf je 30 Spitalsbetten ein in Ausbildung zum praktischen Arzt stehender Arzt entfällt. Durch diese Bestimmungen wurden an den Krankenanstalten zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen.

Die Zahl der promovierten Mediziner ist in letzter Zeit angestiegen, wodurch in absehbarer Zeit der derzeit bestehende Mangel an praktischen Ärzten zu beheben sein wird.

Seit Oktober 1976 werden vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz für die Ausbildung dieser Mediziner zum praktischen Arzt Förderungsbeiträge gewährt. Durch die Leistung dieser Förderungsbeiträge sollen 300 zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

In Wien wurden seit Beginn dieser Aktion (Spätherbst 1976) bis April 1978 insgesamt 45 Ärzte mit Förderungsbeiträgen aus Bundesmitteln an die Rechtsträger von Krankenanstalten in der Höhe von über 3,2 Millionen Schilling gefördert.

Im Rahmen der Facharztausbildung hat der Wissenszuwachs in den letzten Jahren eine Reihe von Subspezialisierungen im Rahmen bestehender Sonderfächer notwendig gemacht. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 529/1975, wurde eine ergänzende spezielle Ausbildung in Kinderchirurgie, plastischer Chirurgie, Nuklearmedizin, Kinderneuropsychiatrie, sowie Mund-Kiefer- und Gesichtschirurgie im Rahmen bestehender Sonderfächer eingeführt. Mit der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 661/1976 wurde der Facharzt für Neurochirurgie in Österreich eingeführt.

Die Zahl der Ausbildungsstellen zum Facharzt konnte von 742 (Stand 31.12.1974) auf 885 (Stand 31.12.1976) erhöht werden.

Zur Sicherstellung der künftigen zahnmedizinischen Versorgung der Bevölkerung wurde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung der Ausbau der Universitätszahnkliniken intensiviert. Die Zahl der zahnmedizinischen Ausbildungsplätze bzw. die Zahl der bezahlten Ausbildungsstellen konnte wesentlich erhöht werden. An einem weiteren Ausbau wird gearbeitet. Seit 1978 beträgt die Ausbildungskapazität an allen drei Kliniken mehr als 220. Dadurch können ab 1978 jährlich über 120 Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ihre Ausbildung beenden.

- 38 -

Durch die bisher gesetzten Maßnahmen ist ein jährlicher Zuwachs von 4 % des Gesamtstandes an Zahnbehandlern zu erzielen. Da der jährliche Abgang etwa 2 % beträgt kann in naher Zukunft nicht nur ein gewisser Engpaß überwunden werden, sondern es zeichnet sich auch schon eine Basis für eine gleichmäßige Versorgungsmöglichkeit mit Zahnärzten für ganz Österreich ab.

Insgesamt konnte die Zahl der an Krankenanstalten Österreichs in Ausbildung stehenden Ärzten von 3.104 (Stand 31.12.1975) auf 3.876 (Stand 31.12.1976) gesteigert werden, was einem Zuwachs von rund 24 % entspricht. Im Land Wien konnte von 1975 auf 1976 eine Steigerung von 1366 auf 1512 (+ 146) in Ausbildung stehende Ärzte erzielt werden.

Auch auf dem Gebiet der Ausbildung im Krankenpflegefachdienst hält die seit Inkrafttreten der Krankenpflegegesetznovelle 1973 (Senkung des Eintrittsalters in die Krankenpflegeschule) einsetzende enorme Steigerung der Schülerzahlen an Krankenpflegeschulen an. Die Bewerbungen übersteigen weiterhin die Aufnahmekapazität der Ausbildungsstätten und dies sowohl die Aufnahmekapazität der Krankenpflegeschulen wesentlich erhöht werden konnte. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat durch eine gezielte Investitionsförderung dazu beigetragen, daß nicht nur neue Krankenpflegeschulen errichtet wurden, sondern auch die Zahl der an den Schulen geführten Ausbildungslehrgänge enorm gesteigert werden konnte.

Diese erfreuliche Tendenz zeigt sich auch am Personalstand des Krankenpflegefachdienstes (diplomierte Krankenschwestern und -pfleger) in den Krankenanstalten Österreichs, der allein von 1975 auf 1976 von 18.198 auf 19.098 gesteigert werden konnte. Im Land Wien betrug die Steigerung 160 von 5.532. (Stand 31.12.1975) auf 5.692 (Stand 31.12.1976).

Auch in den anderen Sparten der durch das Krankenpflegegesetz geregelten Berufe zeigt sich eine erfreuliche Tendenz der Steigerung der Schülerzahlen und der Ausbildungskapazität. Durch Novellierung des Krankenpflegegesetzes und des Ärztegesetzes im Jahr 1975 wurde ferner die Verabreichung von Injektionen und die Blutabnahme durch das diplomierte Krankenpflegepersonal bzw. durch medizinisch-technische Assistentinnen vorgesehen. Diese Neuregelung ist einerseits eine Entlastung für die Ärzte in österreichischen Spitälern und trägt andererseits zur Hebung des Berufsbildes des Krankenpflegepersonals im Sinne einer vermehrten Eigenverantwortung bei.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat einen österreichischen Krankenanstaltenplan in zwei Teilen (A-Akutversorgung, B-Langzeit- und Sonderversorgung) ausgearbeitet, der die von der zweiten Novelle zum Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 281/1974, festgelegten Gliederungsprinzipien und Minimalanforderungen der Krankenanstalten (Standard-, Schwerpunkt- und Zentralversorgung) in einen gesamtösterreichischen Regionalplan umsetzt.

Teil B befaßt sich mit der Langzeit- und Sonderversorgung, also mit der Betreuung von chronisch Kranken, psychisch Kranken und Behinderten. In diesem Teil wird ein Katalog von notwendig erscheinenden Versorgungseinrichtungen angeführt und für die einzelnen Gruppen von Betreuungsbedürftigen angegeben, welche Einrichtungen in welcher regionalen Verteilung vorhanden sein müssen.

Der Österreichische Krankenanstaltenplan wird vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz als Ziel- und Rahmenplan angesehen, der für die Pläne generelle Vorgaben (Planungsprinzipien, Planungsmethodik, Richtwerte, Versorgungsprinzipien) leistet. Diese Vorgaben sollen von den Bundesländern auf die Situation im Bundesland angewendet und angepaßt werden.

- 40 -

An Zweckzuschüssen des Bundes gemäß §§ 57 bis 59 des Krankenanstaltengesetzes wurden für das Land Wien im Jahre 1975 S 198,024.738, im Jahre 1976 S 151,669.036 und im Jahre 1977 S 196,642.253 geleistet. Dazu kommen S 73,153.800 (1975), S 55,712.500 (1976) und S 61,405.000 (1977) im Rahmen der Krankenanstalten-Investitionsförderung, sowie S 4,532.000 (1975), S 6,483.000 (1976) und S 5,899.500 (1977) für Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Peri- und Neonatologie.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß einerseits durch den Mutter-Kind-Paß mit seiner regelmäßigen Betreuung von Mutter und Kind, sowie durch den gleichzeitigen Ausbau geburtshilflicher Abteilungen und Neonatologiestationen in den Spitälern - zu dem die oben erwähnten Förderungsmaßnahmen nicht unwesentlich beigetragen haben - die Säuglingssterblichkeit erheblich zurückgegangen ist.

Insgesamt ist seit den ersten Maßnahmen des Gesundheitsministeriums im Jahre 1972 die Säuglingssterblichkeit von 26,1 Promille auf 16,9 Promille im Jahre 1977 reduziert worden. Dies bedeutet eine Senkung im Bundesdurchschnitt um 35,3 %, also eine Senkung um mehr als ein Drittel in nur sechs Jahren.

Um den Ärzten und Kurgästen sowie den Fremdenverkehrsverbestellen und Reisebüros präzise Informationen über die österreichischen Heilbäder und Kurorte in die Hand zu geben, hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz das "Österreichische Heilbäder- und Kurortebuch" herausgegeben und im Jahre 1975/76 unter anderem allen praktizierenden Ärzten zur Verteilung gebracht. Dieses Buch enthält vor allem fachliche Informationen über den neuesten Stand der Bäder- und Klimabehandlung und leistet hiermit einen wesentlichen Beitrag, um die Aufmerksamkeit der Ärzteschaft auf ein bislang weniger beachtetes Teilgebiet medizinischer Therapiemöglichkeiten zu lenken.

- 41 -

Das Buch wird auch weiterhin vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz allen in Österreich niedergelassenen Ärzten über Anforderung kostenlos zur Verfügung gestellt.

Am 27. Mai 1975 wurde der Beirat für Psychische Hygiene und am 20. Feber 1976 der Bundesbeirat für Behinderte errichtet. Diese Beiräte wurden in Leben gerufen, um den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in seinen Bestrebungen hinsichtlich der Verbesserung und Modernisierung der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung und einer Besserstellung der Behinderten in ihren gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Chancen beratend und begutachtend zu unterstützen. Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung wurde durch großzügige Subventionierung des mit Unterstützung des ho. Bundesministeriums gegründeten Vereins "Kriseninterventionszentrum" ermöglicht, daß sich der Verein ein ambulantes Behandlungszentrum in Wien schaffen konnte, welches am 13.6.1977 eröffnet wurde.

Auf dem Sektor der Gesundheitsaufklärung wurde zur Bekämpfung des Mißbrauchs des Alkohols eine groß angelegte Aufklärungskampagne unter dem Motto "Aktion klarer Kopf" in Form einer Broschüre durchgeführt und ein Alkoholaufklärungsfilm in Auftrag gegeben, der soeben fertiggestellt wurde.

Weiters hat das ho. Bundesministerium eine Raucherfibel in großer Auflage herausgebracht, deren Nachfrage derart stark war, daß diese Broschüre zweimal nachgedruckt werden mußte.

Eine nähere Detaillierung der zusätzlich zu den o.a. Zweckzuschüssen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens für das Land Wien erbrachten finanziellen Leistungen des Bundes ist der beigeschlossenen Anlage zu entnehmen.

- 42 -

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz während der laufenden Gesetzgebungsperiode, dem gesetzlichen Auftrag folgend, seine Tätigkeit als Koordinator in Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Bundesministerien, aber auch mit den Bundesländern fortgesetzt.

Diese schwierige Aufgabe konnte nur durch die Kooperation aller Beteiligten, wozu auch die verschiedenen Interessenvertretungen und andere gesellschaftstragende Kräfte zu zählen sind, bewältigt werden. Wesentliche Beihilfe leistete auch das Interministerielle Komitee für Umweltschutz, der Beirat für Umweltschutz und der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene. Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene bzw. seine Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Erarbeitung von fachlichen Beiträgen zum Umweltschutzgesetz, den Richtlinien 3 und 4 (Bleikerzenmethode und Bergerhoff-Verfahren), der Richtlinie 5 (Empfehlungen über die Lärmbelastung), die in der weiß-blauen Buchreihe des Bundesministeriums herausgegeben wurden und der vorläufigen Richtlinie Kohlenmonoxid, die das Ressort in der weiß-grünen Reihe publizierte.

Ein bedeutender Schwerpunkt der Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz lag in der Zweckforschung. Das im Jahre 1976 erstellte mittelfristige Forschungskonzept gibt nicht nur nach innen und außen die fachlichen Intentionen des Ressorts auf dem jeweiligen Fachgebiet wieder, sondern dient darüber hinaus als mittelfristiges Orientierungs- und Planungsinstrument bei der Prüfung von Vorhaben der einschlägigen Zweckforschung.

Die im Jahre 1974 eröffnete Publikationsreihe "Beiträge zum Umweltschutz" wurde in etwas abgeänderter Form weitergeführt und dient der Veröffentlichung von Ergebnissen der Zweckforschung und Zweckforschungsförderung. Diese Arbeiten bilden eine wertvolle Basis für eine effiziente Planungs-

tätigkeit und helfen bei der Entscheidungsfindung der einschlägigen öffentlichen und privaten Stellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat ferner seine Aktion, die Bundesländer mit Geräten zur Messung umweltschädigender Substanzen sowie mit Umweltmeßwagen als fahrbare Meßplattform auszustatten, fortgeführt, sodaß nunmehr alle Bundesländer über derartige Einrichtungen verfügen. Die Organisation der Ausstattung erfolgt im Einvernehmen mit der Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlich-bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien.

Dem Land Wien wurden seit Beginn dieser Legislaturperiode Meßgeräte im Wert von 4,6 Millionen Schilling, den Ländern insgesamt im Wert von über 39 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Durch die Vergabe von Meßgeräten an alle Bundesländer - und zwar jeweils Geräte derselben Bauart - sowie durch die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erarbeiteten einheitlichen Meßmethoden ist eine einheitliche Erfassung der Umweltsituation in Österreich gewährleistet. Nur gleichartige Meßgeräte, die nach einheitlichen Meßmethoden eingesetzt werden, liefern auch vergleichbare Ergebnisse. Durch diese bundesweite Aktion wurden daher erstmalig die Voraussetzungen für eine einheitliche Feststellung der Umweltbelastungen in Österreich geschaffen. Dies ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zukommenden Zuständigkeit zur Koordination auf allen Gebieten des Umweltschutzes. Durch die Initiative des Ressorts konnte auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Landesexperten einerseits und zwischen den Landesexperten untereinander andererseits erreicht werden.

Der Erfolg der Geräteaktion zeigt sich bereits derzeit in einer immer genaueren und engmaschigeren Erfassung von umwelt-

fremden und umweltschädigenden Substanzen, die eine wertvolle und unerläßliche Grundlage für alle Maßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes darstellt.

Neben der erwähnten Bedeutung der Langzeitbeobachtungen haben sich die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zur Verfügung gestellten Geräte durch den jederzeit möglichen konzentrierten Einsatz an neuralgischen Punkten auch hinsichtlich der raschen Erfassung einer konkreten Umweltsituation bewährt.

Die Arbeiten an dem in Aussicht genommenen Umweltschutzgesetz, durch das bundeseinheitliche Rechtsvorschriften zur Minimierung der Umweltbelastung im Interesse der menschlichen Gesundheit erlassen werden, wurden fortgesetzt. Dieses Gesetz soll das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz optimal in die Lage versetzen, seinem gesetzlichen Koordinationsauftrag entsprechen zu können.

Lärm ist zu einem negativen Indikator für Lebensqualität, zum unmittelbarsten negativen Umwelterlebnis geworden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher mit Unterstützung hervorragender Fachleute eine Anti-Lärm-Kampagne gestartet.

Die Lärmfibel soll die Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken der Lärmbelastung aufklären; die Lärmfibel soll aber auch jeden einzelnen zum Nachdenken anregen, wieviel er eigentlich selbst Lärm vermeiden und damit zu einer Verbesserung der Umwelt beitragen kann.

In bestimmten Bereichen ist aber der einzelne weitgehend außerstande, sich und seine Mitmenschen vor Lärm zu schützen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher vier besonders akute Bereiche ausgewählt und hervorragende Experten gebeten, hier Untersuchungen anzustellen und ihre Empfehlungen abzugeben. Es sind dies:

- o Geräuscentwicklung von Haushaltsgeräten
- o Schall- und Lärmschutz im Wohnungsbau
- o Schutz vor Straßenverkehrslärm
- o Quantitative Bewertung der Erschütterungseinwirkungen auf den Menschen.

Diese Studien brachten äußerst interessante, praxisbezogene Empfehlungen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat diese Studien im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt und ihre Ergebnisse allen in Betracht kommenden Entscheidungsträgern übermittelt. Die Umsetzung dieser Erkenntnisse in die Praxis wird zu einer fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung beitragen.

Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes wurden die gesundheits- und umweltschutzpolitischen Aktivitäten während der laufenden Legislaturperiode weiter verstärkt.

Als gemäß § 41 des Strahlenschutzgesetzes in I. Instanz zuständige Behörde hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz umfangreiche Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Zwentendorf, das Forschungszentrum Seibersdorf, insbesondere für das International Analytical Safeguard Laboratory, und für Elektronenbeschleuniger in Krankenanstalten durchgeführt.

Das im Jahr 1971 eingeleitete Verfahren zur Bewilligung der Errichtung des Kernkraftwerks Zwentendorf gemäß § 5 Abs. 1 des Strahlenschutzgesetzes wurde fortgesetzt. Im Sinne der Bestimmungen des § 5 Abs. 8 Strahlenschutzgesetz wurden zur Beurteilung der Frage, ob für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen in ausreichendem Maße Vorsorge getroffen wird, Sachverständige für die in Betracht kommenden Fachgebiete gehört. Bei der Auswahl von Sachverständigen wurde ein äußerst strenger Maßstab in bezug auf die Qualifikation der zu bestellenden Personen gelegt.

- 46 -

Die Beobachtungsstationen bei Bezirksverwaltungsbehörden im Sinne des § 38 Strahlenschutzgesetz zum Zwecke der raschen Erkennung von großräumigen Anstiegen von Strahlenpegeln wurden weiter ausgebaut. Als langfristiges Ausbauziel sind etwa 300 Beobachtungsstationen, verteilt über ganz Österreich, vorgesehen. Von den 123 in Betrieb stehenden Geräten sind bereits 45 an das Fernwirkssystem angeschlossen. Weitere 36 Geräte wurden angekauft und sollen noch im Laufe dieses Jahres montiert werden. Im Hinblick auf die gebotene besondere Kontrolle der Umgebung des Kernkraftwerkes Zwentendorf sind allein im Raum Wien 7 Stationen des Strahlenfrühwarnsystems in Betrieb. Dieses Strahlenwarnsystem wird mit Hilfe der bereits beschlossenen und in Angriff genommenen Datenfernübertragung über ein Strahlenschutzmeldenetz (Fernwirkssystem), das alle Stationen mit den Warnzentralen der Länder und des Bundes verbindet, als Strahlenfrühwarnsystem für Anlaßfälle der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Zur großräumigen Überwachung des Bundesgebietes wurden Radioaktivitätsmessungen in der Luft, in Niederschlägen und in Lebensmitteln durchgeführt. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bekundete sein Interesse an der periodischen Kontrolle der Wiener Trinkwässer auf radioaktive Verunreinigungen und stellte daher der hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt der Stadt Wien im Februar 1978 ein Spezialmeßgerät bis auf weiteres zur Verfügung.

Weiters hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz den Ankauf von Strahlenmeßeinrichtungen durch den Bundesfeuerwehrverband gefördert. Diese Förderung kommt auch dem Landesfeuerwehrkommando Wien zugute. Die Wiener Feuerwehr ist dadurch in der Lage, bei allfälligen Einsätzen in verstrahlten Zonen sowohl ihr eigenes Personal zu schützen, als auch radioaktiv kontaminierte Flächen besser zu kontrollieren.

Ab dem Jahr 1976 werden die Kosten für ärztliche Untersuchungen für nicht unfallversicherte, beruflich strahlen-

- 47 -

exponierte Personen vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz an die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter rückerstattet. Diese Vereinbarung wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung getroffen.

Über die "Radioaktivitätsmessungen in Österreich 1970 - 1974" wurde im Jahr 1975 ein Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz veröffentlicht.

Ferner wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die "Strahlenkarte Österreichs" veröffentlicht, in der die mittleren Bevölkerungsdosen im Freien durch terrestrische und kosmische Strahlung tabellarisch und in fünf Österreichkarten dargestellt sind.

Das neue Lebensmittelgesetz 1975 trägt dem Gesundheitsschutz des Verbrauchers in einer die Fortschritte von Wissenschaft und Technik berücksichtigenden Weise voll Rechnung. Die bisherigen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung lassen bereits die Vorzüge dieses Gesetzes erkennen. Bisher wurden sieben Verordnungen aufgrund des Lebensmittelgesetzes erlassen; insbesondere wird auf die Schädlingsbekämpfungsmittel-Höchstwertverordnung, die Verordnung über die Einfuhr von Eipräparaten und die Konservierungsmittel-Verordnung hingewiesen. Weitere wesentliche Verordnungen, vor allem auf dem Gebiet der Lebensmittel und Zusatzstoffe, sind in Ausarbeitung.

Durch das Lebensmittelgesetz 1975 wurde auch die Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalten wesentlich intensiviert. Die fortschreitende Technisierung und die notwendige Rationalisierung bedingen einen steigenden Bedarf an aufwendiger apparativer Ausrüstung. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat in den Jahren 1975 bis 1977 apparative Anschaffungen für die Lebensmitteluntersuchungsanstalten in Höhe von rund 29 Millionen Schilling getätigt. Diese Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Anstalten wie folgt:

- 48 -

	1975	1976	1977
BAfLU Graz	1,259.200	350.000	928.000
BAfLU Innsbruck	228.700	1,216.300	1,279.000
BAfLU Linz	264.000	524.300	754.700
BAfLUuF Wien	7,585.200	8,957.300	5,641.000
zusammen	9,337.100	11,047.900	8,602.700

Auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden auch in Zusammenarbeit mit den Lebensmitteluntersuchungsanstalten die Untersuchungsprogramme hinsichtlich Inhalt und Umfang den modernen Erfordernissen entsprechend ausgebaut. Als Schwerpunkte sind neben der verstärkten Überwachung von Pestizidrückständen auf Lebensmitteln die verstärkte Kontrolle der Lebensmittelimporte zu nennen. Ferner wurde das Programm für bakteriologische Lebensmitteluntersuchungen wesentlich erweitert.

Auf dem Gebiet des Veterinärwesens kann darauf hingewiesen werden, daß seit 1975 im gesamten Bundesgebiet kein einziger Fall von Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist, obwohl 1976 in der Bundesrepublik Deutschland vereinzelt und in Italien ausgebreitet die Maul- und Klauenseuche herrschte. Aufgrund besonderer Maßnahmen konnte jedoch die Einschleppung dieser Seuche aus dem Ausland verhindert werden.

Für die Amtstierärzte sämtlicher Bundesländer wurden von der Veterinärverwaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mehrtägige Fortbildungskurse abgehalten. Die Vorträge umfaßten aktuelle Probleme der Tierseuchenbekämpfung, insbesondere der Wutkrankheit und der für die Massentierhaltung ausschlaggebenden Geflügelseuchen, verschiedene veterinärmedizinische Aspekte der Fleischschau bei Wildtieren und die Tierkörperbeseitigung.

In einer Reihe von Zivilschutzkursen soll die gesamte Amtstierärzteschaft Österreichs mit den neuesten Erkenntnissen

- 49 -

auf diesem Gebiet vertraut gemacht werden. Der erste Kurs fand im April 1978 statt, wobei auch Teilnehmer aus dem Bundesland Wien vertreten waren.

Über Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde im November/Dezember 1977 wieder die jährliche Schutzimpfung aller Rinder, Schafe und Ziegen gegen die Maul- und Klauenseuche durchgeführt. Dieser Schutzmaßnahme wurden sämtliche Rinder und kleine Wiederkäuer unterzogen, die in einem Umkreis von etwa 15 km um die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf gehalten werden.

- 49a -

Zusammenfassung der Ausgaben des Bundesministeriums für Gesundheit und
Umweltschutz für das Bundesland Wien

	1972	1973	1974	1975	1976
Krankenanstalten- Investitionsförderung	-	54,125.000	54,125.000	73.153.800	55,712.500
Hör- und Sehtestgeräte	-	-	52.000	81.000	211.000
Perinatalogie - Neonatologie	1,725.000	707.000	8,778.000	4,532.000	6,483.000
Mutter-Kind-Paß	-	-	600.000	920.000	744.000
Funkdienst	-	-	-	-	-
Ärzteausbildung	-	-	-	-	32.000
Tuberkuline	12.000	8.000	16.000	83.000	38.000
BCG-Vakzine	1,417.000	1,287.000	1,106.000	134.000	64.000
Diphtherie-Tetanus- Pertussi-Vakzine	365.000	352.000	-	140.000	187.000
Pockenvakzine	66.000	93.000	92.000	141.000	142.000
Polio-Oral-Vakzine	530.000	678.000	655.000	600.000	584.000
Röteln-Impfstoff	-	-	-	753.000	412.000
FSME-Impfstoff	-	-	-	37.000	143.000
Anti-D-Globulin	-	-	-	362.000	375.000
Fluortabletten	114.000	122.000	141.000	148.000	150.000
Summe Prophylaxe	2,504.000	2,540.000	2,010.000	2,398.000	2,095.000
Stoffwechselerkrankungen	-	-	-	403.000	435.000

	1972	1973	1974	1975	1976
Subventionen:					
St. Anna Kinderspital	250.000	1,240.000	400.000	1,000.000	3,770.000
Haus d. Barmherzigkeit	70.000	-	-	50.000	-
Barmherzige Brüder	100.000	250.000	70.000	30.000	30.000
Orthopädisches Spital	213.000	282.000	860.000	60.000	55.000
Sanatorium Hera	-	90.000	-	-	-
Diakonissenkrankenhaus	-	-	220.000	200.000	120.000
Schulung in Säuglingsbe- treuung	-	-	-	-	94.000
Rduolfinerverein, Schwesternschule	-	-	-	500.000	600.000
Summe Subventionen	633.000	1,862.000	1,550.000	1,840.000	4,669.000
Insgesamt	4,862.000	59,234.000	67,115.000	83,327.800	70,381.500

1 9 7 7

Für die Ärzteausbildung wurde im Jahr 1977 für Wien ein Förderungsbeitrag von S 3,217.734,10 gewährt. Anzahl der geförderten Ärzte insgesamt 45, derzeit noch 42.

Beitrag aus der Krankenanstalten-Investitionsförderung 1977 S 61,405.000,-- davon S 4,000.000,-- für Psychiatrisches Zentrum in Wien 21., und S 3,000.000,-- für Leukämiezentrum im Hanuschkrankenhaus.

Aus Förderungsmittel allgemein hat das St.Anna Kinderspital für sein Leukämiezentrum S 2,000.000,-- und für Wäsche und Betten S 250.000,-- erhalten.

Impfstoffe, die für Wien zur Verfügung gestellt wurden:

Tuberkulin:	S	62.435,69
BCG:	S	114.696,--
Polio:	S	681.450,--
Di-Te-Pe:	S	176.735,90
Röteln:	S	613.060,04
Fsme-Immunglobulin	S	255.517,55
Insgesamt	S	<u>1,903.895,18</u>

Perinatalogie - Neonatologie S 5,899.500,--

Anti-D-Globulin S 336.260,--

Fluortabletten S 163.972,80

Stoffwechselanomalien: Die Ausgaben für die Früherfassung angeborener Stoffwechselanomalien wurden 1977 nicht mehr an die Länder refundiert, sondern Prof. Dr. THALHAMMER erhielt im Rahmen eines Vertrages einen Gesamtbetrag von

S 1,700.000,--

Lediglich die Personalkosten in Höhe von wurden an den Magistrat der Stadt Wien überwiesen.

S 403.467,--

- 50 -

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Außenhandel und Integration

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat im Interesse der österreichischen Exportwirtschaft an der weiteren Verbesserung der Förderungs- und Finanzierungsinstrumente und am Ausbau des bestehenden Netzes von Informations- und Kontaktmöglichkeiten mitgewirkt. In zahlreichen Wirtschaftsverhandlungen war es bestrebt, die Voraussetzungen für eine bessere geographische Streuung der österreichischen Exporte – ohne Vernachlässigung der traditionellen Handelspartner – sowie eine Erhöhung des Fertigwarenanteiles zu schaffen. Durch die Ausweitung bereits bestehender Handels-, Zahlungs- und Kooperationsabkommen und den Abschluß neuer Verträge ist es gelungen, die Grundlage für gedeihliche wirtschaftliche Beziehungen zu festigen.

Auf legistischem Sektor stand weiters die Außenhandelsgesetz-novelle 1976, die die Einbeziehung wichtiger mineralischer Rohstoffe zur Krisenvorsorge zum Gegenstand hat, im Mittelpunkt. Unter dem gleichen Gesichtspunkt wurde die bis dahin gegebene Bewilligungspflicht für Erdöl, Gasöl und Heizöle im Gesetz selbst verankert und schließlich einige Sprengstoffe von militärischer Bedeutung in die Liste der bewilligungspflichtigen Waren in der Ausfuhr aufgenommen, um nötigenfalls Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität treffen zu können. In Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen sowie verschiedener internationaler Verträge sind zahlreiche Verordnungen ergangen.

Das Begutachtungsverfahren über eine Novelle betreffend die Bewilligungspflicht von Rechtsgeschäften in der Ausfuhr,

- 51 -

die die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente für Kernreaktoren zum Gegenstand haben, ist abgeschlossen.

Für die Novellierung des Handelsstatistischen Gesetzes waren ein verstärktes Informationsbedürfnis von Wirtschaft und Verwaltung und Anpassungen an das Zollverfahren ausschlaggebend. Schwerpunkte sind eine flexiblere Gestaltung von Mengenangaben im Verordnungswege, bei grundsätzlicher Beibehaltung der gewichtsmäßigen Mengenerfassung. Vereinfachungen bei der Abgabe der statistischen Anmeldung in Anlehnung an die Praxis der Zollabfertigung sorgen dafür, daß die notwendigen administrativen Belastungen insgesamt in Grenzen bleiben.

Von einigem Gewicht ist schließlich eine demnächst in das Begutachtungsverfahren gehende Novelle zum Antidumpinggesetz 1971, die die Möglichkeit der Setzung vorläufiger Maßnahmen und damit einen wirksameren Schutz der heimischen Erzeugung vor unerlaubten Dumpingpraktiken vorsieht. Dies soll u. a. dadurch erreicht werden, daß auch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Antidumpingverordnung bereits zum Versand nach Österreich gebrachte Waren von einem Antidumpingzoll erfaßt werden können.

Trotz der zunehmenden Multilateralisierung des österreichischen Außenhandels hat sich die Pflege der bilateralen Beziehungen für die Erschließung neuer Absatzmärkte für österreichische Produkte, etwa in Entwicklungsländern, als sehr nützlich erwiesen. Österreich hat seinerseits den Entwicklungsländern nach Verhandlungen Vorzugszölle für Waren aus diesen Staaten (erwähnt seien hier nur tropische Produkte und handwerkliche Erzeugnisse) im Rahmen des Präferenzzollgesetzes gewährt.

- 52 -

Im Hinblick auf das ständig steigende Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz gegenüber unserem größten Außenhandelspartner, den Europäischen Gemeinschaften, wurden mehrere Initiativen gesetzt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Konkret wurden dabei Maßnahmen der Gemeinschaft zur Beseitigung oder Verringerung bestehender Handelshemmnisse bei industriell-gewerblichen Produkten und am Agrarsektor verlangt. In diesem Zusammenhang dringt Österreich stets auf eine möglichst liberale Durchführung der Freihandelsabkommen mit den EG, insbesondere bei der Handhabung der nunmehr nach Realisierung der Zollfreiheit am 1. Juli 1977 noch bestehenden restriktiven Regelungen bei den sensiblen Produkten. Auch am Agrarsektor konnte die Gemeinschaft zu einem gewissen Entgegenkommen bei Käse und Wein, insbesondere aber am Rindersektor, durch Aufhebung der Einfuhrsperre per 1. April 1977 bewogen werden.

Am Stahlsektor, auf dem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die EG-Stahlindustrie Schutzmaßnahmen eingeführt hat, wurde in laufenden Kontakten mit den Kommissionsdienststellen auf die Abwendung von negativen Auswirkungen auf die österreichische Stahlindustrie hingewirkt.

Der Gemischte Ausschuss des Freihandelsabkommens Österreich - EWG faßte mehrere Beschlüsse zur Anpassung der Zoll- und Ursprungsregeln an die internationalen Gegebenheiten sowie zur leichteren Handhabung der geltenden Regelungen im Interesse von Wirtschaft und Verwaltung.

Am 13. Mai 1977 fand in Wien eine Konferenz der Regierungschefs sämtlicher EFTA-Länder statt. Dieses Treffen auf höchster Ebene basierte auf der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche

- 53 -

Interdependenz der einzelnen Staaten heute das hervorstechendste Faktum der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist. Bei der Beurteilung der derzeitigen Lage bekräftigten die Regierungschefs erneut ihr Bekenntnis zum Freihandel und ihre Überzeugung, daß die EFTA auch in Zukunft eine bedeutende Funktion als nützliches und flexibles Instrument für die teilnehmenden Regierungen in der Verfolgung ihrer Ziele hinsichtlich des europäischen Freihandels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erfüllen haben wird.

Auf diplomatischem Wege bzw. im Rahmen des Antidumping-Komitees des GATT ist unter Berufung auf Art. VI des GATT bzw. auf den Antidumping-Kodex wiederholt, zumeist erfolgreich, gegen bereits gesetzte bzw. geplante Antidumpingmaßnahmen anderer Staaten gegen die Einfuhr österreichischer Waren interveniert worden. Derartige Interventionen erfolgten im Berichtszeitraum beispielsweise zugunsten der österreichischen Ausfuhren von Skibindungen, Käse, Zellwollfasern und Bahnbaumaschinen nach den USA, von Käse und Unkrautvertilungsmitteln nach Australien, von Maleinsäureanhydrid, Polyester- und Nylongarnen nach Kanada sowie von Schnellarbeits- und Werkzeugstählen nach Großbritannien.

Für die Wiener Internationale Messe wurden in den Jahren 1975 S 446.443,- und 1976 S 725.771,- an Subventionen vergeben, die unter anderem auch zu einer Belebung des Außenhandels beitragen.

Messen bilden darüber hinaus Anknüpfungsmöglichkeiten für Kompensationsgeschäfte. Die im Rahmen der Wiener Internationalen Messe abgeschlossenen Kompensationsgeschäfte, welche zusätzliche Ausfuhren österreichischer Waren ermöglichen, haben in den Jahren 1976/77 in jeder Richtung den Umfang von S 20,0 Mio. aufzuweisen.

Die Ausnützung der Kompensationsvereinbarungen liegt erfahrungsgemäß zwischen 30 bis 100 %.

Im Rahmen der Außenhandelsgesetznovelle 1976, BGBl.Nr.315/1976, wurde für eine möglichst reibungslose Abwicklung derartiger Geschäfte Vorsorge getroffen.

Auf dem Textilsektor wurden in Anbetracht der Notwendigkeit eines Schutzes der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Im Rahmen des am 1. Jänner 1974 in Kraft getretenen Abkommens über den Internationalen Handel mit Textilien hat Österreich hinsichtlich der Bekleidungsimporte, vor allem aus dem Fernen Osten, während der laufenden Gesetzgebungsperiode eine Reihe von Abkommen mit den Exportländern abgeschlossen.

Diese Abkommen lassen sich in zwei Gruppen einteilen, und zwar in die langfristigen Übereinkommen betreffend die Beschränkung der Ausfuhr von Baumwolltextilien einerseits und die kurzfristigen Übereinkommen über die Beschränkung der Ausfuhr von bestimmten Erzeugnissen aus Baumwolle und sonstigen Spinnstoffen andererseits nach Österreich.

Durch Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 1. Juli 1977 wurde für bestimmte Warenpositionen des Textil- und Bekleidungssektors zum Zwecke einer möglichst frühen statistischen Erfassung der Einfuhren dieser Produkte die Vorlage einer Einfuhrerklärung vorgesehen.

Ein analoges Verfahren wurde schließlich für Eisen und Stahl und Waren daraus (Kapitel 73 des Zolltarifgesetzes 1958) mit Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 27. Dezember 1977 geschaffen und mit einer weiteren Verordnung, BGBl. Nr. 157/1978, zur Administrierung einer Vereinbarung mit der Europäischen

- 55 -

Gemeinschaft für Kohle und Stahl über die Einhaltung einer Preisdisziplin auf dem Stahlsektor warenmäßig ausgeweitet.

Augrund des Anti-Marktstörungsgesetzes, BGBl. Nr. 393/1971, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 364/1975, wurden drei Verordnungen zum Schutz der Wiener Strumpfhosenproduktion erlassen.

Anzuführen wären auch die Vereinbarungen Österreichs mit Hongkong betreffend Ausstellung von Exportautorisationen (die beiden letzten für die Zeiträume vom 1. 3. 1976 bis 31. 1. 1977 sowie vom 1. 2. 1977 bis 31.12. 1977, siehe BGBl. Nr. 356/1976 und Nr. 148/1977). Zielsetzung dieses Ausfuhrautorisationssystems ist es, eine genaue Vorschau über die Ausfuhrtendenzen in solchen Fällen zu ermöglichen, in denen sowohl Hongkong als auch das Einfuhrland, somit Österreich, an einer Kontrolle des Handels interessiert sind. Mit diesen Abkommen werden alle Exporte jener Erzeugnisse, die im Anhang dieser Abkommen angeführt sind, von der Ausstellung von Exportautorisationen durch das Handels- und Industrieministerium in Hongkong abhängig gemacht. Gemäß dem zuletzt am 26. 1. und 4. 2. 1977 (BGBl. Nr. 148/1977) abgeschlossenen Abkommen kann Österreich die Aussetzung der Ausstellung von Exportautorisationen verlangen, wenn nach österreichischer Auffassung der österreichische Markt durch Einführen aus Hongkong von den durch diese Vereinbarung erfaßten Erzeugnissen einer Marktstörung ausgesetzt ist.

Abschließend wird auf den Rohstoffsektor verwiesen, wo in Anerkennung der außergewöhnlichen Bedeutung einzelner Rohstoffe für die Wirtschaft vieler Länder unter aktiver Mitarbeit Österreichs internationale Rohstoffabkommen abgeschlossen wurden, die u. a. eine für alle Bundesländer in gleicher Weise erstrebenswerte Stabilisierung der Rohstoffpreise sowie eine geregelte Versorgung zum Ziele haben.

Berufsausbildung

Die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, war und ist das Ziel der Bundesregierung.

Auch das Problem der Jugendbeschäftigung konnte bei uns gut gelöst werden.

Da jugendliche Arbeitslose wirtschaftlich und sozial schwach sind, wird der Aufrechterhaltung der Jugendbeschäftigung in Österreich durch die Bundesregierung Vorrang eingeräumt. In den nächsten Jahren ist noch mit einem steigenden Angebot von Lehrstellensuchenden zu rechnen. Um der Vielzahl der jugendlichen Arbeitssuchenden in den verschiedenen Bereichen auch in der Zukunft Rechnung zu tragen, wurden und werden folgende Initiativen gesetzt:

Volle Ausnützung des Lehrstellenpotentials der öffentlichen Hand und ihrer Wirtschaftsbetriebe in Bund, Ländern und Gemeinden (Bahn, Post etc.).

Aufrechterhaltung und Ausbau des Lehrstellenangebots im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen.

Verstärkter Einsatz der Mittel der produktiven Arbeitsmarktförderung und der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zugunsten der Jugendbeschäftigung.

Zusammenarbeit mit den Arbeiterkammern und Handelskammern in allen Bundesländern zur Sichtung der bestehenden Lehrstellen und Ausarbeitung der Möglichkeit der Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen in der Privatwirtschaft.

Weiterführung der Gespräche mit den Verantwortlichen der Bankenkonzernbetriebe.

- 57 -

Stärkere Berücksichtigung eines Lehrstellenangebots
bei der Vergabe von öffentlichen Investitionsförderungen.

Außerdem werden die Möglichkeiten des Ausbaus von staatlichen Lehrwerkstätten, vor allem in strukturschwachen Gebieten, sowie die Errichtung von Lehrlingsheimen in Gebieten, in denen ein Überangebot an Lehrlingen besteht, geprüft. Damit wird ein Fangnetz für den Fall geschaffen, daß die Beschäftigung Jugendlicher unerwartet auf Probleme stoßen würde.

Die Erlassung von Prüfungsordnungen für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung wurde fast zur Gänze durchgeführt. Es sind nur mehr für wenige Lehrberufe mit sehr geringer Lehrlingszahl bzw. für Lehrberufe, in denen derzeit keine Lehrlinge ausgebildet werden, diese Vorschriften zu erlassen. Nach zahlreichen und einläßlichen Beratungen mit Vertretern der Sozialpartner wurde der Entwurf der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 der parlamentarischen Behandlung zugeführt und zum Gesetz erhoben. Die Novelle sieht in der Neufassung des § 8 Abs. 4 des Berufsausbildungsgesetzes vor, daß die Lehrlingshöchstzahl in Einzelfällen durch Bescheid der Lehrlingsstelle unter Bedachtnahme auf bestimmte Voraussetzungen (wie z. B. auf bestimmte arbeitsmarktpolitische Momente und auf eine sachgemäße Ausbildung) innerhalb eines bestimmten Rahmens erhöht werden kann.

Die Kundmachung dieser Novelle im Bundesgesetzblatt ist noch ausständig, da im Hinblick auf einige ihrer Bestimmungen im Lichte der einschlägigen Verfassungsrechtslage vorerst noch die Zustimmung der Bundesländer zur Kundmachung erforderlich ist.

Preispolitik

Für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes Wien ist auch eine Verminderung des Preisauftriebes wesentlich. Die Herabsetzung der Preissteigerungen war und ist eine der wichtigsten Zielsetzungen der Bundesregierung.

Preisentwicklung:

Österreich gehört zu den Ländern mit den geringsten Preissteigerungen. Als Ergebnis der Stabilitätspolitik können seit 1974 fallende Steigerungsraten verzeichnet werden.

Und zwar:

1974: 9,5 %

1975: 8,4 %

1976: 7,3 %

1977: 5,5 %

Diese positive Tendenz hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1978 so günstig fortgesetzt (März 1978: 3,8%), daß mit einer Jahressteigerungsrate 1978 von 4 % gerechnet werden kann.

1977 wurde aufgrund der Konsumerhebung 1975 eine Revision des Verbraucherpreisindex durchgeführt. Die beiden letzten Konsumerhebungen (1954, 1955 und 1964) richteten sich ausschließlich an städtische Haushalte, meist in Gemeinden über 20.000 Einwohner. Die Konsumerhebung 1975 lieferte erstmals Ergebnisse, die auch für den ländlichen Raum und daher für die gesamte österreichische Bevölkerung repräsentativ sind. Außerdem wurde der Warenkorb des VPI erweitert und die Gewichtung den geänderten Lebensgewohn-

- 59 -

heiten angepaßt. Der VPI 1976 wird daher der tatsächlichen Preisentwicklung besser gerecht als der VPI 1966.

Das Preisregelungsgesetz 1957 und das Preistreibereigesetz 1959 wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1976 durch das neue Preisgesetz abgelöst, sodaß das Preisrecht nunmehr in einem einzigen Gesetz zusammenfassend geregelt ist.

Das neue Gesetz sieht verstärkte Möglichkeiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zur Preisregelung vor. Für bestimmte, nicht preisgeregelte Waren kann der Bundesminister bei betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Erhöhungen, bzw. wenn Rohstoffpreissenkungen nicht weitergegeben werden, für die Dauer von sechs Monaten einen volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preis bestimmen. Dadurch ist es auch möglich, die Weitergabe von Zollsenkungen besser zu überwachen.

Eine bedeutsame Änderung brachte das neue Gesetz jedoch hinsichtlich der Preistreiberei, indem die früheren gerichtlichen Straftatbestände der allgemeinen Tendenz zur Entkriminalisierung des Strafrechts folgend in Verwaltungsstrafatbestände umgewandelt wurden, sodaß die Preistreiberei nun ausschließlich von den Verwaltungsbehörden zu ahnden ist.

Die im Jahre 1972 aufgrund des Kartellgesetzes für bestimmte Warengruppen erlassene Nettopreisverordnung wurde zuletzt bis 31. März 1979 verlängert. Weiters wurde Röstkaffee für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1977 in die Nettopreisregelung einbezogen.

Preisüberwachung:

Seitens der Landespreisbehörden erfolgte monatlich eine ausführliche, breitgestreute Information über festgestellte

Preisveränderungen. Unternehmungen, welche Preiserhöhungen ohne Befassung des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission vorgenommen haben, wurden diesem gemeldet.

Das Schwerpunktprogramm der zusätzlich durchgeführten Preiserhebungen umfaßte:

Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Umsatzsteuersatzes, bei Blumen und Grabschmuck im November und anlässlich der Bierpreiserhöhung. Im Dezember wurde die Preisauszeichnungspflicht im Einzelhandel in den Hauptverkehrsstraßen besonders überwacht.

Ab 1. Jänner 1977 wurde die bisherige monatliche Preisberichterstattung durch gezielte Preiserhebungen ersetzt.

Im Jahre 1977 wurden 11 derartige Preiserhebungsaktionen durchgeführt, auch im Jahre 1978 wurden diese Erhebungsaktionen fortgesetzt.

Konsumentenpolitik

Von den dreizehn im Zeitraum September 1976 bis August 1977 aufgrund der Gewerbeordnung 1973 erlassenen Durchführungsverordnungen - die Mehrzahl hatte die Festlegung des Befähigungsnachweises für bestimmte Gewerbe zum Gegenstand - soll besonders auf eine Verordnung, nämlich die Verordnung über Ausübungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977, hingewiesen werden. Gegenstand dieser Verordnung ist eine Reihe von an die zur Ausübung des konzessionierten Gewerbes der Personalkreditvermittlung berechtigten Gewerbetreibenden gerichteten Geboten und Verboten, mit denen vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes Unzukömmlichkeiten bei der Ausübung dieses Gewerbes entgegengetreten und so eine standesgemäße Ausübung dieses Gewerbes erreicht werden soll.

- 51 -

Auch das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen, BGBl. Nr. 392, das mit 1. 10. 1977 in Kraft trat, enthält eine Anzahl von Bestimmungen, die für den Verbraucher bedeutungsvoll sind, wie zum Beispiel Bestimmungen über die Versorgungspflicht und zur Sicherung der Nahversorgung.

Gewerbe und Fremdenverkehr

Mit 1. August 1974 ist die Gewerbeordnung 1973 in Kraft getreten. Sie hat die bis in das Jahr 1859 zurückreichende und durch zahlreiche Novellierungen unübersichtlich gewordene alte Gewerbeordnung abgelöst. Die Gewerbeordnung 1973 ist nach dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ausgerichtet, die nur dort ihre Schranken findet, wo dies im öffentlichen Interesse geboten ist.

Seit dem Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung sind zahlreiche Durchführungsverordnungen entstanden. Weitere Durchführungsverordnungen zur Gewerbeordnung 1973 sind in Vorbereitung bzw. stehen vor ihrer Erlassung. Es handelt sich hierbei insbesondere um Verordnungen über den Befähigungsnachweis sowie über Ausübungsvorschriften für verschiedene Gewerbe. Diese Verordnungen sollen insbesondere zur Sicherung und zur Aufrechterhaltung eines entsprechenden Leistungsniveaus der betreffenden Gewerbe beitragen und dem Schutz der Kunden dienen (u. a. Verordnung über Ausübungsregeln für das Gewerbe der Personalkreditvermittlung, BGBl. Nr. 304/1977. In dieser Verordnung wird vor allem im Interesse des Konsumentenschutzes bestimmt, wie das Gewerbe der Personalkreditvermittlung auszuüben ist).

- 62 -

Am 1. Jänner 1977 trat die Gewerberechtsnovelle 1976 in Kraft. Durch diese Novelle wurden die gewerberechtlichen Vorschriften an die durch die Bundes-Verfassungsgesetz-novelle 1974, BGBl. Nr. 444, bewirkte Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung angepaßt. Ziel dieser Anpassung war, daß trotz der generellen Abkürzung des administrativen Instanzenzuges in der mittelbaren Bundesverwaltung in den Fällen, in denen dies auf Grund der Bedeutung der Angelegenheit gerechtfertigt ist (vgl. Art. 103 Abs. 4 B-VG in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974), der administrative Instanzenzug insbesondere im Interesse einer bundeseinheitlichen Vollziehung in dritter Instanz bis zum Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie geht. In den Angelegenheiten, in denen in Hinkunft durch die Änderung der Verfassungsrechtslage der Instanzenzug beim Landeshauptmann enden wird, wird getrachtet werden, vor allem im Rahmen der jährlich stattfindenden Tagungen der Gewerbereferenten der Bundesländer, bei denen das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Vorsitz führt, die Verwaltungspraxis der Bundesländer abzustimmen.

Gewerbeförderung

Für die beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bestehende Gewerbeförderung konnten die Mittel seit 1974 wesentlich verstärkt werden.

Seit 1975 wurden die bestehenden Aktionen um die Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen von bisher Unselbständigen erweitert. Hiefür wurden die Schwerpunkte "Nahversorgung" und "Abwanderungsgefährdete Gebiete" festgelegt. Die Förderungshöchstgrenze beträgt im Einzelfall S 500.000,-.

- 63 -

Anfang 1978 wurde die Obergrenze für geförderte Investitionskredite in der Gewerbeförderung wesentlich angehoben:

Bürges-Kleingewerbekreditaktion

S 500.000,-- statt bisher S 250.000,--

Förderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz

S 3,75 Mio. statt bisher S 2,5 Mio.

Für Rationalisierungs- und Betriebsberatung, Studien und Untersuchungen, Konsumentenschutz, Lehrlingsheime, Schulungsmaßnahmen, Staatspreise, Ehrenpreise und sonstige Subventionen wurden im Jahre 1975 an Förderungszuschüssen in der Wirtschaftsförderung 21,7 Mio. S, 1976 21,8 Mio. S und 1977 26,4 Mio. S zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die Betriebsberatung in der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr), die zusammen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt wird, konnte wesentlich ausgebaut werden. Aufgrund der guten Erfahrungen, die dabei gewonnen wurden, ist eine weitere Forcierung wünschenswert, die Vorbereitungen für ein nächstes Zweijahresprogramm sind bereits angelaufen.

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen - Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969, BÜRGES-Stammaktion, Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - in der Zeit vom 1. 1. 1975 bis 31. 12. 1977 geleisteten Förderungen für das Bundesland Wien sind der folgenden Liste 1 zu entnehmen.

Fremdenverkehrsförderung

Die mit Beginn der sogenannten "Energiekrise" international aufgetretenen allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind auch in den für den österreichischen Fremdenverkehr wichtigen Herkunftsländern nicht ohne Einfluß geblieben. Dies hatte auch Auswirkungen auf den österreichischen Fremdenverkehr.

Saisonal gesehen ergeben sich deutliche Unterschiede in der Entwicklung zwischen Sommer- und Winterfremdenverkehr. Während der Wintertourismus ohne Unterbrechung zunahm, sind beim Sommerfremdenverkehr seit 1973 Tendenzen einer Stagnation bzw. eines mäßigen Rückganges festzustellen. Ausgenommen ist der Sommer 1975, welcher gegenüber dem Sommer 1974 mit einer Zunahme der Gästenächtigungen von 3,5 % abschloß. Die Ursachen für diese Entwicklung sind auf die allgemeine wirtschaftliche Situation vor allem in der BRD, die Verschiebungen der Währungsparitäten besonders gegenüber Großbritannien, USA und Italien, aber auch auf die Schlechtwetterperioden, besonders für das Sommerurlaubspublikum, zurückzuführen. Durch diese gegenläufige Entwicklung zwischen Winter- und Sommer-tourismus hat sich der Anteil des Winterfremdenverkehrs am Gesamtfremdenverkehr weiterhin erhöht und liegt nunmehr, gerechnet nach der Nächtigungsstatistik, bei 31,3 %.

Entsprechend der Regierungserklärung 1975 wurde das "Fremdenverkehrs-Förderungsprogramm 1971 bis 1980" weiter durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Tourismus wurde das "Arbeitsprogramm Fremdenverkehr 1975 bis 1980" erstellt, in welchem die Schwerpunkte der Fremdenverkehrspolitik des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zusammengefaßt wurden. Beide Unterlagen

Sektor Wirtschaftsförderung

Liste 1

Bundesland: W I E N

BÜRCES-Stammaktion (Haftung und 3% Zinsenzuschüsse für Investitionskredite bis S 200.000,-- seit Oktober 1975 bis S 250.000,-- oder wahlweise einmalige Prämie in Höhe von 12 % des Kreditbetrages)

Gefördert wurden:

davon Fremdenverkehr:

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl</u>	<u>Kreditvolumen</u>	<u>Anzahl</u>	<u>Kreditvolumen</u>
1975	605	68,796.000,--	22	3,421.000,--
1976	763	97,248.000,--	25	4,133.000,--
1977	1172	158,702.000,--	77	11,534.000,--

Zuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 einschließlich der Sonderkreditaktion

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl</u>	<u>Kreditvolumen</u>	<u>Kreditkostenzuschuß einschl. Haftg. Kosten</u>	<u>davon Fremdenverkehr:</u>		
				<u>Anzahl</u>	<u>Kreditvolumen</u>	<u>Kreditkostenzuschuß einschl. Haftg. K.</u>
1975	108	167,370.000,--	16,891.000,--	4	10,400.000,--	1,062.000,--
1976	157	237.596.000,--	23,802.000,--	8	13,700.000,--	1,506.000,--
1977	167	279,340.000,--	28,964.000,--	12	16,150.000,--	1,682.000,--

Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - Bundesquote

<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>
2,844.000,--	2,844.000,--	2,681.000,--

Betriebsneugründungen und -übernahmen (einschließlich Fremdenverkehr):

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl</u>	<u>geförd. Kreditvolumen</u>
1977	41	10,804.000,--

- 54a -

wurden u. a. dem im November abgehaltenen Österreichischen Fremdenverkehrstag 1976 in Eisenstadt vorgelegt. Die Empfehlungen des Österreichischen Fremdenverkehrstages bilden jedenfalls die Leitlinien für die Fremdenverkehrspolitik der nächsten Jahre.

Während der laufenden Gesetzgebungsperiode ist auch die Prämienaktion "Jederzeit warme Küche" angelaufen, die über die Förderung von Investitionen im Küchengerätebereich die Abgabe von warmen Speisen während der gesamten Öffnungszeit des Betriebes erleichtern soll.

Die neuen Richtlinien für die Fremdenverkehrs-Kreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie (Hausaktion) sehen als Förderungsschwerpunkt Investitionsvorhaben vor, die der Schaffung von Einrichtungen für Spiel, Unterhaltung sowie Sport unter Dach (Tennis- und Reithallen, Hallenbäder, Kinderspielplätze, Plantschbecken, Wander- und Aussichtswege u. a. m.) dienen. Durch diese Einrichtungen soll die vorhandene Unterkunftskapazität besser ausgenützt werden. Die Schaffung neuen Bettenraumes hingegen soll nurmehr in Entwicklungsgebieten oder bei wesentlicher Strukturverbesserung gefördert werden.

Anfang 1978 wurde die Obergrenze für geförderte Investitionskredite in der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion von S 500.000,- auf S 1 Mio. hinaufgesetzt.

Weiters sollen Investitionskredite in der Höhe von ca. S 500 Mio. (für ganz Österreich) im Rahmen der ERP-Ersatzaktion gefördert werden.

- 66 -

Für Fremdenverkehrsstudien und Untersuchungen sowie sonstige Subventionen (Ausbau und Erhaltung von Schutzhütten und Jugendherbergen, Werbemaßnahmen für Fremdenverkehrsattraktionen) wurden im Jahre 1975 9,8 Mio. S, 1976 10,6 Mio. S und 1977 10,3 Mio. S zur Verfügung gestellt (insgesamt für alle Bundesländer).

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen in der Zeit vom 1. 1. 1975 bis 31. 12. 1977 geleisteten Förderungen für das Bundesland sind der folgenden Liste 2 zu entnehmen.

Industriepolitik

Sowohl kurzfristige Konjunkturabschwächungen als auch langfristige Wandlungen der Wirtschaftsstruktur zeigen in entwicklungs- und strukturschwachen Gebieten verstärkte negative Auswirkungen. Um diesen geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung zu tragen, wurde bereits 1972/73 eine Erhebung dringlicher Fälle der regionalen Industriepolitik durchgeführt. Im Jahre 1976 wurde in allen Bundesländern diese Umfrage wiederholt. Die Auswertung dieser Erhebungsergebnisse dient allen jenen Stellen, die sich mit der Finanzierung und Förderung der österreichischen Industrie in den einzelnen Bundesländern befassen, als Entscheidungshilfe.

Besonderes Augenmerk wurde seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie darauf gelegt, Klein- und Mittelbetriebe bei der Erlangung begünstigter Investitionskredite zu unterstützen. Im Zuge dieser Bemühungen wurden die Betriebe nicht nur über die ihnen zur Verfügung stehenden bundesweiten Finanzierungsinstrumente beraten, sie wurden auch mit den für das jeweilige Investitionsprojekt in Frage kommenden Bundeseinrichtungen in Kontakt gebracht.

Liste 2

Sektor Fremdenverkehr

Bundesland: W I E NI. Gefördertes Kreditvolumen

(Beträge in Tausend S)

Jahr	Hausaktion	BÜRGES-Stammakt.	GSTVG ¹⁾	FVSoka ²⁾	FAG	ERP	ERP-Ersatz	Summe							
1975	5	10,500	22	3,421	4	10,400	13	4,950	-	4	27,900	3	9,000	51	66,171
1976	5	6,250	25	4,133	8	13,700	29	11,240	-	6	29,300	4	19,200	77	83,823
1977	2	3,000	77	11,534	12	16,150	65	25,751	-	-	--	1	4,000	157	60,435

II. Sonstige Zuschüsse

Jahr	KoZiA ³⁾		JWK ⁴⁾		FAG	Zweckzuschüsse an Länder	Sicherungs- fälle	Summe	
1975	44	2,464		---	1	6,498	118.	---	45 9,080,0
1976	33	1,424		---	1	6,498	107.	---	34 8,029,0
1977	34	1,542	115	974,7	1	6,498	105.	---	150 9,119,7

III. Betriebsneugründungen und -übernahmen (FV)

1977	6	2,490
------	---	-------

- 1) Gewerbestrukturverbessungsgesetz 1969
- 2) Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion
- 3) Komfortzimmeraktion
- 4) Aktion "Jederzeit warme Küche"

Im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung war die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für öffentliche Aufträge in Zusammenarbeit mit den Beschaffungsämtern des Bundes bemüht, eine möglichst gezielte Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand zu erreichen, um solchen Unternehmen zu helfen, die kurzfristige Auftragslücken zu verzeichnen hatten und für die ein Auftrag ein wichtiger Impuls zur Wirtschaftsbelebung darstellt. In diesem Sinne wurden Betriebe aus den verschiedensten Bundesländern in ihrem Bestreben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten, unterstützt.

Insbesondere im Jahre 1977 war das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie verstärkt bemüht, europäische Produzenten von Kraftfahrzeugen für einen verstärkten Bezug von Einzelteilen und Hilfsstoffen aus Österreich für ihre Erzeugung zu gewinnen. Diese Aktivitäten sollen einerseits einen Beitrag zur Deviseneinsparung und damit zur Entlastung der Zahlungsbilanz, andererseits aber auch zur Sicherung inländischer Arbeitsplätze sowie zur Auftragsbelebung der in allen Bundesländern ansässigen potentiellen Zulieferanten leisten.

Im Zusammenhang mit Anschaffungen von ausländischem Heeresmaterial steht der Abschluß eines Vertrags bevor, der erstmals entsprechende Gegengeschäfte zur 100 %-igen Kompensation vorsieht. Damit wird nicht zuletzt der Wirtschaft Wiens ein beachtlicher Exportimpuls gesichert.

Hier darf auch angeführt werden, daß sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie schwerpunktmäßig den Problemen der Hebung der Produktqualität widmet. Da Produktqualität aber auch vom Konsumenten erkannt werden muß, wurden seitens des Ressorts Akzente in Richtung Qualitätsaufklärung gesetzt.

- 58 -

Im Jahre 1977 wurde eine Reihe von Wiener Unternehmungen mit dem Staatspreis bzw. staatlichem Anerkennungspreis für Werbung, respektive Verpackung ausgezeichnet.

Erfolg verspricht auch die Gründung einer "Vereinigung zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse", die sich der Information der Bevölkerung über die Leistungen der heimischen Wirtschaft und über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Erwerbes inländischer Qualitätswaren widmen wird.

Die Informationsstelle für Investoren dient schon seit Jahren der österreichischen Wirtschaft zur Erleichterung der Investitionsentscheidungen. Es wird versucht, durch Förderung von wertschöpfungsintensiven Produktionsinvestitionen die sektorale Industriestruktur Österreichs praxisnahe zu verbessern. Ebenso werden regionale Aspekte beachtet. Im Vordergrund steht jedoch der Gedanke der Schaffung von Arbeitsplätzen in wachstumsorientierten Wirtschaftsbereichen. So darf auf die Ansiedlung einer Computerfirma im Raum Wien hingewiesen werden.

Die Informationsstelle für Investoren arbeitet hiebei eng mit den in Frage kommenden Dienststellen des Bundes und der Länder, den Interessenvertretungen, den in- und ausländischen Vertretungsbehörden, Bankinstituten und ähnlichen Stellen zusammen.

Eine der wichtigsten Tätigkeiten dieser Stelle ist die Vermittlung von Kontakten zwischen Standortbietern und potentiellen Investoren.

In der laufenden Legislaturperiode wurden für Wien zwei Standortangebote in Evidenz genommen. Dazu konnten zehn Kontakte hergestellt werden.

- 69 -

Von dem im selben Zeitraum insgesamt zehn in Evidenz aufgenommenen ausländischen Investoren konnten für Wien fünf Verbindungen vermittelt werden.

Für vier Firmen aus Wien war die Informationsstelle bemüht, geeignete Standorte bzw. Kooperationspartner zu finden.

Wesentlich für die Tätigkeit der Informationsstelle ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Die im In- und Ausland erscheinenden Publikationen über Investitionsvoraussetzungen in Österreich werden laufend erneuert. Es sind dies das "Handbuch für Investoreninformation", "Investitionen in Österreich rentieren sich" und "Förderung der Wirtschaftsentfaltung in Österreich".

Durch die Tätigkeit der Informationsstelle konnte auch der "MITTLER FÜR INDUSTRIEANSIEDLUNG - Jahresschrift für Industriekontakt und kommunale Planung", herausgegeben vom Deutschen Adreßbuchverlag, Darmstadt, der Werbung Österreichs um ausländische Investoren dienstbar gemacht werden, wobei in der sechsten Ausgabe, 1975, und in der siebenten Ausgabe 1976, ein einleitender informativer Artikel des Herrn Bundesministers über Investitionsmöglichkeiten, Investitionsvoraussetzungen und Investitionsförderungen in Österreich erschien. Das Bundesland Wien kam in einem von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Inserat ebenfalls zu Wort.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat eine Reihe von Studien und Untersuchungen in Auftrag gegeben bzw. finanziell gefördert, die der Industrie in den einzelnen Bundesländern Entscheidungsgrundlagen und Entscheidungshilfen bieten.

Im einzelnen sind folgende Projekte anzuführen:

- * Marktuntersuchung für die österreichische Besteck-industrie (1976).

Ziel dieser Studie ist es, eine Entscheidungsgrundlage für die heimischen Unternehmen bezüglich Absatzchancen auf dem Inlandsmarkt sowie auf den Exportmärkten zu schaffen und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Erzeugungsbetrieben zu analysieren.

- * Marktuntersuchung für die österreichische Email-industrie (1976).

Diese Untersuchung analysiert die Import-, Export-, Konkurrenz- und Kostensituation auf den Sektoren Emailgeschirr, Sanitär- und hygienische Artikel. Sie kommt besonders Firmen in Wien, Niederösterreich und Kärnten zugute.

- * Gemeinschaftsprojekt Emailindustrie.

Dieses Projekt stellt eine Fortführung der oben angeführten Marktuntersuchung dar und berücksichtigt die Ergebnisse dieser Untersuchung (Notwendigkeit enger Kooperation auf dem In- und Auslandsmarkt). Das in Rede stehende Gemeinschaftsprojekt ist eine Untersuchung der Aspekte der Kooperationsbasis und -möglichkeiten aus der Sicht der betroffenen Unternehmungen.

- * Quantex-Studien einschließlich Trendstudien und kurzfristige Vorschauen über Produktionsveränderungen in der Textilindustrie.

- 71 -

Diese Studien stellen wichtige Orientierungsunterlagen für die österreichische Textilwirtschaft dar.

Eine Reihe weiterer Studien und Untersuchungen wurde in der laufenden Legislaturperiode in Auftrag gegeben und ist fertiggestellt:

- * Strukturanalyse der österreichischen Lederwaren- und Kofferindustrie.
- * Prospektivstudie für die Erzeuger flexibler Verpackungen.
- * Marktuntersuchung für die Schraubenindustrie.
- * Beratungsaktion "Unternehmensplanung betreffend Erzielung von Emissionsminderungen in der Eisen- und Metallwarenindustrie".

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist insbesondere bemüht, das Innovationspotential der Wiener Unternehmungen intensiv zu analysieren. Es darf in diesem Zusammenhang auf verschiedene Studienaufträge des Ressorts verwiesen werden, beispielsweise auf eine an einen Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsforschung vergebene Studie "Innovationsmöglichkeiten für die gewerbliche Wirtschaft", sowie auf die Studien "Substitutionsmöglichkeiten für Hauptimporte", "Produktionsentwicklung für künftige Marktbedürfnisse" oder "Technologietransfer", welche dem Österreichischen Zentrum für Wirtschaftlichkeit und Produktivität (ÖFWZ) überantwortet worden sind.

Probleme der Industriestruktur schlechthin wurden in der dritten Fassung der vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in Auftrag gegebenen Studie "Dringliche Fälle der regionalen Industriepolitik" analysiert. Dabei

- 72 -

wurde auch die Situation der Industrie im Raum Wien durchleuchtet und die Ergebnisse dieser Analyse den zuständigen Stellen des Bundeslandes Wien als Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt.

Schließlich sei noch auf den wichtigen Beitrag zur weitgehenden Lösung des Entsorgungsproblem des Altglas im Bereich der Gemeinde Wien verwiesen.

Stärkeförderung

Förderungen nach dem Stärkeförderungsgesetz 1969, BGBl.Nr.154, werden im Wege der Stärkeindustrie flüssig gemacht. Lag das Förderungsziel in den Jahren 1970 bis 1972 in der Sicherung der Stärkeerzeugung und der Kartoffelverwertung und damit mittelbar auch in der Sicherung des Kartoffelanbaues, so kam ab dem Jahre 1973 als Förderungsziel die Sicherung des Absatzes von bestimmten Erzeugnissen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Papier- und der papierverarbeitenden Industrie dazu.

Wegen dieser verschiedenen Zielsetzungen und der ständigen vornehmlich durch Preisschwankungen auf dem Weltmarkt bedingten Änderungen der Rohstoffpreisdiskrepanz bei Stärke ist die Zurechnung der Förderungen zu Unternehmen oder Betrieben der betroffenen Branchen schwierig. Eine solche Zurechnung ist aber die Voraussetzung für die Aufteilung der Gesamtförderung nach Bundesländern. Bei der Zurechnung wurde daher folgender Weg gewählt:

1. In Aufstellung I wurde die Förderung den förderungswertenden Unternehmen entsprechend dem Standort der einzelnen Betriebe zugerechnet. Es wurden dabei nur die stärkeproduzierenden Betriebe berücksichtigt, wobei die den Stärkeverarbeitungsindustrien zukommenden Förderungen darin auch enthalten sind.

- 73 -

2. In Aufstellung II scheinen diejenigen Förderungsmittel auf, welche der Stärke zugewendet wurden, die in den Stärkeverarbeitungsindustrien weiterverarbeitet wurde. Es erfolgte diesbezüglich zusätzlich eine Aufteilung nach den Betriebsstandorten dieser Industrien.

An das Bundesland Wien wurden folgende Förderungen geleistet:

<u>Aufstellung I:</u>	--		
<u>Aufstellung II:</u>	1975	S	664.837,-
	1976	S	1,223.232,-
	1977	S	1,007.315,-

Energiepolitik und Bergbau

Das von Österreich am 18. November 1974 unterzeichnete "Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (IEP)", das die Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur (IEA) begründet, wurde am 30. Juni 1976 ratifiziert und ist damit für Österreich voll in Kraft getreten.

Das Übereinkommen sieht ein Notstandsprogramm zur kollektiven Sicherung der Energieversorgung der Teilnehmerstaaten in künftigen Krisenfällen und den Rahmen für eine langfristige internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, etwa bei der rationellen Energienutzung und der Erschließung neuer Energiequellen, vor. Weiters setzt sich das Übereinkommen zum Ziel, einen Dialog mit den Ölförderstaaten und mit anderen Verbraucherstaaten, insbesondere Entwicklungsländern, vorzubereiten, um eine weltweite Stabilisierung der Energieversorgung zu erreichen.

- 74 -

Durch das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz BGBl.Nr.318/76 und das Energielenkungsgesetz BGBl. Nr. 319/76 sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der aus der Mitgliedschaft am "Übereinkommen über ein internationales Energieprogramm" erwachsenden Pflichten geschaffen. Es konnte daher die Ratifizierungsurkunde über den Beitritt zu diesem Übereinkommen am 30. Juni 1976 hinterlegt werden. Aufgrund des Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetzes wurde in der Zwischenzeit mit dem systematischen Aufbau von Krisenlagern an Erdöl und Erdölprodukten begonnen. Damit wird in Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen auch ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Landesverteidigung gesetzt.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat im Jahre 1975 eine Studie "Ermittlung der Betriebswirkungsgrade von Heizsystemen des Hausbrandes" in Auftrag gegeben, die 1977 mit der Veröffentlichung des Endberichtes im Rahmen der regionalpolitischen Schriftenreihe (Band 3) abgeschlossen wurde. Die im Raum Wien über 2 Heizperioden durchgeführten Messungen sind in der Heizperiode 1977/78 weitergeführt worden um festzustellen, inwieweit vorgenommene Vermessungen an den Heizanlagen zu einer Erhöhung des Wirkungsgrades geführt haben.

Die Bundesregierung ist nach wie vor bemüht, die Transportsysteme für Rohöl und Erdgas zu verbessern. Insbesondere wird dem Bau entsprechender Rohrleitungen große Aufmerksamkeit gewidmet. So führen in zunehmendem Maße auch internationale Rohrleitungen über österreichisches Hoheitsgebiet.

Für die Sicherung der Auslandsbezüge an Energie wurden die Planungsarbeiten an der West-Austria-Gaspipeline eingeleitet und zügig vorangetrieben. Die Bauarbeiten

- 75 -

an der Süd-Ost-Leitung (Marburg-Agram) wurden bereits in Angriff genommen. Durch diese Maßnahmen erhält Österreich auch eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen den ost- und westeuropäischen Gasversorgungsnetzen.

Die Bemühungen um den Erdgasimport aus Persien sind vorerst soweit gediehen, daß das Projekt durch Unterzeichnung der Grundsatzverträge mit Persien und der UdSSR abgeschlossen ist und die Lieferungen im Jahre 1981 beginnen sollen.

Der österreichische Energieplan, der erstmals Anfang 1975 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde, wurde im Juli 1976 einer ersten Aktualisierung unterzogen. Eine weitere zeitgemäße Ergänzung wird für das Jahr 1978 vorbereitet.

Der Energieplan enthält als Schwerpunkte:

- Weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen
- Sicherung der unerläßlichen Importe
- Aufbau einer ausreichenden Bevorratung

Die Untersuchung über die Versorgung Vorarlbergs, Tirols und Salzburgs mit Erdölprodukten und Erdgas ist im Einvernehmen mit den betreffenden Landesregierungen abgeschlossen und in Form einer Broschüre vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herausgegeben worden. Derzeit ist eine solche Untersuchung für das Land Oberösterreich in Vorbereitung, der eine für den Raum Steiermark/Kärnten und Wien, Niederösterreich und Burgenland folgen. Diese Studien werden u. a. die Grundlage für die Dispositionen von Lagern für Pflichtnotstandsreserven für diese Länder liefern, wodurch deren Versorgungspflicht erhöht wird.

In der laufenden Legislaturperiode wurde zur Frage der Kernenergie eine umfassende Informationskampagne durchgeführt. Als vorbereitende Information zu dieser Veranstaltungsreihe wurde vom Bundespressdienst die Broschüre

- 76 -

"Kernenergie - Ein Problem unserer Zeit" herausgegeben. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Informationskampagne wurde der Regierungsbericht erstellt und dem Parlament zugeleitet.

Über Initiative des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurde eine aeromagnetische Vermessung des gesamten Bundesgebietes in die Wege geleitet. An der Finanzierung des 12 Millionen S-Projektes beteiligten sich der Bund, die Länder und die Industrie zu je einem Drittel. Diese Arbeiten werden einen Zeitraum von 4 Jahren beanspruchen. Die Aeromagnetik liefert nicht nur wertvolle Unterlagen für die Suche nach mineralischen Rohstoffen sowie für wissenschaftliche Fragen, sondern gibt darüber hinaus wichtige Entscheidungshilfen für die Probleme der Raumordnung.

In Anbetracht der internationalen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten und der sich daraus ergebenden Probleme wurde ein Programm für eine intensive Durchforschung des Bundesgebietes nach mineralischen Rohstoffen entwickelt, das in den nächsten Jahren durchgeführt werden soll. Die in der letzten Zeit erzielten Erfolge bei der Erschließung z. B. von Kohlenlagerstätten, Zink-, Wolfram- und Uranerzen sowie die neuen geologisch-lagerstättenkundlichen Erkenntnisse rechtfertigen die Inangriffnahme eines derartigen Projektes.

Die Arbeiten an der Erstellung des Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen werden fortgeführt. Beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden die Arbeiten an einem komplementären Rohstoffforschungskonzept aufgenommen. Durch diese Bemühungen soll die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen, soweit möglich, besser und sicherer gestaltet werden.

- 77 -

Am 7. Juni 1977 hat der Ministerrat den 1. Bericht über das erarbeitete Konzept zur Koordinierung und Intensivierung der Aufsuchungstätigkeit für fossile Energieträger in Österreich zur Kenntnis genommen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur besseren Sicherung der österreichischen Energieversorgung geleistet.

Patentwesen

Ein Hauptanliegen der österreichischen Wirtschaft ist die Verbesserung des Innovationsprozesses. Der Verwirklichung dieses Zieles dienen insbesondere die Aktivitäten des Österreichischen Patentamtes und der Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung.

Das Österreichische Patentamt trägt durch seine umfangreiche Dokumentation zur technologischen Infrastruktur Österreichs erheblich bei. Die Dokumentation des Amtes umfaßt derzeit über 20 Millionen Patentedokumente und zählt damit weltweit zu den größten Sammlungen der Patentliteratur.

Die Serviceleistungen des Österreichischen Patentamtes wurden weiter ausgebaut. Neben der Möglichkeit, Gutachten zum Stand der Technik (Recherchen) ohne Tätigkeit einer Patentanmeldung zu erhalten, können für die Wirtschaft aufgrund der am 1. August 1977 in Kraft getretenen Patentgesetz-Novelle auch Gutachten über die Patentfähigkeit eines technischen Problems erstellt werden.

Auch die zur gleichen Zeit wirksam gewordene Markenschutz-Novelle dient einem verbesserten Schutz der Erfinder und damit der Förderung der heimischen Wirtschaft.

- 78 -

Die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung, der als ordentliche Mitglieder die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft angehören, erfüllt im einzelnen folgende Aufgaben:

1. Unentgeltliche Beratung österreichischer Erfinder über sachliche und formale Voraussetzungen für Patentanmeldungen.
2. Aufklärung über Förderungsmöglichkeiten für Erfindungen und Entwicklungen.
3. Finanzielle Förderung für Patentanmeldungen österreichischer Erfinder, insbesondere im Ausland, soweit diese nicht schon ausreichend öffentlich gefördert werden.
4. Hilfe bei der Patentverwertung, insbesondere durch Zusammenführung von Patentinhabern und den an einer Lizenznahme Interessierten. Dies wird in Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft erfolgen.
5. Herausgabe von Publikationen zwecks Information der Erfinder, Patentanmelder und Patentinhaber.

Die meisten Erfindungsfälle wurden aus dem Bundesland Wien an die AGP herangetragen, und zwar im Jahre 1977 98 Fälle.

- 79 -

Messe-, Ausstellungs-, Werbe- und Verpackungswesen

In den Jahren 1975 bis 1977 gewährte Subventionen

	1975	1976	1977
<u>Für alle Bundesländer gewährte Förderungszuwendungen:</u>			
Arbeitsgem.österr.Messen			
"ARGE-Werbeprospekt"	40.000,--(76)	160.000,--(77)	170.000,--
WIFI d.Bundeskammer d.g.W.			
"Österreichwoche i.Inland"	50.000,--	70.000,--	100.000,--
Ö.Institut f.Verpackungswesen			
"Staatspreisaktion f.vorbildliche Verpackung"	60.000,--	130.000,--	130.000,--
Ö.Werbewissenschaftl.Ges.			
"Staatspreisaktion f.Werbung"	70.000,--	70.000,--	70.000,--
"werbewissenschaftl.Tagung"	50.000,--	50.000,--	60.000,--
Bundeskammer d.g.W.u. sonstige Förderungswerber			
(Unterstützung österr.Ausstellungen im In- u. Ausland sowie der Österreichwochen i. Ausland)			
Sonderausstellung			
"Einzelraumbeheizung"	200.000,--	-	-
Verband der Köche Österr.			
"Wiener Internat.Kochkunstausstellung"	-	40.000,--	-
Ö. Filmarchiv	-	100.000,--	-
Kongreß der Union d.Internat. Messen (UFI) 1977 in Wien (Wr. Messe AG)	-	-	100.000,--
Symposium "Neuer österr.Film" Innsbruck (21.-23.1.1977)	-	-	21.319,40
Tagung Filmförderungssysteme "Europa-Österreich" in Klagenfurt (22.-28.10.1976)	-	-	25.000,--
Ausstellung "Umdenken-Umschwenken; Alternativen zur großtechnischen Zivilisation"	-	-	30.000,--
<u>Für einzelne Bundesländer gewährte Förderungszuwendungen:</u>			
(Österr.Messen-Planungskosten)			
Dornbirner Messe	1.000.000,--	1.000.000,--	-
Grazer Südost-Messe	400.000,--	600.000,--	1.000.000,--
Innsbrucker Messe	54.780,--	77.525,--	-
Klagenfurter Messe	800.000,--	228.344,--	210.280,--
Rieder Messe	150.890,--	12.992,--	32.500,--
Welser Messe	408.925,--	-	368.300,--
Wiener Int.Messe	466.443,--	725.771,--	-
Wr.Neustädter Messe	-	-	41.489,--

Bundesministerium für Inneres

Das Bundesministerium für Inneres hat während der laufenden Legislaturperiode für das Bundesland Wien die nachstehenden Maßnahmen getroffen bzw. wird noch folgende Initiativen setzen.

A. BUNDESPOLIZEI

1) Personelle Maßnahmen

Als Ergebnis gezielter Werbemaßnahmen und durch eine finanzielle Besserstellung der jungen Sicherheitswachebeamten konnte in den letzten Jahren eine weitere Verbesserung der Personalsituation im Bereich der Wiener Sicherheitswache, insbesondere auch hinsichtlich der Altersstruktur, erreicht werden. Am 1. 4. 1978 betrug der Personalstand im Sicherheitswachdienst 5.454 Beamte gegenüber 5.373 Beamten im Oktober 1975. Zu den 5.454 Sicherheitswachebeamten kommen noch 153 Vertragsbedienstete, die auf Rechnung freier Planstellen der SWD aufgenommen wurden und Wachebeamte ersetzen (Telefonistinnen, Mechaniker u. dgl.). Auch der Stand an Kriminalbeamten erhöhte sich im erwähnten Zeitraum von 892 auf 1.012 Beamte. Außerdem sind noch 9 Vertragsbedienstete, die Kriminalbeamte ersetzen und 22 Ruhestandsbeamte als sogenannte Lenkererheber eingesetzt. Die Ausbildung von Polizeipraktikanten, die im Rahmen der Schulwegsicherung eingesetzt werden, wurde fortgesetzt. Im September 1977 wurden die ersten 28 Polizeipraktikanten nach einer 3-jährigen Ausbildungszeit als Sicherheitswachebeamte übernommen. Derzeit beträgt der Stand an Polizeipraktikanten 411 gegenüber 130 im Oktober 1975. Im Stellenplan für das Jahr 1978

- 81 -

wurden erstmals 500 Planstellen für Polizeipraktikanten systemisiert. Dadurch ist eine Bindung von Planstellen der Sicherheitswache für Polizeipraktikanten nicht mehr notwendig. 157 weibliche Straßenaufsichtsorgane sind derzeit für Überwachungsdienste im Straßenverkehr eingesetzt und entlasten in dieser Hinsicht die Sicherheitswachebeamten. Für das Jahr 1979 ist eine weitere Aufstockung des Standes an Sicherheitswachebeamten und Kriminalbeamten vorgesehen.

2) Organisatorische Maßnahmen

Die im Sicherheitsplan für Wien vom Mai 1975 vorgesehenen Maßnahmen wurden bereits weitestgehend realisiert. Im einzelnen sind zu erwähnen:

Wiederaufbau des Rayonsdienstes und Intensivierung der Fußstreifen, wie der Streifendienst der Sicherheitswachebeamten und Kriminalbeamten überhaupt. Diese werden durch Sonderprogramme, wie z. B. "Aktion Planquadrat", "Aktion Eule", "Aktion Blaulicht" und kriminalpolizeiliche Sonderstreifen zur verstärkten Überwachung von Parkanlagen, Fußgängerzonen, öffentlichen Verkehrsmitteln, Schnell-, Stadtbahn- und U-Bahnstationen, bestimmten Lokalen, peripheren Siedlungsgebieten u. s. w. ergänzt. Seit Oktober 1975 konnte sowohl die Anzahl der im Streifendienst eingesetzten Beamten als auch die der Streifenfahrzeuge wesentlich erhöht werden.

Die Diensthundeabteilung der Bundespolizeidirektion Wien erfuhr eine wesentliche Erweiterung. Der Stand an Polizeidiensthundeführern betrug im Oktober 1975 41 Beamte, wovon 7 für Suchtgifteinsätze und 6 für Fährtenarbeit besonders ausgebildet waren. Bis April 1978 erhöhte sich der Stand auf 70 Polizeidiensthundeführer, von denen 17 auch für Suchtgifteinsätze und 9 für Fährteneinsätze verwendbar sind. Der Bestand an Polizeidiensthunden betrug

- 82 -

im Oktober 1975 67 Diensthunde und stieg bis April 1978 auf 78 Diensthunde. Im Oktober 1975 wurde zusätzlich zu den bereits bestehenden 3 "Tasso"-Stützpunkten der Polizeidiensthundestützpunkt "West" in Wien 16., Johann Staud-Straße, eröffnet. Im März 1978 erfolgte die Inbetriebnahme des Stützpunktes "Ost" in Wien 2., Prater. Der Bestand an "Tasso"-Einsatzwagen wurde von 4 auf 5 VW-Kombi erhöht. Eine weitere Erhöhung des Standes an Polizeidiensthundeführern, insbesondere im Hinblick auf die zu treffenden Schutzmaßnahmen für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien-Donaupark, ist vorgesehen.

Im April 1977 wurde vorerst in vier Wiener Gemeindebezirken mit der Einführung von sogenannten Kontaktbeamten begonnen. Diese Einrichtung hat sich derart bewährt, daß zur Zeit in allen Wiener Gemeindebezirken insgesamt 135 Kontaktbeamte der Sicherheitswache tätig sind. Diese Beamten haben von sich aus die Verbindung zur Bevölkerung zu suchen, mit dem Ziel, das durch die allgemeine Motorisierung verloren gegangene Naheverhältnis zwischen Bevölkerung und Exekutive wieder herzustellen.

Die Bundespolizeidirektion Wien hat im Frühjahr 1977 ein Wachzimmerkonzept ausgearbeitet, das Hand in Hand mit der verbesserten Personalsituation bei der Sicherheitswache die Neuerrichtung, Verlegung, personelle Verstärkung u.s.w. von Wachzimmern nach polizeitaktischen Gesichtspunkten vorsieht.

Ein Teil davon konnte bereits verwirklicht werden.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in den schon bestehenden bzw. noch zu errichtenden U-Bahn-Stationen hat die Bundespolizeidirektion Wien in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Stadt Wien ein U-Bahn-Sicherheitskonzept erstellt. In den großen U-Bahn-Stationen ist die Errichtung von U-Bahn-Wachzimmern vorgesehen.

- 83 -

Um die Einsatzmöglichkeiten des Verkehrsunfallkommandos der Bundespolizeidirektion Wien zu erweitern, erfolgte zunächst im August 1975 probeweise, und sodann im November 1976 endgültig, eine Dezentralisierung und gleichzeitige Aufstockung des Verkehrsunfallkommandos auf insgesamt 6 Stützpunkte. Außerdem wurde verfügt, daß die Verkehrsunfallkommanden nunmehr sämtliche Verkehrsunfälle mit Personenschaden aufnehmen, wodurch eine Entlastung der Funkstreifen erreicht wird.

Im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung von 2 Verkehrsradargeräten durch die Stadt Wien wurde bei der Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion Wien eine "Technische Verkehrsüberwachungsgruppe" gebildet. Diese nimmt aber nicht nur Geschwindigkeitsmessungen vor, sondern überprüft auch schwerpunktmäßig Kraftfahrzeuge auf ihre Verkehrssicherheit, übermäßige Lärmentwicklung, stellt Unfallursachen mit schwerwiegenden Folgen fest, u. dgl. mehr.

Zur Intensivierung der Überwachung des fließenden Verkehrs wurden in den letzten Jahren mehrere Ausbildungslehrgänge für den motorisierten Patrouillendienst abgehalten. Dadurch konnte der Personalstand der motorisierten Verkehrsgruppe der Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion Wien von 69 Sicherheitswachebeamten im Jahre 1975 auf derzeit über 100 Beamte erhöht werden.

Für die von der Magistratsabteilung 48 durchzuführende Entfernung von verkehrsbehindernd abgestellten Kraftfahrzeugen wurde ein eigener Abschlepptrupp als Teil der Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion Wien gebildet. Den Sicherheitswachebeamten obliegt im Einzelfall die Entscheidung, ob ein Fahrzeug abzuschleppen ist. Diese Einrichtung hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt und trägt wesentlich zur Verbesserung der Verkehrsflüssigkeit und letztlich zur Hebung der Verkehrssicherheit bei.

- 84 -

Seit dem Jahre 1975 wird im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien der Einsatz von Hubschraubern und Flächenflugzeugen des Bundesministeriums für Inneres mit ausgebildeten Flugbeobachtern für verkehrs-, sicherheits- und ordnungspolizeiliche Aufgaben verstärkt durchgeführt. Derzeit stehen der Bundespolizeidirektion Wien 14 ausgebildete Flugbeobachter zur Verfügung. Auf dem Dach des Amtsgebäudes der Bundespolizeidirektion Wien wurde ein Landeplatz für Hubschrauber errichtet.

Eine besondere Bedeutung kam in den letzten Jahren der Verkehrsleitzentrale der Bundespolizeidirektion Wien auf dem Gebiete der Koordinierung, Überwachung und Lenkung aller verkehrspolizeilichen Maßnahmen der Exekutive im Bereich der Stadt Wien zu. Der Verkehrsleitzentrale obliegt die Überwachung und Steuerung von Verkehrslichtsignalanlagen, die Abwicklung des Funkverkehrs der gesamten Kräfte der Verkehrsabteilung, die Entgegennahme sämtlicher Umbau- und Störungsmeldungen von Verkehrslichtsignalanlagen und deren Weiterleitung, die Festhaltung von Meldungen über Verkehrsstauungen oder Verkehrsbeschränkungen, deren Vorbereitung für die täglichen Durchsagen im Rundfunk, Durchgabe von notwendigen Sofortinformationen an den Rundfunk u.s.w..

Um die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr weitestgehend zu gewährleisten, werden laufend in Schulen durch hierfür besonders ausgebildete Polizeiorgane Schüler im Rahmen der schulischen Verkehrserziehung unterrichtet. Die Grundlage hierfür bildet ein vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, dem Bundesministerium für Inneres und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit ausgearbeitetes Standardprogramm. Weitere Verkehrsunterrichtsaktionen durch Wachebeamte werden auch in Pensionistenklubs abgehalten.

- 85 -

Derzeit werden 288 Schulwegsicherungspunkte mehrmals täglich durch Sicherheitswachebeamte, weibliche Straßenaufsichtsorgane und Polizeipraktikanten gesichert. Im Vergleich dazu haben sich nur für vier Stellen Privatpersonen gem. § 97a StVO 1960 zur Übernahme solcher Sicherungsaufgaben bereit erklärt.

Die Aufklärungsaktionen zum Thema "Schutz vor Sittlichkeitsverbrechern" wurden durch Vorträge von Beamten der Jugendpolizei in Elternvereinen, Mütterseminaren, Jugendorganisationen und Polytechnischen Lehrgängen sowie bei Seniorenveranstaltungen durch Verteilung von Informationsbriefen, Merkblättern u.s.w. in den letzten Jahren sehr intensiviert.

Im Rahmen des beim Sicherheitsbüro eingerichteten Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes hat sich die Polizei zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit über Möglichkeiten eines besseren Schutzes des Eigentums zu informieren. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Vorträge in Seniorenklubs, vor Angestellten von Geld- und Kreditinstituten sowie im Rahmen von Veranstaltungen des Kuratoriums "Sicheres Österreich" gehalten. Weiters hat der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst der Bundespolizeidirektion Wien jeweils bei Veranstaltungen wie "Senior aktuell", "Österreichische Sicherheitsfachmesse" u.s.w. mitgewirkt und dort die Ausstellungsbesucher entsprechend beraten. Diverse Merkblätter wie "Tips für Paßinhaber", "Tips für Bahnreisende", "Tips gegen Autodiebstahl und Autoeinbruch" u.s.w. wurden aufgelegt und an den in Betracht kommenden Personenkreis verteilt bzw. in öffentlichen Verkehrsmitteln, Beherbergungsbetrieben u.s.w. angeschlagen. Im Zusammenhang mit der Erstellung von Sicherheitsplänen wurden Sicherheitsberatungen für Banken, Museen, Post und Postsparkasse u.s.w. durchgeführt. Zahlreiche Geldinstitute, Postämter, Dorotheumsfilialen

- 86 -

aber auch diplomatische Vertretungen und Privatpersonen sind bereits an die beim Informationsdienst der Bundespolizeidirektion Wien bestehende Alarmanlage angeschlossen.

Zur Popularisierung der Notrufnummer 133 wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien für insgesamt 189 Kraftfahrzeuge der Bundespolizeidirektion Wien entsprechende Klebefolien angeschafft und an den Streifenwagen angebracht. Es bestehen Pläne zur Schaffung einer einheitlichen Notrufzentrale für Polizei, Feuerwehr und Rettung.

Als weitere organisatorische Maßnahmen sind zu nennen:

Seit September 1977 nimmt die Sicherheitswache im gesamten Wiener Stadtgebiet Anzeigen, Zeugenaussagen und Angaben von beschuldigten Personen in Form von Niederschriften auf. Diese Serviceleistung ist gerade in den Randgebieten Wiens für die Bevölkerung besonders vorteilhaft, weil dadurch Ladungen zur Einvernahme in die oft weiter entfernten Bezirkspolizeikommissariate erspart bleiben.

Seit Sommer 1977 werden spezielle Maßnahmen zur Bekämpfung der Bankraubkriminalität in Zusammenarbeit mit den Geldinstituten durch Anordnung von Sonderbewachungen, Auflage spezieller Erhebungsblätter, zentrale Auswertung gemachter Aufzeichnungen im Rahmen optischer Raumüberwachungen und dergleichen mehr durchgeführt. Außerdem werden die Versteigerungsanstalten und im Hinblick auf die Erscheinungsform der "Ausweichkriminalität", in letzter Zeit auch Tankstellen, in ein besonderes Überwachungssystem miteinbezogen.

Vorbereitende Maßnahmen in räumlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht zur Überwachung des künftigen Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums in Wien-Donaupark wurden getroffen. Für die Überwachung von Objekten

- 87 -

ausländischer Vertretungsbehörden durch Sicherheitswachebeamte und Kriminalbeamte wird seit November 1977 ein teilweise geändertes Überwachungssystem angewendet, wodurch eine wesentliche Kostenersparnis erzielt werden konnte.

Vorbereitungen zur Einführung einer Mehrzweckbekleidung bei der Sicherheitswache, welche vor allem bei Sondereinsätzen Verwendung finden soll und für eine Änderung der Trageart der Dienstpistole bei der Sicherheitswache mit dem Ziel einer Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Beamten wurden getroffen.

Anfangs 1977 traten neue Richtlinien für eine verbesserte Schießausbildung bei der Bundespolizei in Kraft. Seit März 1975 stehen bei der Bundespolizeidirektion Wien ausgebildete Präzisionsschützen bei Bedarf jederzeit zur Verfügung. Eine moderne optische Raumschieß-Kinoanlage wird zurzeit in der Marokkanerkaserne installiert. Mit der Inbetriebnahme ist Ende 1978 zu rechnen.

Im Jahre 1976 wurde das Elektronische Kriminalpolizeiliche Informationssystem (EKIS) durch Verwirklichung des sogenannten PWCO-Konzepts (PWCO = Polizei Wien Computer) weiter ausgebaut. Damit kann von jedem hiezu berechtigten Fernschreibgerät, das bei einer Sicherheitsdienststelle installiert ist, der Computer Wien im FS-Wählverkehr angewählt und eine EKIS-Anfrage über gespeicherte Daten gestellt werden. Vom Elektronischen Datenverarbeitungssystem sind derzeit das Strafregister, die Personenfahndung, die Kraftfahrzeugfahndung und die Kraftfahrzeugzulassung für Wien erfaßt. Die Sachenfahndung wird demnächst miteinbezogen werden.

Legistische und organisatorische Vorarbeiten für den künftigen Ausbau der Computerstrafverfügungen im Bereich der

- 88 -

Bundespolizeidirektion Wien wurden eingeleitet. Darüber hinaus ist ein erweiterter Einsatz des Computers im Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien zur Vereinfachung und Erleichterung der administrativen Tätigkeit bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen vorgesehen. Dabei sollen das Zulassungsformular vereinfacht und der Zulassungsschein durch den Computer ausgedruckt werden.

3) Technische Maßnahmen

a) Motorisierung

Bei erreichter Vollmotorisierung erfolgte im wesentlichen nur der jeweils notwendige Austausch von Kraftfahrzeugen. Dabei wurden sukzessive die mehr als 20 Jahre alten offenen Mannschaftstransportwagen der Marke Steyr 380 sowie die Solokrafträder der Marke Puch 250 SG gegen modernere und zweckmäßigere Kraftfahrzeuge, wie VW-Kombi, Omnibusse und Kastenwagen bzw. Solokrafträder der Marke Honda ausgetauscht.

Der zusätzliche Ankauf von Kraftfahrzeugen erfolgte für spezielle Zwecke, wie etwa für die von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Radargeräte oder für besondere staatspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Zwecke. Seit Oktober 1975 wurden im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien insgesamt 148 Fahrzeuge ausgetauscht und 10 Fahrzeuge neu zugewiesen.

Seit dem Jahre 1976 werden die Einsatzfahrzeuge der Bundespolizei mit moderneren Warneinrichtungen (Leuchten mit Halogenlampen, elektronisch gesteuerte Tonfolgehörner) ausgestattet.

- 89 -

Sämtliche im Rahmen der Bundespolizei vorhandenen Wagen der Verkehrsunfallkommanden wurden mit reflektierenden und fluoreszierenden Sicherheitsstreifen versehen, wodurch eine bessere Wahrnehmbarkeit dieser Fahrzeuge gegeben ist.

Seit einiger Zeit werden Kraftfahrzeuge verschiedener Marke und Type in den einzelnen Einsatzbereichen der Bundespolizei getestet, um über entsprechende Erfahrungswerte hinsichtlich eines geeigneten Nachfolgefahrzeuges für den VW-Käfer als Streifenfahrzeug zu verfügen.

b) Fernmeldewesen

Installierung einer Dokumentationsanlage für die Aufnahme sämtlicher Funk- und Notrufgespräche bei der Bundespolizeidirektion Wien;

Ausstattung der Funkstreifenfahrzeuge mit Kennungsgebern, welche den Einsatzzustand der Kraftfahrzeuge optisch an die Funkleitzentrale weitergeben;

Zuweisung von tragbaren Funksprechgeräten für die Rayonsposten der Sicherheitswache sowie für kriminalpolizeiliche und staatspolizeiliche Zwecke;

Austausch von bereits veralterten Funksprechgeräten und Erweiterung der Funksprechkreise, um einen optimalen Einsatz der Funkkraftfahrzeuge zu gewährleisten;

Verbesserung der Sende-Empfangsanlagen (Jubiläumswarte, Donauturm) durch Einbau von Senderkopplern;

- 90 -

Einbindung der Bundespolizeidirektion Wien in das Richtfunknetz der Sicherheitsbehörden, wodurch eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeit mit den auswärtigen Sicherheitsbehörden im internen Netz gegeben ist;

Modernisierung sämtlicher im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien in Verwendung stehenden Fernsprechvermittlungsanlagen durch Anpassung an das System der verdeckten Kennziffernwahl, d. h. Durchwahlmöglichkeit bis zum gewünschten Teilnehmer ohne Mithilfe des Vermittlungspersonals; dadurch Erreichung eines rascheren und den polizeilichen Erfordernissen entsprechenden Informationsablaufes;

Ausgestaltung einer dem letzten Stand der Technik entsprechenden Stromversorgung, um bei Netzausfall den Betrieb reibungslos abwickeln zu können;

Einbindung der Bundespolizeidirektion Wien in das Landeswarnnetz; Ausstattung von neu eröffneten Wachzimmern mit den entsprechenden Kommunikationseinrichtungen; Installation von Polizeirufstellen.

Folgende Maßnahmen sind auf dem Fernmeldesektor in nächster Zeit noch vorgesehen:

Weiterer Ankauf von tragbaren Kleinstfunksprechgeräten für die Rayonsposten der Sicherheitswache und die Kriminalbeamten;

Ausbau und Verbesserung von Antennenanlagen im Bereich Wien aufgrund der Vermehrung der Funksprechkreise; vermehrte Ausstattung von Krafträdern mit mobilen Funksprechgeräten im Hinblick auf eine optimale Verkehrsüberwachung, insbesondere während der Urlaubs- und Reisezeit;

- 91 -

probeweise Inbetriebnahme von Verschlüsselungsanlagen auf dem Funksektor im Bereich Wien und bei Bewährung deren Ankauf, um mißbräuchliches Abhören hintanzuhalten;
Erweiterung der Kurzwellen-Sende/Empfangsanlage der Bundespolizeidirektion Wien sowohl im Hinblick auf den innerstaatlichen als auch auf den Interpolbetrieb;
Abschluß der Anlagenanpassung an das System der verdeckten Kennziffernwahl;
Austausch von diversen Fernsprechbatterien bei mehreren Bezirkspolizeikommissariaten;

Austausch von Fernschreibmaschinen im internen Fernschreibnetz der Bundespolizeidirektion Wien aufgrund des Auslaufens der in Verwendung stehenden Gerätetype.

c) Bewaffnung und sonstige technische Geräte

Auf dem Waffen- und sonstigen Ausrüstungssektor wurde in letzter Zeit durch die Beschaffung von US-Karabinern M 1, Dienstpistolen, Revolvern, beschußsicheren Westen für Sicherheitswachebeamte und Kriminalbeamte, Scharfschützengewehren, Schutzhelmen, Tränengaswurfkörpern, Nachtsichtzielgeräten, Feldstechern, phototechnischen Geräten u.s.w. eine Erhöhung des technischen Ausrüstungsstandes und dessen Modernisierung erreicht.

d) Bauliche Maßnahmen

Errichtung von Neubauten aus Mitteln des Bundesministeriums für Bauten und Technik:

Amtsgebäudeneubau für das Bez.Pol.Koat.Donaustadt in Form eines Behelfsbaues bis zur Errichtung des in Planung befindlichen Bundesamtsgebäudes

- 92 -

Wachzimmer Wien 11., Sängergasse, für die Hilfsstelle des Roten Kreuzes mit einem zusätzlichen kleinen Außenrayon

Wachzimmer Wien 22., UNO-Konferenzzentrum, derzeit noch in Ausführung

Schaffung einer Ledigenunterkunft für 108 Personen in Wien 9., Berggasse 9, das Gebäude wird derzeit noch von der UNIDO benützt und ist ab ca. 1980 der Bundespolizeidirektion Wien gewidmet.

Geplant sind in nächster Zeit der Beginn eines Amtsgebäudeneubaus in Wien 9., Franz Josefs-Bahnhof als Ersatz für die Rossauerkaserne

Beginn eines Amtsgebäudeneubaus für das Bez.Pol.Koat. Ottakring in Wien 16., Maroltingergasse oder als Alternativlösung der Erwerb eines fertigen Objektes und dessen Umbau und Generalsanierung in Wien 16., Wilhelminenstraße 80 - 82.

Grundstücks- und Objektserwerbe durch den Bund:

Objekt Wien 9., Hahngasse 8 - 10, und

Objekt Wien 9., Hahngasse 6 für die Bundespolizeidirektion Wien.

Geplant sind in nächster Zeit weiters der Erwerb der Objekte Wien 1., Schottenring 12 und Wien 9., Wasagasse/Berggasse/Liechtensteinstraße für die Bundespolizeidirektion Wien, sowie der Ankauf oder die Anmietung des Objektes Wien 14., Linzerstraße 466, als Unterkunft für Polizeischüler.

- 93 -

Anmietungen gegen Baukostenzuschuß aus Ressortmitteln des Bundesministeriums für Inneres:

Wachzimmer Wien 6., Stumpergasse,
Wachzimmer Wien 10., Ada Christen-Gasse,
Wachzimmer Wien 21., Theodor Körnergasse 28,
Wachzimmer Wien 22., Rennbahnweg 27

Geplant sind in nächster Zeit die Anmietungen:

Wachzimmer Wien 9., Julius Tandler-Platz
Wachzimmer Wien 11., Kaiserebersdorfer-Straße, auch als VUK-Stützpunkt vorgesehen,
Wachzimmer Wien 23., Zelesny-Gasse - Pfarrgasse

Anmietungen ohne Baukostenzuschuß:

Wachzimmer Wien 13., Elisabeth-Allee 99
U-Bahn-Wachzimmer Wien 1., Karlsplatz
Wachzimmer Wien 22., Schüttaustraße, mit Generalsanierung,
Prüfungsräume für Lenkerprüfungen in Wien 21., Angererstraße,
Unterkunfts- und Schulräume für Polizeipraktikanten in
Wien 23., Gatteredergasse
Wachzimmer Wien 22., Langobardenstraße, mit Generalsanierung,

Geplant ist weiters die Anmietung eines U-Bahn-Wachzimmers in Wien 1., Stephansplatz sowie die Errichtung eines U-Bahn-Wachzimmers in Wien 2. im Herbst dieses Jahres.

Darüber hinaus wurden in zahlreichen Amtsgebäuden im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien umfangreiche Gebäudeerhaltungs- bzw. Adaptierungsmaßnahmen durchgeführt, die außer den Bediensteten

- 94 -

auch der Bevölkerung im Rahmen des Parteienverkehrs zugute kommen. In Wien 10., Keplergasse, und in Wien 15., Tannengasse, wurden dabei insgesamt 133 Unterkünfte für weibliche Straßenaufsichtsorgane adaptiert. Die Fortsetzung dieser Arbeiten ist nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel auch in nächster Zeit vorgesehen.

B. ZIVILDIENTST

Der Wiener Berufsfeuerwehr wurden aus den beim Bundesministerium für Inneres zentral veranschlagten Zivilschutzkrediten für Zivilschutzerfordernisse in den Jahren 1975 und 1976 je S 230.000,-- und im Jahre 1977 S 218.000,-- zur Verfügung gestellt. Für die Jahre 1978 und 1979 ist vorgesehen, jeweils S 220.000,-- bereitzustellen.

- 95 -

Bundesministerium für Justiz:

Unter den im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Justiz für die Bundeshauptstadt Wien bisher erbrachten Leistungen ist vor allem, wegen ihrer wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen, die Errichtung eines Zubaus zum Amtshaus Hietzing zur Unterbringung des Bezirksgerichtes Hietzing hervorzuheben. Hiefür wurde von der Justizverwaltung ein Betrag von rund 30 Millionen Schilling als Baukostenbeitrag und für die Einrichtung der neuen Amtsräume aufgewendet. Die Fertigstellung dürfte noch in der ersten Hälfte des Jahres 1978 erfolgen.

Beschäftigungspolitisch ist für den Raum Wien zu erwähnen, daß seit 1970 der Stand der im Strafvollzug tätigen Bediensteten von 779 auf 816 und der Stand der Bewährungshelfer von 25 auf 86 gestiegen ist.

Daneben wurden im Bereiche des Bundesministeriums für Justiz mehrfach positive Maßnahmen für den Strafvollzug im Wiener Bereich durchgeführt, wie etwa der Ausbau der Bewährungshilfe, die Verbesserung der Belagssituation im Gefängnis des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, die Eröffnung der Abteilung für geistig abnorme Rechtsbrecher im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien, die Einrichtung einer Entwöhnungsanstalt für entwöhnungsbedürftige Straftäter in der Sonderanstalt Favoriten, die Sonderanstalt Mittersteig für geistig abnorme Rechtsbrecher und die Jugendstrafvollzugsanstalt in Wien und Gerasdorf.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind insbesondere Maßnahmen auf den Gebieten des Versorgungswesens des Bundesheeres (Beschaffungen, Reparaturen, Bau-maßnahmen, Verpflegung usw.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit berücksichtigt, als sie für die Bundeshauptstadt Wien bzw. seine Bewohner im weitesten Sinne von Bedeutung erscheinen. Es ist somit hervorzuheben, daß im Zeitraum vom 4. November 1975 bis 16. März 1978 seitens des Bundesheeres für die Bundeshauptstadt Wien Aufwendungen in der Höhe von rund S 3.455,936.000,-- getätigt wurden. Bis Ende der laufenden Legislaturperiode sind noch Ausgaben in der voraussichtlichen Höhe von ca. S 1.985,000,000,-- vorgesehen. Der Vollständigkeit halber darf noch darauf hingewiesen werden, daß Assistenzleistungen des Bundesheeres sowie Personalmaßnahmen in der Übersicht der bis Oktober 1979 beabsichtigten Maßnahmen nicht berücksichtigt werden konnten, weil sich Maßnahmen in diesen Bereichen einer Prognose entziehen.

Übersichten der wichtigsten vom 4. November und dem 16. März 1978 gesetzten Maßnahmen aus dem Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie der bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch beabsichtigten Maßnahmen sind den beiliegenden Anlagen zu entnehmen.

Bundesland: WIEN (4. November 1975 bis 16. März 1978)

	ÖS	Stunden	Bedienstete
1. <u>Versorgung des Bundesheeres:</u>			
a) Beschaffungen (Kraftfahrzeuge, -Ersatzteile, Waffen, Munition, Sprengmittel, Maschinen, Werkzeuge, Feinmechanik, Optik, Leder, Textilbekleidung, Chemie, Glas, Porzellan, Kunststoffe, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe etc.)	3.207,137.895,86		
b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen und Fernmeldegerät)	49,616.015,--		
c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)	4,321.962,64		
d) Verpflegung	112,670.000,--		
e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge und Ausgabebefugnisse	42,990.000,--		
2. Installierung eines integrierten militärisch-zivilen Luftraumüberwachungssystems (Projekt "GOLDHAUBE" - Luftraumüberwachungszentrale SCHMIRCHGASSE (Finanzierungsanteil Bundesministerium für Landesverteidigung:))	39,200.000,--		
3. <u>Assistenzleistungen</u> (§ 2 Abs.1 lit.c des Wehrgesetzes) und Hilfeleistungen des Bundesheeres im Rahmen der Ausbildung:		162.945	
4. <u>Personalaufnahmen:</u>			

Bundesland: WIEN (Schätzung für den Zeitraum vom 17. März 1978 bis Oktober 1979)

1. Versorgung des Bundesheeres:

öS

Wohnungen

a) Beschaffungen (Kraftfahrzeuge, -Ersatzteile, Waffen, Munition, Sprengmittel, Maschinen, Werkzeuge, Feinmechanik, Optik, Leder, Textilbekleidung, Chemie, Glas, Porzellan, Kunststoffe, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe etc.)

1.800.000.000,--

b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen und Fernmeldegerät)

35.700.000,--

c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)

13.000.000,--

104

d) Verpflegung

72.000.000,--

e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge und Ausgabebefugnisse

33.000.000,--

2. Installierung eines integrierten militärisch-zivilen Luftraumüberwachungssystems (Projekt "GOLDHAUBE") - Luftraumüberwachungszentrale SCHNIRCHGASSE (Finanzierungsanteil Bundesministerium für Landesverteidigung:)

31.500.000,--

- 97 -

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Zahlreiche Aktivitäten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind in gleicher Weise für alle Bundesländer von Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die agrarischen Wirtschaftsgesetze, auf die Forstrechts-erneuerung, auf die Schaffung einer modernen Rechtsgrund-lage für die Österreichischen Bundesforste, auf die Ver-besserung der Rechtsvorschriften betreffend die Grundstücks-zusammenlegung, auf die Fortentwicklung des Weinrechtes, auf die Erweiterung der Qualitätsklassenregelungen und auf die Modernisierung des Futtermittelrechtes hingewiesen.

An Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für Vorhaben und Projekte, die in Wien durchgeführt wurden bzw. werden, möchte ich jedoch darüber hinaus folgende anführen.

Zur Förderung der Landwirtschaft (einschließlich Treibstoff-verbilligung) wurden in den Jahren 1976 und 1977 im Bundes-land Wien zur Verfügung gestellt:

für	Summe in Schilling
das Beratungswesen	2,566.000,--
das Bildungswesen	355.000,--
die Produktivitätsverbesserung	
pflanzlicher Produkte	1,012.000,--
technische Rationalisierung	518.189,--
das Siedlungswesen	633.000,--
die Treibstoffverbilligung	4,820.000,--

Zur Verbilligung der in den Vorjahren und während der laufenden Legislaturperiode in Anspruch genommenen Agrarinvestitionskredite werden Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten mit einem Volumen von 100,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

- 98 -

Zur Förderung der Forstwirtschaft wurden bisher Bundesmittel in der Höhe von rund 408.000,-- Schilling aufgewendet. Mit diesen Mitteln wurden die forstliche Öffentlichkeitsarbeit (Woche des Waldes), sowie die Erholungswirkung des Waldes gefördert. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird sich dieser Betrag voraussichtlich auf rund 450.000,-- Schilling erhöhen.

Darüber hinaus wurde ein Bundeszuschuß für Waldbrandversicherungen in der Höhe von rund 5 Millionen Schilling geleistet, der sich bis zum Ende des genannten Zeitraumes auf ca. 7 Millionen Schilling erhöhen wird. Eine aliquote Zuteilung auf die einzelnen Bundesländer ist nicht möglich.

Auf dem Gebiete des Flußbaues wurden seit Beginn der laufenden Legislaturperiode bis Ende des Jahres 1977 dem Bundesland Wien 17,84 Millionen Schilling Bundesmittel zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieser Bundesmittel wurden Fluß- und Bachläufe in der Gesamtlänge von 3,3 km reguliert. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die Regulierung des Unterlaufes der Schwechat hingewiesen.

Es ist vorgesehen, dem Land Wien bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode Bundesmittel in der Höhe von rund 20 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Mit Hilfe dieser Bundesmittel soll vor allem die Regulierung der Schwechat weitergeführt werden.

Durch die wasserrechtliche Genehmigung von Detailprojekten im Rahmen des Vorhabens "Mitterndorfer Senke" der Stadt Wien wurden die Voraussetzungen für die Ausführung dieses Projektes geschaffen. Die Erteilung von wasserrechtlichen

- 99 -

Bewilligungen für entsprechende Versuche soll die quantitative und qualitative Verbesserung der Wasserversorgung aus den Grundwasserwerken Lobau und Nußdorf ermöglichen.

Im Rahmen des verbesserten Donauhochwasserschutzes für Wien wurden laufend Detailprojekte behandelt und bewilligt.

Für die Anschaffung von Ölwehrgeräten, die an der Donau zum Einsatz kommen sollen, werden in Wien heuer 2,6 Millionen Schilling bereitgestellt.

Im Bereich der sozialpolitischen Maßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden bisher in Wien für den Landarbeiterwohnungsbau rund 245.000,-- Schilling an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt.

- 100 -

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Die im Bereich der Sozialversicherung, des Arbeitsrechts und der allgemeinen Sozialpolitik, der Kriegsopferversorgung, der Opferfürsorge, der Heeresversorgung und des Arbeitnehmerschutzes gesetzten Maßnahmen sind nicht auf einzelne Bundesländer abgestellt; sie kommen in gleicher Weise der gesamten österreichischen Bevölkerung zugute.

Auch hinsichtlich der im Bereiche der Allgemeinen Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt gewährten Förderung ist eine Aufgliederung der Subventionen nicht möglich, weil die Vergabe der Förderungsmittel grundsätzlich nur an Organisationen mit bundesweitem bzw. überregionalem Wirkungsbereich erfolgt und auf die anschließende Aufteilung der Subventionsmittel an die einzelnen Landesstellen der geförderten Organisationen vom Bundesministerium für soziale Verwaltung kein Einfluß genommen werden kann. Ebenso ist es nicht möglich, eine Aufschlüsselung der für den Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland gewährten Subventionen aus den Fürsorgemitteln des Ausgleichstaxfonds vorzunehmen.

Für den Bereich der Arbeitsmarktverwaltung wird folgendes mitgeteilt:

Allgemeines

Die allgemeine und weltweite Wirtschaftsabschwächung wirkte sich in Wien auf Grund der rasch eingeleiteten beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, der Arbeitsmarktverwaltung, der Gemeinde Wien und der besonderen Struktur der Wirtschaft

- 101 -

Wiens trotz starker Unterschiede in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und bei einzelnen Betrieben nicht so stark aus wie in anderen Bundesländern und vergleichbaren Ballungsbereichen.

Nach den Ergebnissen der Grundzählung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger von Ende Juli 1977 wurden in Wien 68.197 Betriebe bzw. Dienstgeber und 786.971 unselbständig Beschäftigte gezählt.

Wie die Betriebsgrößenstatistik der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) zeigt, überwiegen die Betriebe bzw. Dienstgeber mit nur einem Beschäftigten mit rund 55,4 Prozent, weisen aber nur 5,5 Prozent der unselbständig Beschäftigten auf. Den größten Anteil der Dienstnehmer haben die 46 Betriebe (0,07 Prozent) mit 133.777 unselbständig Beschäftigten oder 20,7 Prozent.

Zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen zählen die Wirtschaftsklassen (WKl) 98 (Gebietskörperschaften, öffentl. Dienst, Sozialversicherungsträger und Interessenvertretungen) mit rund 177.500 unselbständig Beschäftigten, die WKl 71 - 77 (Handel; Lagerung) mit rund 114.000 Beschäftigten, die WKl 51 - 59 (Erzeugung und Verarbeitung von Metallen) mit rund 107.400 Beschäftigten, die WKl 61 - 63 (Bauwesen) mit rund 61.500 Beschäftigten sowie die WKl 78 (Beherbergung und Gaststättenwesen) mit rund 21.000 Beschäftigten.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Überalterung der Erwerbsbevölkerung Wiens, dem großen und differenzierten Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten ergibt sich auch ein hoher Anteil an Einpendlern aus Niederösterreich

- 102 -

und dem Burgenland (rund 130.000 Arbeitskräfte) und an ausländischen Arbeitskräften (Mitte April 1978 wurden 78.888 aufrechte Beschäftigungsbewilligungen gezählt).

Der Anteil der Frauenbeschäftigung ist im Wiener Bereich ebenfalls sehr groß und lag Ende März 1978 bei 45,2 Prozent. 1977 waren im Jahresdurchschnitt 791.310 Unselbständige erwerbstätig (436.537 Männer: d.s. 55,2 Prozent und 354.773 Frauen oder 44,8 Prozent) und betrug die Rate der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt insgesamt 1,1 Prozent (Männer 0,8; Frauen 1,4 Prozent).

Siehe auch Beilage I

Der Erfolg der Bemühungen um die Verbesserung des Einschaltungsgrades der Arbeitsmarktverwaltung, zeigte sich in den vermehrten Meldungen von offenen Stellen (ohne Lehrstellenmarkt) und der Abdeckung.

1975 lagen insgesamt 100.667 offene Stellen (62.767 für Männer und 37.900 für Frauen) zur Besetzung vor.

87.126 oder 87,2 Prozent konnten abgedeckt werden.
56.208 mit Männer und 30.918 mit Frauen.

1976 waren es 104.332 offene Stellen (67.998 für Männer und 34.296 für Frauen).

94.414 oder 90,5 Prozent wurden abgedeckt. 62.269 mit Männer und 30.281 mit Frauen.

1977 lagen 124.799 offene Stellen (75.650 für Männer, 47.079 für Frauen und 2.070 sowohl mit Männern als auch mit Frauen besetzbare Arbeitsplätze +) vor. Davon wurden 116.251 oder 93,15 Prozent (70.703 mit Männer und 43.673 mit Frauen) abgedeckt.

+) 1977 wurden im Sinne des Schwerpunktprogrammes die Bemühungen um die Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen intensiviert.

-103 -

Ende März 1978

standen 8.437 offene Stellen (4.612 für Männer, 3.497 für Frauen sowie 328 Geschlecht egal) zur Verfügung. 12.647 Personen (6.317 Männer und 6.330 Frauen) waren arbeitslos gemeldet.

Darunter waren 5.728 nur bedingt vermittlungsgerechtigt und 3.227 Ausländer, aber nur 259 Jugendliche (bis 19 Jahre; meist Problemfälle wie jugendliche Mütter, Jugendliche mit Vorstrafen usw.).

Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmarkt

Bei der Unterbringung von Jugendlichen bzw. Lehrstellen- und Ausbildungsplatzsuchenden ergaben sich in der laufenden Legislaturperiode auf Grund der Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen der Dienstgeber und der Dienstnehmer keine besonderen Probleme. Der Wiener Lehrstellenmarkt ist auch nach wie vor für viele Lehrstellenwerber aus Niederösterreich und dem Burgenland aufnahmefähig.

Ende Dez. 1975 standen 148 Lehrst. Suchenden 1.185 freie Lehrst. gegenüber

-"-	1976	"	94	- " -	1.390	- " -
-"-	1977	"	171	- " -	885	- " -

Ende März 1978 standen 1.542 Lehrstellensuchenden bereits 2.600 Lehrstellen zur Verfügung.

Nach den vorliegenden Informationen und den geplanten Aktivitäten wird es auch 1978 und 1979 möglich sein, die Lehrstellenwerber wie bisher unterzubringen.

Probleme werden sich nur bei der Unterbringung von Problemfällen, wie geringer Schulerfolg in der Pflichtschule (die qualitativen Anforderungen wurden seitens der Betriebe

- 104 -

und Lehrherrn erhöht), bei Lehrabbrechern und bei einigen sogenannten Modeberufen wie Radio- und Fernsehmechaniker, bei graphischen Berufen, Koch, u.e.m. ergeben.

Leistungen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung

Die Wiener Arbeitsmarktverwaltung war und ist mit ihren Dienststellen, den Facharbeitsämtern und Ämtern für besondere Personengruppen (Jugendliche und Behinderte) im Hinblick auf die arbeitsmarkt- und beschäftigungs-politischen Notwendigkeiten des Bereiches immer im Einvernehmen mit den Sozialpartnern im Verwaltungsausschuß bemüht, das arbeitsmarktpolitische Konzept unter Berücksichtigung sowohl des zentralen wie auch des festgelegten regionalen Schwerpunktprogrammes zu erfüllen und somit der Wiener Wirtschaft und den Dienstnehmern optimalste Hilfestellung zu geben.

Erfreulicherweise gelang es bisher immer, nicht nur die vorgegebenen Ziele zu erreichen, sondern auch darüber hinausgehende Leistungen zu erbringen.

Das arbeitsmarktpolitische Konzept sieht vor, daß jährlich 1 Prozent des Arbeitskräftepotentials in die Arbeitsmarktausbildung aufgenommen wird.

Die Erfolgsbeobachtung zeigte, daß es 1975 gelang 1,19 % (9.336 Personen; 5.592 M.u.3.744 F.) zu fördern, 1976 waren es 1,46 % (11.548 Personen; 6.246 M.u.5.284 F.) und 1977 waren es bereits 1,69 % (13.406 Personen; 6.406 M. u. 7.001 F.).

- 105 -

Bei den Frauen gelang es, eine Steigerung von 1,08 Prozent 1975 auf 1,97 Prozent im Jahre 1977 zu erreichen und es wurden damit 1977 bereits mehr Frauen gefördert als Männer.

Das Programm für 1978 sieht eine weitere Steigerung der Schulungsaktivitäten auf 314 Kurse gemäß § 26 (1) Arbeitsmarktförderungsgesetz vor (1977 waren es 290), wobei entsprechend der beschäftigungspolitischen Notwendigkeit auf die Sicherung bzw. Erreichung eines Arbeitsplatzes geachtet wird. Darüber hinaus sind auch Bemühungen zur vermehrten Integration Behinderter in den Arbeitsprozeß im Wege der Schaffung geschützter Werkstätten eingeleitet worden.

Weiters sind bereits Kontakte betreffend der Errichtung eines Ausbildungszentrums für Metallberufe in Wien-Inzersdorf (Draschegründe) aufgenommen worden.

Fertiggestellt wurden in der laufenden Legislaturperiode eine Schulungsstätte für Gesundheitsberufe im Margaretenbad und der Ausbau des Reha-Werkes Wien.

In Vollendung befindet sich das Ausbildungszentrum des "BFI" in Wien 5., Stöbergasse. In der laufenden Legislaturperiode wurde auch die Ausbildung im zweiten Bildungsweg intensiviert. Sie betraf die Ausbildung in Metall- und Bauberufe. Darüber hinaus ist die Fachausbildung für folgende Berufe geplant:

Dackdecker, Brunnenbauer, Kellner und kaufm. Personal.

- 106 -

Die Leistungen im Bereich der Förderung der geographischen Mobilität zeigen sich insbesondere in der steigenden Anzahl an gewährten Wohnplatzbeihilfen.

1975 waren es 108,

1976 " 195,

1977 waren es bereits 643 und es ist auch für 1978 im Hinblick auf die erweiterten Kapazitäten eine Steigerung zu erwarten.

Aus den eingebrachten Begehren war zu ersehen, daß es sich bei den jugendlichen Zuwanderern aus den Bundesländern ausschließlich um Fachkräfte handelt.

Bei den männlichen Bewohnern scheinen folgende Berufsträger überwiegend auf:

Schlosser, Elektromechaniker, Dreher, Automechaniker, kaufm. Angestellter sowie Lehrlinge in diesen Berufssparten, weiters Polizeischüler.

Bei den weiblichen Bewohnern sind überwiegend kaufmännische Angestellte festzustellen.

Der finanzielle Aufwand für die bisher getätigten bzw. noch vorgesehenen Förderungsleistungen in der laufenden Legislaturperiode wird in den folgenden Tabellen dargestellt: Siehe Beilagen II und III

Ausgleich kurzfristiger Beschäftigungsschwankungen
(Produktive Arbeitsplatzförderung - PAF)

1975 wurden 4908 Arbeitskräften durch Maßnahmen der WMK-PAF der Arbeitsplatz erhalten und

- 107 -

rund 17,3 Mio Schilling hierfür aufgewendet.

159 Arbeitnehmern in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft wurden - zur Erleichterung der Winterarbeit in Form von Gutscheinen für Winterarbeitskleidung - 135.990,-- Schilling ausbezahlt.

95 Arbeitnehmern in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft wurden - zur Erleichterung der Winterarbeit in Form von Gutscheinen für Winterarbeitskleidung - 91.030,-- Schilling ausbezahlt.

1977 wurden 6339 Arbeitskräften durch Maßnahmen der WMK-PAF der Arbeitsplatz erhalten und rund 37,4 Mio Schilling hierfür aufgewendet.

144 Arbeitnehmern in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft wurden - zur Erleichterung der Winterarbeit in Form von Gutscheinen für Winterarbeitskleidung - 136.510,-- Schilling ausbezahlt.

Kurzarbeit

1975 standen nur 12 Betriebe in Kurzarbeit. Für die 529 betroffenen Arbeitskräfte mußten nur 680.819,-- Schilling an Kurzarbeiterbeihilfen aufgewendet werden.

1976 waren es nur 5 Betriebe. Für die 364 betroffenen Arbeitskräfte wurden 202.246,-- Schilling aufgewendet.

1977 mußten auf Grund anderer Aktivitäten (Auffangschulungen) keine Beihilfen gewährt werden.

Zur Vermeidung von Kurzarbeit bzw. Arbeitslosigkeit wurde, mit 1977 beginnend, durch "Auffangschulungen" und Gewährung von Zinsenzuschüssen an die Betriebe, 257 Personen die Arbeitsplätze erhalten.

Mit Ende März 1978 haben 557 Personen (40 Männer und 517 Frauen) eine Auffangschulung in Form von Fernbriefen abgeschlossen. 250 oder 45 Prozent davon konnten bereits Arbeitsplätze vermittelt werden.

Gesamtaufwand für wirtschafts- und sozial-
politische Ziele in den Jahren 1975 - 1977

(Inkl. der Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz)

1975 rd. 586 Mio S	(d.s. um rd. 86,5 Mio mehr als 1974)
1976 rd. 732	" (d.s. um rd. 146 Mio mehr als 1975)
1977 rd. 784	" (d.s. um rd. 52 Mio mehr als 1976)

Die Tätigkeit im Aufgabenbereich "Mithilfe bei Standortfragen" erfolgt durch Beratungs- und Informationsdienste und enge Kontakte zur Wiener Stadtverwaltung, die die Zuwanderung von Betrieben und die Erweiterung von Unternehmungen durch Aufschließung und Bereitstellung von Industrie Gründen besonders fördert.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Anzahl der in den Jahren 1975 - 1977 neu angesiedelten Betriebe und ihre Arbeitsplätze auf

Jahr	Betriebe	Arbeitsplätze
1975	16	2.632
1976	42	5.200
1977	45	1.919

- 109 -

Beilage I

In der derzeitigen Legislaturperiode ergab sich nach-
stehende Entwicklung im Jahresdurchschnitt

Jahre		Unselbst. Beschäftigte	Räte der Arbeits- losigkeit		Veränderung d. unselbst.Besch. zum Vorjahr
			<u>Wien</u>	<u>Österr.</u>	
1975	z	781.889	1.2	2.0	+ 2.052
	m	436.193	0.9	1.5	- 1.287
	w	345.696	1.6	2.8	+ 3.339
1976	z	793.628	1.3	2.-	+ 11.739
	m	440.671	1.-	1.6	+ 4.478
	w	352.975	1.6	2.7	+ 7.261
1977	z	791.310 ^{+))}	1.1	1.8	^{+))}
	m	436.537	0.8	1.4	
	w	354.773	1.4	2.5	
Ende März 1978	z	784.281	1.6	2.4	
	m	429.497	1.4	2.3	
	w	354.784	1.8	2.6	

ÖIW
 Prognose d. Jahres-
 durchschnitts für
 1978

z 805.900 oder + 0,2 %

^{+))} Dieser Durchschnittswert ergab sich durch eine Änderung im Zählmodus (Neuverteilung des erfaßten Beschäftigtenstandes der Bundesländer Wien, NÖ. und Burgenland für 1977) der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter. Da für die Vorjahre keine Aufschlüsselung erfolgte, ist ein Vergleich nicht mehr möglich. Auf Grund der vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger im Jahre 1977 monatlich veröffentlichten Beschäftigtenstände hätte sich ein Durchschnittswert von 804.158 ergeben.

Förderungsleistungen 1975 - 1977

	1975	1976	1977
HP 2 berufsl.u.geogr. Mobilität	41,400.581,10	50,378.084,32	49,673.840,17
HP 3 Sicherung u. Schaffung von Arbeitsplätzen	18,293.807,45	25,548.762,01	37,954.216,45
HP 4 Lehrausbildung	1,526.040,--	1,643.400,--	2,475.800,--
HP 5 Behinderte	7,903.336,99	10,767.490,46	12,240.312,18
HP 6 Ausländer	644.513,--	375.113,65	609.493,73
HP 8 Schaffung von Aus- bildungsplätzen	16,266.546,08	5,414.343,25	5,498.433,66
	86,034.824,62	94,127.193,69	108,452.096,19

Vorgesehene Förderungsleistungen 1978 - 1979

=====

	1978	1979	Insgesamt 1975 - 1979
HP 2 berufl.u.geogr. Mobilität	66,000.000'--	94.910.000'--	302,362.505'59
HP 3 Sicherung.u.Schaffung von Arbeitsplätzen	27,960.000'--	48,704.000'--	158,460.785'91
HP 4 Lehrausbildung	4,800.000'--	14,022.000'--	24,467.240'--
HP 5 Behinderte	38,200.000'--	30,119.000'--	99,230.139'63
HP 6 Ausländer	550.000'--	753.000'--	2,932.120'38
HP 8 Schaffung von Ausbildungsplätzen	30,005.000'--	33,003.000'--	90,187.322'99
	167,515.000'--	221,511.000'--	677,640.114'50
	=====	=====	=====

- 112 -

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst hat während der laufenden Legislaturperiode folgende Maßnahmen gesetzt:

1. Allgemeinbildende höhere Schulen - Anschaffung aus Anlagenkrediten für den Zeitraum 1975 - 1977

1975	S	13,137.843,--
1976	S	16,571.432,--
1977	S	<u>18,226.309,--</u>
Gesamtsumme	S	47,935.584,--

In der Gesamtsumme von S 47.935.584,--, sind Anschaffungen von Einrichtungsgegenständen (Lehrmittel), die im Einzelanschaffungswert über S 2.000,-- betragen, ausgeworfen.

Im einzelnen ist in der Gesamtsumme die Einrichtung von Verwaltungsräumen, Klassen-, naturwissenschaftlichen Räumen, Fachräumen für BE/WE, Musikerziehung, Turnsälen (feste und bewegliche Geräte) und Lehrmitteln enthalten.

2. Höhere Internatschule des Bundes Wien

Bundskonvikt für Knaben Wien
Anschaffungen aus Anlagekrediten in den
Jahren 1975 - 1977

1975: S 172.000,--	(Lehrmittel, Geräte für Internatsküche, Einrichtung Konferenzzimmer)	S 78.000,--	(Turnsaaleinrichtung, Erneuerung der Einrichtung von Internatsräumen)
1976: S 85.000,--	(Audio-visuelle Lehrmittel, Instrumente, Einrichtung von Internatsräumen)	S 802.000,--	(Filmprojektor, Internats-einrichtung (Studienräume usw.) Geräte für Internatsküche)

- 113 -

1977: S 162.000,-- (Lehrmittel, Erneuerung der Einrichtung in Schule und Heim)

S 504.000,-- (Sanierung der Internatsküche)

3. Berufsbildendes Schulwesen:

Zuweisung 1975		Zuweisung 1976		Ausgabenhöchstbetrag 1977	
Anlagen	Aufwendungen	Anlagen	Aufwendungen	Anlagen	Aufwendungen
In Tausend Schilling					
a) Techn. u. gewerbl. BLA in Wien					
3446	9511	4700	11514	10150	13454
Zentral-lehranst. in Wien					
36119	17224	54449	20934	24000	28602
b) Sozialak. LA. f. Frauen-, Fremdenverkehrs- u. Sozialberufe in Wien					
1784	5810	1600	7087	1965	6531
c) HAK u. HASchen in Wien					
1525	2384	3630	3403	2090	3458
Zentral-lehranst. in Wien					
385	403	240	475	250	493
d) Konvikte, Lehrhaus-halte u. Schüler-heime in Wien					
158	5917	728	6189	1000	6442

- 114 -

Von wesentlicher Bedeutung im Bereich der Schulneubauten des berufsbildenden Schulwesens in Wien ist die Einrichtung und Ausstattung des Neubaus des TGM. Wien 20; hierfür wurden für die Jahre 1974 bis einschließlich 1979 etwa 122 Millionen Schilling projektiert. Es muß jedoch mit einer Verlängerung der Baudauer und damit mit einer Erstreckung der Frist für die Einrichtung gerechnet werden.

4. Bundesschulbau in Wien:

In der nachstehenden Übersicht sind die seit 1975 fertiggestellten Baumaßnahmen sowie die in Bau bzw. in Planung befindlichen Schulen, die im Rahmen des Bundesschulbaues laufen, dargestellt:

a) Seit 1975 fertiggestellte Bundesschulen:

	Ausbild.Pl.	Bauk.
2 BG. u. BRG. Wien 21, Ödenburgerstr.; Neubau	1200	150 Mill.
HASch. Wien 22, Stadlauerstr.; Umbau	420	7 Mill.
BG., BRG. u. BHAK. Wien 23, Waisenhorngasse; Neubau	1200	170 Mill.+
2. BG. u. BRG. Wien 10, Per Albin Hanssonsd., Neubau	750	93 Mill.

b) In Bau befindlich:

Bds. Blindeninst. Wien 2, Wittelsbachstr.; Ausbau	250	140 Mill.
HBLA f. Textilind. Wien 5, Spengerg.; Zubau	180	14 Mill.
Bundestaubstommeninst. Wien 13, Speisingerstr., Neubau	400	120 Mill.

- 115 -

BBA.f.AL., Wien 17, Kalvarienbergstr.; Umbau	240	25 Mill.
---	-----	----------

TGM., Wien 20, Wexstr.; Neubau	2000	700 Mill.
--------------------------------	------	-----------

c) In Planung befindlich:

HTL Wien 10, Ettenreichg.; Neubau	1200	190 Mill.
--------------------------------------	------	-----------

BLA f.Bekl.Gew.Wien 16, Herbststr.; Zubau	240	65 Mill.
--	-----	----------

BEA. Wien 23, Mauer; Neubau	600	100 Mill.
-----------------------------	-----	-----------

HTBLA u.BHASch.f.Techn. Wien 23, Mauer; Neubau	280	100 Mill.
---	-----	-----------

BI. f. Heimerziehung, Wien 23, Neubau	250	100 Mill.
--	-----	-----------

AHS. u.BHAK.Wien 22, Polgarstr.; Neubau	1770	125 Mill.+
--	------	------------

+Bundesanteil

5. Schul- und Heimbeihilfe

Ausbezahlte Schülerbeihilfen für Wiener Schüler

Schuljahre	Beträge	Beihilfenbezieher
1975/76	S 27,480.214,--	3.613
1976/77	S 28,799.190,--	3.522
1977/78 1)	S 31,125.000,--	3.700
1978/79 2)	S 31,545.000,--	3.750

1) Hochgerechnete Werte aus den Arbeitsfortschrittsprotokollen

2) Erwartete Werte aufgrund mehrjähriger statistischer
Aufzeichnungen

6. Schulbuchaktion

Kosten der Gutschein- und Fachbuchbestellungen von Wiener
Schulen

- 116 -

Schuljahre	Gutscheinbuchaktion	Fachbuchaktion
1975/76	S 178,442.182,--	S 3,918.891,--
1976/77	S 162,470.265,--	S 3,981.180,--
1977/78	S 175,513.419,--	S 4,503.409,--
1978/79	Die Verarbeitung der Bestellungen der Schulen zum Hauptbestelltermin für das Schuljahr 1978/79 ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Die Kosten werden in etwa bei den Werten des Schuljahres 1977/78 liegen.	

7. Einrichtungen der Erwachsenenbildung:

Aus dem Titel der Erwachsenenbildung erhalten die Wiener Städtischen Büchereien jährlich eine Subvention von rund S 2,600.000,--. Der Verband Wiener Volksbildung erhält im Rahmen der Subventionen an den Verband Österreichischer Volkshochschulen einen jährlichen Subventionsanteil von rund S 3,000.000,--. Die dem Ring Österreichischer Bildungswerke angehörenden Katholischen Bildungswerke, Evangelischen Bildungswerke und der Verband Wiener Volksbildung einen jährlichen Anteil von rund S 440.000,--. Das Institut für Wissenschaft und Kunst von S 200.000,--; der Verein Zentralbibliothek S 70.000,--, die Wiener Katholische Akademie S 50.000,-- und verschiedene kleinere Institutionen von insgesamt rund S 140.000,--, sodaß Institutionen der Erwachsenenbildung in der Bundeshauptstadt Wien einen jährlichen Subventionsanteil von rund S 6,500.000,-- erhalten.

Diese Beträge wurden in den vergangenen Jahren der Legislaturperiode angewiesen und sind auch für 1978 und 1979 vorgesehen.

8. Außerschulische Jugenderziehung:

Siehe Beilage 1 und 2 .

- 117 -

Diese Aufstellungen umfassen alle an die Jugendverbände gewährten Subventionen; die Mittel, die von den Bundesverbänden von den Jugendorganisationen den Landesorganisationen von Wien zur Verfügung gestellt wurden, sind dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst nicht bekannt. Es sind in diesen Aufstellungen jedoch auch konkrete Angaben über Subventionen an Wiener Einrichtungen enthalten.

9. Kunst:

Siehe Beilage 3.

10. Sport:

Seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst wurden seit dem Jahre 1975 für Sportstättenbauten im Bundesland Wien folgende Subventionen gewährt:

1975: S 4,448.000,--
1976: S 6,950.000,--
1977: S 4,650.000,--

Im Jahre 1978 beabsichtigt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, für Sportstätten-Bauvorhaben im Bundesland Wien Förderungen von insgesamt 2,3 Mio Schilling zur Verfügung zu stellen.

- 118 -

Beilage 1Außerschulische Jugendberziehung

<u>Name der Organisation</u>	<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>
	<u>S</u>	<u>S</u>	<u>S</u>
Verein zur Förderung des Apostolates in der r.k. Kirche Wien	80.000,--	30.000,--	30.000,--
Österr. Bauorden	50.000,--	40.000,--	40.000,--
Verband Christlicher Vereine Junger Männer und Frauen in Österreich	10.000,--	10.000,--	10.000,--
Jugendklub Delphin Wien 9	15.000,--	--	30.000,--
Internat. Falkenbewegung	50.000,--	50.000,--	50.000,--
Freie Österr. Jugend	10.000,--	10.000,--	10.000,--
Österr. Institut für Jugendkunde	873.000,--	785.700,--	760.000,--
Chorvereinigung "Jung Wien"	--	50.000,--	25.000,--
Gesellschaft österr. Kinderdörfer	--	350.000,--	380.000,--
Vereinigung für Internat. Kulturaustausch (Jugendmusikfest "Jugend und Musik in Wien")	244.000,--	174.600,--	269.800,--
Arbeitsgemeinschaft für Landjugendfragen	100.000,--	100.000,--	120.000,--
Österr. Liga für die Vereinten Nationen Jugendsektion	75.000,--	70.000,--	85.000,--
Mädchen-Familienheime	200.000,--	200.000,--	200.000,--
MOKI - Mobiles Kindertheater	50.000,--	--	80.000,--
Ring Österr. Philatelistenjugend	20.000,--	20.000,--	20.000,--
Junge Generation in der SPÖ	--	--	10.000,--
Pfarre Roßau Wien 9	--	30.000,--	--
Pfarre Hetzendorf Wien 12	20.000,--	--	--
Pfarre Stadlau Wien 22	50.000,--	--	--
Wiener Jugendfreunde	50.000,--	50.000,--	50.000,--
Verein "Wr. Jugendkreis"	50.000,--	50.000,--	50.000,--
Jugendleiterschule	200.000,--	200.000,--	230.000,--
Jugendzentren			

Außerschulische Jugendberziehung

Name der Organisation	1975	1976	1977
	S	S	S
Österr. Bundesjugendring	1,164.000,--	1,056.736,--	1,105.800,--
Evangelisches Jugendwerk in Österreich	704.453,--	648.979,--	738.144,--
Österr. Gewerkschaftsjugend	2,213.501,--	2,039.192,--	2,099.610,--
Junge ÖVP	2,078.826,--	1,915.122,--	1,968.384,--
Österr. Jungvolk	169.207,--	155.882,--	221.443,--
Arbeitsgemeinschaft katholischer Jugend Österreichs	2,213.501,--	2,039.192,--	2,099.610,--
Katholische Jungschar Österreichs	1,944.151,--	1,791.052,--	1,968.384,--
Österr. Kinderfreunde	1,985.590,--	1,829.228,--	1,886.368,--
Österr. Kolpingwerk	395.392,--	364.256,--	393.677,--
Mittelschülerkartellverband	429.924,--	396.069,--	426.483,--
Naturfreundejugend Österreichs	504.167,--	464.464,--	508.499,--
Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs	704.453,--	648.979,--	754.547,--
Österr. Pfadfinderbund	305.608,--	281.542,--	188.637,--
Sozialistische Jugend Österreichs	2,078.826,--	1,915.122,--	1,968.384,--
Verband der Marianischen Studentenkongregationen	172.660,--	159.063,--	205.040,--
Verband Sozialistischer Mittelschüler	429.924,--	20.000,--	--
Österr. Jungarbeiterbewegung	258.990,--	238.595,--	262.451,--
Österr. Jugendherbergsverband	4,365.000,--	3,928.500,--	4,300.000,--
Österr. Jugendherbergswerk	4,365.000,--	3,928.500,--	4,300.000,--

- 120 -

B e i l a g e 3Bildende Kunst

	1974	1975	1976	1977
Renovierung des Praterateliers	2 Mio	2,8 Mio	2,3 Mio	2 Mio
Bundestheaterkassen - Ausgestaltung		0,5 Mio		
Künstlerhaus Wien - Umbau		1,9 Mio	0,5 Mio	
Künstlerhaus - Gesell.Bild. Künstler Wien, Subv.		180.000,--	180.000,--	280.000,--
Galerie nächst St.Stephan		65.000,--	65.000,--	70.000,--
Zentralvereinigung der Architekten Österreichs		80.000,--	80.000,--	80.000,--
Österr. Gesellschaft für Architektur		60.000,--	110.000,--	50.000,--
Bund österr. Gebrauchsgraphiker		18.000,--	20.000,--	20.000,--
Berufsvereinigung bild.Künstler (Zentralverband)		25.000,--	30.000,--	40.000,--
Berufsverband der bild.Künstler Österreichs (BVÖ)		80.000,--	90.000,--	125.000,--
Galerie auf der Stubenbastei		180.000,--	200.000,--	200.000,--
Wiener Sezession		220.000,--	220.000,--	220.000,--
Künstlergruppe "Der Kreis"		20.000,--	40.000,--	10.000,--

Theater	1975	1976	1977
Theater in der Josefstadt	14,200.000,--	19,800.000,--	21,300.000,--
Volkstheater	13,000.000,--	15,000.000,--	17,000.000,--
Raimund Theater	11,400.000,--	10,900.000,--	12,800.000,--
Verein Theater der Jugend	3,000.000,--	5,300.000,--	6,200.000,--
Wiener Kammeroper	2,700.000,--	3,100.000,--	3,700.000,--
Theater "Die Komödianten"	3,000.000,--	3,600.000,--	3,600.000,--
Vienna's English Theatre	1,000.000,--	1,700.000,--	1,700.000,--

Orchester	1975	1976	1977
Wiener Symphoniker	7,600.000,--	7,600.000,--	7,200.000,--
Wiener Philharmoniker	8,700.000,--	10,300.000,--	8,300.000,--
Wiener Kammerorchester	190.000,--	150.000,--	250.000,--

- 121 -

B e i l a g e 3
(Fortsetzung)

Konzertveranstalter	1975	1976	1977	
Wiener Konzerthausgesellschaft	5,300.000,--	6,900.000,--	1,850.000,--	
Gesellschaft der Musikfreunde	2,500.000,--	900.000,--	900.000,--	
Musikalische Jugend Österreichs	1,400.000,--	1,600.000,--	1,800.000,--	
Festspielveranstalter	1975	1976	1977	
Wiener Festwochen	4,700.000,--	4,800.000,--	4,800.000,--	
Wiener Sommerveranstaltungen	180.000,--	180.000,--	180.000,--	
Vereine	1975	1976	1977	
Österr. Gesellschaft für Musik	420.000,--	467.000,--	420.000,--	
Konzertvereinigung Wr.Staatsoperchor	250.000,--	270.000,--	300.000,--	
Mozartgemeinde Wien	276.000,--	180.000,--	195.000,--	
Wiener Sängerknaben (Entgelte)	953.000,--	1,200.000,--	1,000.000,--	
Literatur	1975	1976	1977	1978
Dokumentationsstelle für neuere österr. Literatur	700.000,-	780.000,-	800.000,-	850.000,--
Österr.Gesellschaft für Literatur	1,190.000,-	1,300.000,-	1,300.000,-	1,464.000,--
Wiener Goethe Verein	33.000,-	40.000,-	45.000,-	
Kunstverein			100.000,-	
Blockveranstaltungen österr. Autoren an der Univ. Wien			46.500,-	
Film	1975	1976	1977	
Aktion der gute Film	1,000.000,--	1,300.000,--	1,700.000,--	
Urania, Österr. Kulturfilmstelle	220.000,--	260.000,--	320.000,--	
Österr. Gesellschaft für Filmwissenschaft	225.000,--	225.000,--	225.000,--	
Gesellschaft der Filmfreunde Österreichs	65.000,--	50.000,--	50.000,--	

- 122 -

B e i l a g e 3

(Fortsetzung)

	<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>
Wiener Film Club	60.000,--	50.000,--	50.000,--
Viennale	120.000,--	120.000,--	130.000,--
Österr. Filmmuseum	3,200.000,--	4,200.000,--	3,200.000,--
Österr. Filmarchiv + Film- bunkeranlage	3,300.000,--	4,300.000,--	3,000.000,--

Bundesministerium für Verkehr

I. Schwerpunkte

Im Rahmen der von der Bundesregierung vorgegebenen Zielsetzungen auf dem Verkehrssektor wurden vom Bundesministerium für Verkehr in der ersten Hälfte der Legislaturperiode alle Vorkehrungen getroffen, um diese Vorhaben entweder gänzlich zu erfüllen oder dort, wo die Vorhaben in einer Legislaturperiode nicht verwirklicht werden können, ihre Verwirklichung zu sichern.

Entsprechend der Bedeutung des Schienenverkehrs sowohl für die Verkehrswirtschaft als auch die Wirtschaft im allgemeinen wurde besonderes Gewicht auf Investitionen zur Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur für den Schienenverkehr und auf die Bereitstellung eines verbesserten Verkehrsangebotes sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr gelegt.

Eine der wichtigsten und die für die ÖBB zukunftssträchtigste Investition - der Zentralverschiebebahnhof Wien-Kledering - wurde bereits in Angriff genommen. Bis zur Fertigstellung dieses Frachtenbahnhofes wird ein Auftragsvolumen von insgesamt 2.200 Mio S der Wirtschaft zufließen und damit rund 950 Arbeitsplätze sichern. Das Projekt wird darüber hinaus, infolge seiner nach modernsten Gesichtspunkten erstellten Konzeption, einen technologischen Impuls für die ausführende Industrie bedeuten.

Erste positive Auswirkungen für den Gütertransport werden voraussichtlich in vier Jahren eintreten, wenn der Ausfahr-

teil der Anlage fertiggestellt und Zugbildeaufgaben nach Kledering verlegt werden können. Nach voller Inbetriebnahme, die in etwa 8 Jahren erfolgen wird, können täglich 6.000 Güterwagen automatisch zu neuen Zügen rangiert werden. Diese Leistung ist höher als sie jetzt von den 16 im Wiener Raum befindlichen Verschiebebahnhöfen erbracht wird. Vor allem aber kann durch die Konzentration der Wagentütermanipulation auf einen Bahnhof die Beförderungsdauer um zum Teil mehr als die Hälfte der jetzigen Zeit verkürzt werden.

Der Zentralverschiebebahnhof wird die Absiedlung der Verschubanlagen aus dicht verbauten Stadtgebieten ermöglichen und die Umweltbelastung für die umliegenden Wohngebiete bedeutend vermindern. Die entbehrlich gewordenen Anlagen können geschleift oder in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung für andere Zwecke verwendet werden.

Der Bau des Güterbahnhofes Wien-Kledering ist jedoch nur ein, in seiner Größenordnung allerdings überragendes Glied in der Kette jener Maßnahmen, die zum Ausbau des Güterverkehrs durchgeführt wurden bzw. werden. Zwischen allen österreichischen Ballungsräumen, also auch von Wien aus in die österreichischen Zentralräume, wurden Güterzugs-Nachtsprungsverbindungen eingerichtet, welche für am Abend verladene Güter die Bereitstellung an den Empfänger am nächsten Morgen garantieren. Damit haben die ÖBB zumindest in den österreichischen Relationen von und nach Wien mit dem Gütertransport auf der Straße annähernd gleichgezogen.

Durch die Einrichtung von Güterexpressverbindungen wurden auch die Verbindungen mit dem Ausland ähnlich beschleunigt,

- 125 -

wobei bei den betreffenden Zügen eine Ersparnis an Beförderungszeit bis zu neun Stunden erreicht werden konnte. Dadurch wird für die exportorientierte Wirtschaft eine Verbesserung des Serviceangebotes der Bahn geschaffen und die Konkurrenzsituation der Betriebe indirekt gebessert.

Auf dem Gebiet der Personenbeförderung wurde insbesondere das Verkehrsangebot zwischen der Bundeshauptstadt und den österreichischen Ballungsräumen durch die Einrichtung weiterer Städteschnellverbindungen und die Einführung des 2-Stundentaktverkehrs auf der West- und Südbahn attraktiver gestaltet.

Besonderes Augenmerk wurde, den Intentionen der Bundesregierung entsprechend, auf die Verbesserung des Nahverkehrs im Wiener Zentralraum gelegt. Neue Siedlungen am Stadtrandgebiet, wie z. B. die Großfeldsiedlung, wurden an das Schnellbahnnetz angeschlossen, der Ausbau anderer Schnellbahnverbindungen, wie z. B. nach Hirschstetten, ist im Gange.

Mit dem Bundesministerium für Finanzen und der Stadtverwaltung wird hiebei koordiniert vorgegangen, um den Einsatz der zum Ausbau des Nahverkehrs zweckgebundenen Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer bestmöglich zu gewährleisten.

Auf dem Gebiet der Post- und Telegraphenverwaltung wurde der Postdienst in, von und nach Wien durch die Errichtung, den Umbau oder Modernisierung von insgesamt 11 Postämtern, durch die weitergehende Motorisierung des Zustelldienstes sowie durch Investitionen zur schnelleren innerbetrieblichen Beförderung des Postgutes weiter verbessert.

- 126 -

Beim Postautodienst wurde im Wiener Raum besonderes Gewicht auf die Einbindung der Postautokurse in die anderen bestehenden Verkehrsverbindungen durch Fahrplankoordinierung und teilweise Führung in Tarifgemeinschaft mit den anderen Verkehrsträgern gelegt.

Der Fernmeldedienst konnte in Wien von Oktober 1975 bis April 1978 rund 110.000 neue Anschlüsse herstellen, bis zum Ende der Legislaturperiode sollen noch 60.000 Neuanschlüsse hinzukommen. Für den Fernmeldebereich wurden in der laufenden Legislaturperiode rund 2.600 Mio S aufgewendet, rund 1.500 Mio S sollen noch bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode bereitgestellt werden. Durch diese Maßnahmen werden die Arbeitsplätze in der konjunkturrempfindlichen Fernmeldeindustrie im Rahmen des Möglichen gesichert.

Die vorstehenden Ausführungen stellten nur die wichtigsten, in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft des Bundeslandes Wien bedeutendsten Maßnahmen der ÖBB und der Post- und Telegraphenverwaltung dar. Inwieweit durch eine große Anzahl von bereits durchgeführten oder bis zum Ende der Legislaturperiode noch zu verwirklichenden Vorhaben das Serviceangebot der beiden größten Bundesbetriebe verbessert wird, kann aus der unter II anschließenden Darstellung entnommen werden. Diese enthält auch die unmittelbar vom Bundesministerium für Verkehr bzw. von den nachgeordneten Dienststellen bereits durchgeführten bzw. geplanten Maßnahmen.

II. Einzeldarstellung

A Luftfahrt

Der Bau der neuen, 3600 Meter langen Präzisionsanflugpiste 16/34 auf dem Flughafen Wien-Schwechat, welche

- 127 -

am 6. 10. 1977 eröffnet wurde, war das größte Bauvorhaben der österreichischen Zivilluftfahrt seit Wiedererlangung der Lufthoheit. Diese Piste wurde nach dem neuesten Stand der Technik hergestellt und mit modernsten Befeuerungs- und Instrumentenlandeanlagen ausgerüstet. Das Projekt umfaßte auch den Bau der dazugehörigen Rollwege, Erweiterung der Abstellflächen, Aufstockung des Flugplatzkontrollturmes, Bau eines neuen Flughafenrundsichtradars, einer neuen Flughafenfeuerwehraußenstelle und Flugwetterbeobachtungsstation, die Erweiterung des Flughafenabfertigungsgebäudes und die Errichtung eines modernen Abfertigungszentrums für die allgemeine Luftfahrt, weiters die Untertunnelung der ÖBB-Gleisanlagen im Pistenvorfeld und den Bau eines Flughafen-Unterflurbahnhofes sowie die Verlegung der Bundesstraße B 9.

Um die Hindernisfreiheit des umliegenden Geländes auch nach dem Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat zu sichern, wurde eine neue Sicherheitszonen-Verordnung erlassen.

Nach der Schließung des Flughafens Wien-Aspern konnten - insbesondere im Interesse der Sportflieger - Ersatzflugplätze in Vöslau und in Wien-Schwechat bzw. Wiener Neustadt bereitgestellt werden. Diese Schließung war notwendig, um eine Kollisionsgefahr zwischen dem Flugbetrieb in Aspern und den Flugzeugen, die von der neuen Piste in Schwechat abfliegen bzw. diese Piste anfliegen, zu vermeiden.

Im Rahmen des Großprojektes Flugverkehrskontrolle-Luftraumüberwachung ist der Neuaufbau der Flugverkehrskontrollzentrale vorgesehen. Die Baukosten sind im Voranschlag des Bundesministeriums für Bauten und Technik ausgewiesen, die flugsicherungstechnische Einrichtung wird vom Bundesamt für Zivilluftfahrt erfolgen. Hiefür sind für 1978 und 1979 rund S 300 Mio vorgesehen.

- 128 -

Angesichts der stetig zunehmenden Bedeutung der Luftfahrt im gesamten Verkehrsgeschehen werden vom Bundesministerium für Verkehr Subventionen für die Heranbildung fliegerischen Nachwuchses sowie für Sicherheitsmaßnahmen im Bereich der allgemeinen Luftfahrt gewährt. Vom Oktober 1975 bis einschließlich 1977 wurden Förderungsbeträge in der Gesamthöhe von rund S 3,750.000,-- an Wiener Fliegervereine vergeben.

B Schifffahrt

Auf Grund des Hafeneinrichtungs-Förderungsgesetzes wurden der Stadt Wien in der Zeit von Oktober 1975 bis Ende 1977 Bundesbeiträge von S 4,839.000,-- für die Errichtung verkehrstechnischer Anlagen geleistet.

Angesichts der besonderen Bedeutung der Personenschifffahrt auf der Donau für den Wiener Fremdenverkehr werden der DDSG Bundesbeiträge zur teilweisen Abdeckung des Abganges bei der Personenschifffahrt zur Verfügung gestellt, die von Oktober 1975 bis April 1978 rund 10,3 Mio S betrugen (eingeschlossen die Zuschüsse für Altpensionisten der DDSG).

C Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Für Zwecke der Bundesprüfanstalt wurde durch entsprechende Mietvereinbarungen mit einer privaten Firma in Wien-Auhof eine Außenstelle eingerichtet, in welcher vor allem Lastkraftwagen geprüft werden. In dieser Außenstelle können jährlich rund 8000 Schwerfahrzeuge aller Art geprüft werden. Dadurch werden die verkehrsmäßig ohnehin überbeanspruchten Straßen in der Umgebung der Prüfanstalt im 9. Bezirk von diesen Schwerfahrzeugen entscheidend entlastet.

- 129 -

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik werden gegenwärtig die Planungsarbeiten für die gänzliche Absiedlung der Bundesprüfanstalt aus dem 9. Bezirk erstellt.

D ÖSTERREICHISCHE BUNDESBAHNEN

I. Reisezugsverkehr

1. Personenfernverkehr

Um dem Bedürfnis nach schnellen Verbindungen nach Italien, aber auch nach Kärnten, zu entsprechen, wurde eine qualifizierte Nachtverbindung Wien - Rom - Wien mit dem Expresszugspaar "Remus" eingerichtet, wobei direkte Kurswagen nach bzw. von Venedig, Turin und Triest geboten werden.

Durch die Umwandlung des TEE-Zuges "Prinz Eugen" in eine Expresszugsverbindung auf der Strecke der ÖBB bzw. in eine Intercityverbindung auf der Strecke der Deutschen Bundesbahnen wurde es ermöglicht, ab Sommer 1978 Wagen zweiter Klasse zwischen Wien und Frankfurt/Main zu führen.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Verbesserung der inländischen Verkehrsverbindungen zwischen den Ballungszentren gerichtet, davon seien folgende hervorgehoben:

Einführung von 2-Stunden-Taktfahrplänen auf den Strecken Wien - Salzburg - Wien und Wien - Graz - Wien.

Einrichtung einer neuen direkten Städteschnellverbindung Wien - Villach mit Anschluß nach Lienz, wodurch die Verbindungen nach Osttirol entscheidend verbessert wurden. Führung von zwei neuen Eilzügen zwischen Wien und Krems, Einrichtung des neuen Eilzugspaares "Schneeberg", wodurch den Ausflüglern aus dem Wiener Raum eine zeitgünstige und schnelle Verbindung

- 130 -

nach Puchberg geboten wird.

Neueinrichtung des Städteschnellzuges "Bundesländer-Express", der eine günstige Verbindung aus dem Gasteiner Tal bzw. von Kärnten nach Wien bietet.

Einführung eines 2-Stunden-Taktfahrplanes zwischen Wien und Villach, wobei die Taktzüge nach Graz und Villach bis Bruck/Mur vereinigt geführt werden. In der Gegenrichtung verkehren die Züge zwischen Bruck/Mur und Wien ab Sommer 1978 mit stündlichem Intervall.

Darüber hinaus wird der Wagenpark durch die Anschaffung neuer Wagen bzw. durch Modernisierungen laufend verbessert.

2. Personennahverkehr

Im Zuge der Bemühungen um die Hebung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs erfolgten insbesondere:

Einführung von Taktfahrplänen im Nahbereich von Wien zwischen Wien-Westbahnhof und Rekawinkel (1-Stunden-Takt), Wien-Franz-Josefsbahnhof und Tulln Stadt (1-Studentakt), Wien-Südbahnhof und Erzherzog-Karl-Straße (30-Minutentakt), Wien-Nord und Wolfsthal (2-Studentakt), Wien-Nord und Flughafen Wien-Schwechat (1-Studentakt) sowie zwischen Wien-Südbahnhof und Bruck/Leitha (2-Studentakt). Verbesserungen im Personenzugsverkehr durch die Einführung neuer Züge, insbesondere im Interesse des Berufsverkehrs infolge der Einführung der 40-Stunden-Woche (z.B. neue Verbindung Amstetten - Wien).

Als Nahverkehrsvorhaben, die von Bundesseite aus den für den Ausbau des Nahverkehrs zweckgebundenen Mitteln aus der Kraftfahrzeugsteuer finanziert werden, wurde der Bahnhof Leopoldau ausgebaut und damit die

- 131 -

Großfeldsiedlung an das Schnellbahnnetz angeschlossen, wodurch eine fühlbare Verbesserung der Verkehrsbedienung des 22. Bezirkes eintrat, wird der Schnellbahnverkehr zwischen Meidling - Liesing durch einen Streckenausbau verdichtet (nach Fertigstellung ist ein 15-Minutentakt vorgesehen) sowie über Stadtlau - Erzherzog Karl-Straße nach Hirschstetten ausgebaut, um der am Stadtrand wohnenden Bevölkerung die Erreichung des Zentrums zu erleichtern.

II. Kraftwagenpersonenverkehr

Zwischen Oktober 1975 und März 1978 wurde der Wagenpark für den Wiener Bereich um 52 moderne Omnibusse erweitert, bis Ende September 1979 sollen 20 weitere Busse angeschafft werden. Die Gesamtkosten betragen rund 96 Mio S.

Im Hinblick auf die große Bedeutung des Kraftwagendienstes für die Herstellung günstiger Verbindungen zu den Arbeitsstätten und Schulen sowie als Zubringerdienst zu den im Nahverkehrsbereich von Wien gelegenen Bahnhöfen wurde bereits 1974 begonnen, den Kraftfahrlinienverkehr durch die Einrichtung von Schnellbusverbindungen und Taktverkehren attraktiver zu gestalten; auf folgende Maßnahmen wird hingewiesen:

1975 haben Bahn und Post einen Gemeinschaftsverkehr für das Gebiet des südwestlichen Wienerwaldes eingerichtet, welcher im allgemeinen auf die Anschlüsse zur Schnellbahn im ÖBB-Bahnhof Liesing konzentriert ist.

Auf der Kraftfahrlinie zwischen Neusiedl/See und Wien-Mitte sowie der Kraftfahrlinie zwischen Kaisersdorf und Wien-Mitte wurden Schnellkurse eingerichtet.

- 132 -

Mit den Blaguss-Reisen wurde ein Gemeinschaftsverkehr "Mittleres Burgenland" eingerichtet.

Zu Beginn des Schuljahres 1976/77 wurde auf der Kraftfahr-
linie Wien-Purkersdorf-Gablitz-Riederberghöhe zwischen
Hütteldorf/Bahnhof und Gablitz ein 30-Minutentaktverkehr
eingerrichtet, der während der Früh- und Abendverkehrsspitzen
auf 15-Minutenintervalle verkürzt wird.

Um der Bedeutung Wiens als internationale Konferenzstadt
zu entsprechen, wurde eine Schnellverbindung vom City
Air Terminal zum Flughafen Wien-Schwechat eingerichtet,
wobei die Busse im 20-Minutentakt fahren.

Seit April 1978 wird die Kraftfahrlinie Liesing/Bahnhof
- Wien XII Philadelphiabrücke in Tarifgemeinschaft mit
den Wiener Stadtwerken/Verkehrsbetriebe geführt, wobei
durch die Anerkennung der Fahrausweise der Verkehrsbetriebe
die Abfertigung der Fahrgäste vereinfacht werden konnte.

III. Güterzugsverkehr

Seit Oktober 1975 wurden verschiedene Maßnahmen zur
Beschleunigung des Güterverkehrs im Interesse der Transport-
wirtschaft und der Konsumenten gesetzt, von welchen
besonders folgende erwähnt werden:

Einrichtung einer Güterschnellzugsverbindung Buchs -
Wien, wodurch die Frachtbeförderung aus der Schweiz
und Frankreich um bis zu neun Stunden beschleunigt werden
konnte.

Führung von Güterexpresszügen (TEEM-Verbindung) Wien
- Budapest; in Verbindung mit dem Güterschnellzug Buchs
- Wien konnte die Beförderungsdauer zwischen Zürich

- 133 -

und Budapest um 25 Stunden verkürzt und das Verkehrsangebot für Exportsendungen erheblich verbessert werden.

Einrichtung von solchen Güterexpresverbindungen zwischen Bologna - Wien (Zeitgewinn 6 Stunden), Triest - Wien (Zeitgewinn 7 Stunden) und Curtici - Budapest - Wien (Beschleunigung der vorwiegend verderblichen Frachten zwischen Curtici und Wien um 6 Stunden).

Einrichtung von sieben Nachtsprungsverbindungen zwischen Wien und den wichtigsten inländischen Verkehrsknotenpunkten, insbesondere Wien - Salzburg, Wien - Innsbruck, Wien - St. Veit/Glan mit günstiger Verbindung nach Kapfenberg und Bruck/Mur. Der besondere Vorteil dieses Angebots besteht darin, daß Güter, die bis in die Abendstunden verladen werden, während der Nacht befördert und in den Morgenstunden des nächsten Tages dem Empfänger bereitgestellt werden können.

Einrichtung eines Gütereilzuges Krems/Donau - Wien
Einrichtung einer neuen Güterexpresverbindung Hamburg - Wien, wobei die Beförderungszeit um 5 Stunden verkürzt wurde.

IV. Kraftwagengüterverkehr

In Simmering-Ostbahnhof wurde ein sogenannter Stützpunkt-bahnhof eingerichtet, um eine rasche und kundenfreundliche Haus-zu-Haus-Beförderung zu ermöglichen. Dieser erspart zeit- und personalintensive Umschlagvorgänge.

V. Leistungen baulicher und technischer Art

In der laufenden Legislaturperiode wurden bzw. werden für Investitionen auf dem Bausektor und für technische

- 134 -

Einrichtungen insgesamt rund 3.400 Mio S bereitgestellt. Von diesen, auch für die Belebung der heimischen Wirtschaft bedeutenden Investitionen seien insbesondere folgende erwähnt:

1. Investitionen auf dem Bausektor

Ausbau des Bahnhofes Wien-West und Inbetriebnahme einer modernen Wagenwaschanlage

Ausbau des Bahnhofes Leopoldau durch die Schaffung eines nach Süden verlegten Mittelbahnsteiges mit schienenfreiem Zugang und einer Wendeanlage für Schnellbahnzüge

Modernisierung des Bahnhofes Wien-Franz-Josefs-Bahnhof

Neubau einer Triebwagenhalle in der Hauptwerkstätte

Floridsdorf, für Zwecke des Nahverkehrs

Neubau eines Lehrlingsheimes in Wien XII

Neubau der Güterdienstanlagen des Bahnhofes Wien - Matzleinsdorf

Umfangreiche Bauarbeiten im Bahnhof Wien - Brigittenau im Zusammenhang mit dem dort geplanten großen Straßenverkehrsknoten

Verlegung der Eisenbahnbrücke zwischen den Bahnhöfen Heiligenstadt und Wien - Brigittenau im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bundesstraßennetzes; gleichzeitig mit dem Neubau der Verbindungsschleife entsteht im Bereich des Bahnhofes Heiligenstadt auch eine gemeinsame Anlage für die Züge der Franz-Josefs-Bahn und die Endstelle der U-Bahnlinie U 4.

Schließlich wird nochmals auf die bereits erwähnten Projekte im Zusammenhang mit dem Bau des unterirdischen Bahnhofes Flughafen Wien-Schwechat im Zuge des Ausbaues der Flughafenbahn sowie die umfangreichen Ausbaumaßnahmen zur Verdichtung des Nahverkehrs auf der Strecke Meidling - Liesing (insbesondere bei den Haltestellen Atzgersdorf - Mauer und Hetzendorf) hingewiesen.

- 135 -

2. Investitionen auf dem sicherheitstechnischen Sektor

Einrichtung moderner elektrischer Stellwerksanlagen in den Bahnhöfen Wien-West, Penzing und Oberlaa
Einbau einer induktiven Zugsicherung auf den Strecken Wien-Südbahnhof - Liesing, Floridsdorf - Leopoldau und Floridsdorf - Jedlersdorf.

Ausrüstung von drei schienengleichen Eisenbahnkreuzungen mit technischem Kreuzungsschutz (Bau von zwei zuggesteuerten Schrankenanlagen sowie einer Blinklichtanlage mit Verkehrssignalanlage); der Einbau technischer Sicherungen an 18 weiteren Eisenbahnkreuzungen wurde begonnen.

3. Automation der Fahrkartenausgabe

Die Erlangung einer Fahrkarte wird durch den Einsatz von Automaten im Nahverkehrsbereich der Ballungsräume insbesondere während der Stoßzeiten erleichtert. In diesem Sinne wurden ab November 1976 im Bereich der Tarifgemeinschaft mit den Wiener Verkehrsbetrieben in folgenden Verkehrsknotenpunkten Fahrscheinautomaten aufgestellt:

Liesing, Atzgersdorf-Mauer, Hetzendorf, Meidling, Haltestelle Matzleinsdorferplatz, Südtirolerplatz, Wien Südbahnhof, Wien Mitte, Wien Nord, Floridsdorf, Floridsdorf-Siemensstraße, Jedlersdorf, Strebersdorf und Süßenbrunn.

VI. Elektrifizierung

Für die Fortsetzung des Elektrifizierungsprogrammes wurden bzw. werden in der laufenden Legislaturperiode rund S 50 Mio bereitgestellt. Dies ermöglichte insbesondere:

- 136 -

Aufnahme des durchgehend elektrischen Betriebes auf der Ostbahn im Mai 1976; die Fahrzeitverkürzung für den Personenverkehr beträgt bis zu 15 Minuten, für den Güterverkehr bis zu 25 Minuten.

Abschluß des Vollausbau des Wien Süd Ostseite (Personenbahnhof)

Beginn der Elektrifizierungsarbeiten auf der Strecke Wien Franz-Josefs-Bahnhof - Tulln einschließlich der Schleifengleise Nußdorf - Brigittenau und Heiligenstadt - Brigittenau.

VII. Schnellbahnverkehr

Bei der Tarifreform am 1. 3. 1977 wurde die Tarifgemeinschaft zwischen den Wiener Verkehrsbetrieben und den ÖBB auch auf die Strecken Wien Südbahnhof - Erzherzog Karl-Straße und Meidling - Wien Südbahnhof ausgedehnt, und ermöglicht, daß alle auf den Schnellbahnstrecken verkehrenden Personenzüge innerhalb Wiens auch mit Fahrscheinen der Wiener Verkehrsbetriebe benützt werden können. Das bedeutet weiters, daß der Benützer des öffentlichen Verkehrsmittels den für ihn jeweils günstigsten Tarif wählen kann.

E Wiener Stadtwerke, Verkehrsbetriebe-AG der Wiener Lokalbahnen

Aus den Mitteln der Bundes-Kraftfahrzeugsteuer wurden der Gemeinde Wien für die Verkehrsbetriebe von Dezember 1976 bis Ende 1977 rund S 107,5 Mio, für die Wiener Lokalbahnen S 7,2 Mio überwiesen, die zur Modernisierung des Fahrzeugparks verwendet wurden.

- 137 -

Außerdem stellte der Bund - gemäß einer näheren Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Gemeinde Wien - umfangreiche Mittel für den Bau der U-Bahn zur Verfügung.

Durch eine Verlängerung der U-1 vom Praterstern nach Kagran soll der 22. Bezirk verkehrsmäßig besser erschlossen werden.

Der Weiterbetrieb der Badner-Bahn wurde darüber hinaus durch entsprechende Vereinbarungen mit den Bundesländern Wien und Niederösterreich gesichert, bei denen sich der Bund zur Leistung eines finanziellen Beitrages bereit-klärt hat - bis Ende 1977 waren es S 40,2 Mio.

F Verkehrsverbund

Im Raum Wien, Niederösterreich und Burgenland ist eine Verbesserung des Verkehrsangebotes durch die Schaffung eines Verkehrsverbundes vorgesehen. Dabei soll ein leistungsfähiges regionales Verkehrssystem in diesem Zentralraum durch die Koordination der Verkehrsträger Schnellbahn, Stadtbahn, Straßenbahn, U-Bahn und Omnibuslinien geschaffen werden. Die rechtlichen, organisatorischen und technischen Vorarbeiten für diesen Verbund wurden bereits weitgehend durchgeführt. Schon jetzt verbessern andere Vorleistungen das Verkehrsangebot, wie die Tarifgemeinschaft Schnellbahn - Wiener Stadtbahn und Straßenbahnen und der Taktfahrplan auf wichtigen Nahverkehrsstrecken der ÖBB.

G POST- UND TELEGRAPHENVERWALTUNG

I. Postdienst

1. Postbetriebsdienst

Im Jahre 1975 wurde mit der Automatisierung des innerbetrieblichen Ablaufes beim Postamt 1103 Wien-Südbahnhof

- 138 -

begonnen. Die Anlagen für die Briefumleitung wurden bereits in Betrieb genommen, wodurch die Beförderung und Zustellung in Wien beschleunigt werden konnte. Der Aufbau der Anlagen für die Paketverteilung ist soweit fortgeschritten, daß der Betrieb im Herbst 1978 aufgenommen werden kann. Außerdem wird auf diesem Areal die zentrale Paketzustellung für Wien eingerichtet.

Zur Beschleunigung der Postsendungen aus dem Raum Kärnten wurde eine Postschnellzugsverbindung zwischen Villach und Wien (analog den Postschnellzügen auf der Westbahnstrecke, Salzburg - Wien sowie Innsbruck - Wien) eingerichtet.

Zur Erhöhung der Sicherheit in den Postämtern wurden Filmkameras zur Überwachung installiert. Außerdem wurden die Voraussetzungen zum Anschluß der elektrischen Raumsicherung der Wiener Postämter an das öffentliche Notrufsystem in der Bundeshauptstadt geschaffen.

Der Kraftfahrzeugbestand wurde kontinuierlich erneuert und erweitert; seit 1975 wurden für den Postdienst, insbesondere für Verbesserungen im Zustelldienst, 30 PKW angeschafft.

Probeweise wurde 1975 ein Paketbehälterverkehr zwischen Innsbruck und Wien eingerichtet. Damit konnte sowohl eine Beschleunigung der Paketbeförderung als auch eine zusätzliche Schonung der Postsendungen erreicht werden. Dieser Dienst soll daher vorerst auf die Relationen Salzburg - Wien und Linz - Wien erweitert werden.

Am 1. 2. 1978 wurde der Palettendienst - zur rascheren und einfacheren Annahme und Weiterleitung von Massensendungen - aufgenommen.

- 139 -

2. Postautodienst

Im Zuge der Regionalplanung zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes wurden im Raume Wien folgende Maßnahmen gesetzt:

Im Raum Wien einschließlich des Nahbereiches wurden bisher 20 Großraumomnibusse in Betrieb genommen, bis Ende 1979 werden noch weitere 4 Großraumomnibusse eingesetzt werden.

Im Gebiet des südwestlichen Wienerwaldes wurde der bereits erwähnte Gemeinschaftsverkehr zwischen den Omnibussen von Bahn und Post eingerichtet. Als Vorleistung für den Wiener Verkehrsverbund wurde außerdem der gesamte Verkehr in diesem Raume nach Liesing ausgerichtet, um günstige Zusteigmöglichkeiten zur Schnellbahn zu schaffen. Die Streckenführung der Postautolinien von Liesing nach Wien Mitte wurde so geändert, daß diese Kurse künftig über den Bahnhof Liesing nach Wien-Philadelphiabrücke zum Autobusbahnhof Wien geführt werden. Im Rahmen des Gemeinschaftsverkehrs werden die bestehenden Fahrausweise gegenseitig anerkannt, alle Kurse werden in einem gemeinsamen Fahrplanbild dargestellt.

Seit April 1978 wird die Linie Liesing - Meidling/Philadelphiabrücke in Tarifgemeinschaft mit den Wiener Verkehrsbetrieben geführt.

Auf der Postautolinie Wien - Hütteldorf - Mauerbach wurde das Verkehrsangebot durch die Einführung von 15 neuen Kurspaaren verdichtet.

- 140 -

Taktverkehre wurden insbesondere im Interesse des Berufsverkehrs auf der Brünner Straße von Mistelbach nach Wien sowie von und nach Eisenstadt eingerichtet.

II. Fernmeldedienst

1. Ausbau des Fernsprech-Ortsnetzes

Von Oktober 1975 bis April 1978 wurden in Wien rund 110.000 neue Fernsprechanschlüsse hergestellt. Darüber hinaus wurden die technischen Voraussetzungen für die Zuschaltung weiterer Anschlüsse geschaffen. Dazu waren erforderlich die Erweiterung der vorhandenen und die Errichtung neuer Wähllämter, wie des Wähllamtes Wien-Oberlaa (für derzeit 12.100 Anschlüsse), des Wähllamtes Wien-Kaiser-Ebersdorf (derzeit 5.600 Anschlüsse) sowie der Einsatz eines fahrbaren und 11 transportabler Wähllämter als Überbrückungsmaßnahme bis zur Inbetriebnahme der Wähllämter Kaiser-Ebersdorf, Hetzendorf und Liesing und der Ausbau der Leitungsanlagen, wodurch für den Fernsprechbenützer im Normalfall immer eine freie Leitungsverbindung zur Verfügung gestellt werden kann.

2. Fernsprech-Fernverkehr

Der Fernsprechfernverkehr von und nach Wien nimmt auch durch die zunehmende Zahl der in Wien residierenden internationalen Organisationen und durch die Bedeutung der Bundeshauptstadt als Kongreßzentrum ständig zu. Ebenso steigt die Zahl der Ferngespräche von und nach den übrigen Bundesländern ständig an. Um diese Gespräche in kürzester Zeit zu ermöglichen, wurden die Einbeziehung Wiens in den Europaselbstwählverkehr abgeschlossen,

- 141 -

die Wahl- und Übertragungseinrichtungen in den bestehenden fernmeldetechnischen Zentren Schillerplatz und Börseplatz erweitert und im fernmeldetechnischen Zentrum Wien-Arsenal ein Hauptbereichsamt eingerichtet, dessen erste Baustufe mit 6.000 Leitungen in Kürze in Betrieb genommen wird, sowie mit dem Aufbau des neuen internationalen Transitamtes begonnen, dessen erste Baustufe voraussichtlich im Sommer in Betrieb genommen wird.

III. Fernschreibverkehr

Um den Bedarf der Wirtschaft nach Einrichtung von Fernschreibanschlüssen zu entsprechen, wurde auf den Ausbau des Fernschreibverkehrs besonderes Augenmerk gerichtet. Seit Oktober 1975 wurden rund 1.500 neue Anschlüsse errichtet. Neben der Schaffung neuer Anschlußmöglichkeiten wurde beim Ausbau der Wiener Fernschreibämter auch die Erweiterung der benötigten In- und Auslandsleitungen fortgesetzt, seit Oktober 1975 wurden rund 250 zusätzliche Vermittlungsleitungen in Betrieb genommen.

IV. Sonstige Dienste

- Öffentlicher Notruf-Übertragungsdienst

Dieser Dienst ermöglicht die Übertragung von Notrufalarmen, insbesondere an Polizei und Feuerwehr, mit einem minimalen Leitungsaufwand. Seit Oktober 1975 wurden die zentralen Einrichtungen für 900 Teilnehmer hergestellt.

- Öffentlicher beweglicher Landfunkdienst (Autotelefon)

Da die Nachfrage nach der Zuteilung des Autotelefons gestiegen ist, wurde die Zahl der Sprechkanäle zur verbesserten

- 144 -

Neubau der Postämter 1226 Wien (Breitenleer Straße) und Zu- und Umbau des Postamtes 1100 Wien (Buchengasse), sowie Bau der Wählämter Wien-Oberlaa, Wien-Fünfhaus, Wien-Kaiserebersdorf und des Fernmeldegebäudes Wien-Humboldt-gasse.

Umbau der Wählämter Wien-Afrikanergasse, Wien-Berggasse, Wien-Floridsdorf, Wien-Krugerstraße, Wien-Lehargasse, Wien-Liesing, Wien-Rasumofskygasse, Wien-Taubstummengasse, Wien-Wattgasse und im Fernmeldegebäude Wien-Börseplatz.

Im Bau befindet sich neben dem bereits erwähnten Ausbau des Postamtes 1103 Wien-Südbahnhof insbesondere das Fernmeldegebäude Wien-Arsenal. Dieses bisher größte Bauvorhaben der Post- und Telegraphenverwaltung wird nach seiner Fertigstellung ein Hauptbereichsamt für 100.000 Fernleitungen im Endausbau, ein Ortsamt für die lokale Umgebung, ein internationales und ein interkontinentales Transitamt sowie weitere technische Einrichtungen für Fernschreib- und Datentechnik aufnehmen. Der Bau wird im Herbst 1978 fertiggestellt sein, die Inbetriebnahme wird etappenweise erfolgen. Die Kosten für dieses Vorhaben allein werden voraussichtlich 915 Mio S betragen.

Umgebaut, instandgesetzt oder in neu gemietete Räume verlegt wurden die Postämter 1017 Wien-Parlament, 1042 Wien (Phorusgasse), 1052 Wien (Franzensgasse), 1053 Wien (Stolberggasse), 1113 Wien (Mühlsangergasse), 1134 Wien (Speisinger Straße), 1183 Wien (Gersthofer Straße), 1210 Wien (Floridsdorf, Nordbahnanlage), und 1214 Wien (Leopoldauer Platz).

- 145 -

Im Bau befindet sich das Wählamt Wien-Hetzendorf mit dem Postamt 1125 Wien. Im Laufe der Legislaturperiode ist noch der Beginn der folgenden größeren Neubauten vorgesehen:

Postamt 1190 Wien (Zustellabteilung), Wählamt Wien-Liesing, Wählamt Wien-Leopoldau, Rechenzentrum der PTV Wien-Schumanngasse und das Telegraphenbauamt Wien-Erdbergstraße.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat für die Universitäten in Wien in den Jahren 1975, 1976 und 1977 insgesamt 6,085,05 Mio S zur Verfügung gestellt. Weiters wurden in den Jahren 1975 und 1976 für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien Förderungsausgaben in der Höhe von 590,0 Mio S getätigt, für das Hochschulzentrum Wien-Althanstraße wurden in diesem Zeitraum 289,6 Mio S für die Kunsthochschulen 2,361 Mio S, für Studentenheime und Mensen 882 Mio S, für die wissenschaftlichen Anstalten (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik sowie für die Geologische Bundesanstalt) 186,6 Mio S, für die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute 175,1 Mio S und für Forschungseinrichtungen (z.B. Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung etc. sowie für Vorträge, Seminare und Tagungen) 122,8 Mio S aufgewendet. Zur Förderung der Wissenschaften (Expertengutachten, wissenschaftliche Forschung, gewerbliche Forschung) wurden 545,4 Mio S zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde die Österreichische Hochschülerschaft mit 5,487 Mio.S gefördert. An Förderungsausgaben wurden während dieser Jahre noch Studentische Subventionen in der Höhe von 3,610 Mio S, an Forschungsstipendien 3,356 Mio S und für wissenschaftliche Einrichtungen 30,667 Mio S getätigt.

Für die Bibliotheken in Wien (Österreichische Nationalbibliothek, Universitätsbibliothek und die Bibliotheken im Bereiche der anderen Wiener Hochschulen) wurden insgesamt 375,7 Mio S und für bibliothekarische und wissenschaftliche Filmeinrichtungen 4,27 Mio S aufgewendet.

- 147 -

Für die Museen in Wien (Kunsthistorisches Museum, Naturhistorisches Museum, Museum für Völkerkunde, Österreichische Malerei Albertina, Museum für Angewandte Kunst, Museum des 20. Jahrhunderts, Technisches Museum und Pathologisches Museum) wurden im genannten Zeitraum 432,1 Mio S angewiesen.

An Förderungen für verschiedene Museen (d.s. Unternehmungen, Freilichtmuseen, sonstige gemeinnützige Einrichtungen und Einzelpersonen) wurden 3,8 Mio S aufgewendet.

Für das Bundesdenkmalamt wurden insgesamt 153,5 Mio S angewiesen. Zur Förderung der Denkmalpflege im Bundesland Wien wurden 13 Mio S zur Verfügung gestellt.

Ergänzend dazu möchte ich noch hervorheben, daß im Rahmen der österreichisch-bulgarischen Kooperation im Jahre 1976 das Ludwig-Boltzmann-Institut für Lernforschung mit Sitz in Wien geschaffen wurde.

Im Jahre 1977 konnten die wissenschaftlichen Aktivitäten der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft weiter intensiviert werden. So wurden im Wiener Raum vier weitere Ludwig Boltzmann-Institute und eine Forschungsstelle errichtet und zwar die Institute für experimentelle Anästhesie, für Strahlenchemie, für Sozialpsychiatrie und für Wachstumsforschung, sowie die Forschungsstelle für Mathematik.

Im ersten Vierteljahr 1978 wurden drei weitere Institute und eine Forschungsstelle gegründet, und zwar die Institute für Laserchirurgie, für Krankenhausökonomie und für immuno- und zytogenetische Forschung bei Haustieren, sowie die Forschungsstelle für Wissenschaftsforschung.

Die bisherigen Institute für Pädiatrische Endokrinologie und für Nuklearmedizin wurden unter Einbeziehung einer Arbeitsgruppe für klinische Endokrinologie zu einem Großinstitut für klinische Endokrinologie und Nuklearmedizin zusammengefaßt. Von den insgesamt 43 Forschungseinrichtungen der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft sind 36 im Wiener Raum lokalisiert, 23 Forschungseinrichtungen und die Außenstelle des Institutes für Stadtgeschichtsforschung wurden gemeinsam mit der Gemeinde Wien errichtet und werden auch gemeinsam betrieben.

Als Bundesbeiträge zu Instandsetzung, Betriebskosten und Miete von Schloß Laxenburg als Sitz des Internationalen Institutes für Angewandte Systemanalyse (IIASA), dessen Betriebsgesellschaft zu gleichen Teilen den Bundesländern Wien und Niederösterreich gehört, flossen im Jahre 1976 S 10,801.912,-- und im Jahre 1977 S 16,296.000,-- zu. Für 1978 ist ein Betrag in der Höhe von S 17,269.000,-- veranschlagt. Die rasche und erfolgreiche Tätigkeit des Institutes hat dazu geführt, daß weitere Teile des Schlosses Laxenburg als Sitz des Institutes renoviert und Ende 1976 übergeben worden sind. 1977 wurde die dritte und letzte Renovierungsstufe für die Instandsetzung und Adaptierung der restlichen Nebengebäude in Angriff genommen.

Die Europäische Weltraumbehörde (ESA) hat im Rahmen des Spacelab-Programmes zwei Aufträge an Institutionen mit Sitz in Wien in der Höhe von S 583.500,-- und S 650.000,-- vergeben. Weitere Aufträge befinden sich im Vergabestadium.

Als wichtige Ausstellungen der Bundesmuseen, denen besondere fremdenverkehrspolitische Bedeutung zukommt, möchte ich folgende nicht unerwähnt lassen.

- 149 -

"Archäologische Funde der Volksrepublik China",
"Echnaton, Nofretete, Tut-anch-Amon",
"Gold aus Peru",
"Goldschätze der Thraker"
"Far West, Indianer und Siedler im Amerikanischen Westen",
"Peter Paul Rubens",
"Das Dresdner Kupferstich-Kabinett um die Albertina",
"Von Ingres bis Cezanne"
"Surrealismus aus dem Museum of Modern Art, New York",
"Kleinausstellungen" der Bundesmuseen in der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Außerdem wurden durch den Ausbau der Schausammlungen der Museen zusätzliche neue Fremdenverkehrsattraktionen geschaffen. In dieser Legislaturperiode wurden folgende Neuaufstellungen von Sammlungen durchgeführt bzw. sind diese in Ausführung:

Wagenburg, Schloß Schönbrunn,
Ephesos Museum,
Ägyptisch-Orientalische Sammlung im KH Museum,
Österr. Barockmuseum in der Österreichischen Galerie,
Anthropologische Sammlungen im NH Museum,
Edelsteinsammlung im NH Museum,
Weltliche und geistliche Schatzkammer,
Museum für moderne Kunst im Palais Liechtenstein.

Um aufzuzeigen, daß für die Instandhaltung von bundeseigenen Kunstdenkmälern in Wien bedeutendes geleistet wurde, möchte ich hiezu einige Beispiele anführen: Orgelrestaurierung in der Augustinerkirche, Instandsetzung des Palais Augarten, Fassadenrestaurierungen des Natur- und Kunsthistorischen Museums, Restaurierung im Schloß Schönbrunn, Restaurierung der Burgkapelle in der Hofburg, des Klimtfrieses der Österreichischen Galerie, des Schlachtensaales im Heeresgeschichtlichen Museum; Außenrestaurierung der Votivkirche, Fassaden-

restaurierung des Palais Pallavicini, Triumphsäule der Karlskirche, Turmrestaurierung Maria Am Gestade, Innenrestaurierung der Deutschordenskirche, Orgelrestaurierung der evangelischen Gustav Adolf Kirche, Restaurierung des Hochaltargemäldes der Pfarrkirche Reindorf sowie des Servitenklosters, u. a.

Im Jahre 1978 sind u. a. die Instandsetzung der Georgskapelle (Augustinerkirche), die Gesamtrestaurierung des Heiligenkreuzhofes, Restaurierungen an der Michaelerkirche, Minoritenkirche, am Palais Lobkowitz sowie eine Reihe von Instandsetzungsarbeiten an verschiedenen Kirchen in Wiener Bezirken, von denen besonders die Sanierung des Dachstuhles und der Maulpertschfresken in der Piaristenkirche hervorzuheben ist, vorgesehen. Außerdem ist eine Gesamtrestaurierung des Majolikahauses (Linke Wienzeile 40) in Aussicht genommen.

